



12 | 2006

59. Jg., 26. KW, 30. Juni 2006

ifo Schnelldienst

ifo Jahresversammlung

- 57. Jahresversammlung des ifo Instituts

*Michael C. Burda, Ingolf Deubel, Wolfgang Franz,
Erwin Huber, Georg Milbradt*

- Jobs für Deutschland

Jean-Claude Trichet

- Further Integrating Euro Area Economies:
Some Reflections

Daten und Prognosen

Gebhard Flaig, Wolfgang Nierhaus et al.

- ifo Konjunkturprognose 2006/2007:
Aufschwung setzt sich fort

Im Blickpunkt

Hans G. Russ

- ifo Konjunkturtest Juni 2006

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, E-Mail: ifo@ifode.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Gernot Nerb, Dr. Wolfgang Ochel, Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Martin Werding.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design.

Satz: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Druck: Fritz Kriechbaumer, Taufkirchen.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

ifo Jahresversammlung 2006

57. Jahresversammlung des ifo Instituts

3

Am 29. Juni 2006 lud das ifo Institut zu seiner 57. Jahresversammlung in die Große Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München ein. Den Teilnehmern, darunter zahlreiche Vertreter von Mitgliedsfirmen des ifo Instituts und von Landes- und Bundesministerien, wurde ein interessantes und dicht gedrängtes Programm geboten. Nach den Begrüßungsworten von dem Rektor der Universität, Prof. Dr. Bernd Huber, und vom Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Erwin Huber, stellte Prof. Sinn die neue ifo Konjunkturprognose vor. Prof. Sinn ging insbesondere auf die Beschäftigung ein und stellte die Grundzüge des ifo-Modells der Aktivierenden Sozialhilfe im Vergleich mit anderen Kombilohnmodellen vor. Im Anschluss daran hielt der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, den Festvortrag »Further Integrating Euro Area Economies: Some Reflections«. Der Vortrag leitete zu einem weiteren Höhepunkt und zugleich dem Abschluss der Veranstaltung – zur hochrangig besetzten Podiumsdiskussion zum Thema »Jobs für Deutschland« – über. Diskussionsteilnehmer waren – neben Minister Huber und Prof. Sinn – Prof. Michael Burda, Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Ingolf Deubel, Staatsminister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung, Mannheim, und Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Moderiert wurde die Diskussion von Nikolaus Piper von der Süddeutschen Zeitung. Die ifo Prognose, der Festvortrag von Jean-Claude Trichet und einige der Statements der Podiumsteilnehmer sind im Folgenden dokumentiert.

Further Integrating Euro Area Economies: Some Reflections

12

Jean-Claude Trichet

Als Gastredner bei der diesjährigen Jahresversammlung konnte der Vorsitzende der Präsident der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, gewonnen werden. In seinem Festvortrag ging er der Frage nach, inwieweit die Einführung des Euro die europäische Integration befördert hat und welche Reformen noch ausstehen, um die Wirtschaftssysteme der Euroländer flexibler zu gestalten.

Daten und Prognosen

ifo Konjunkturprognose 2006/2007: Aufschwung setzt sich fort

19

G. Flaig, W. Nierhaus, I. Becker, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, M. Ruschinski, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert; und liegt deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch schrittweise etwas abflachen. Die Konjunktur in Deutschland zeigt sich zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun

auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwertsteuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8% expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2%. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem »klassischen« Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa vier Jahre an. Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7% steigen, kalenderbereinigt um 1,8%. Bei einem Potentialwachstum von schätzungsweise 1¹/₄% schließt sich die seit 2003 bestehende Outputlücke im Prognosezeitraum. Die Verbraucherpreise steigen im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8%. Im nächsten Jahr beschleunigt sich der Preisauftrieb aufgrund des Maßnahmenpakets der Bundesregierung auf 2,5%. Erstmals seit 2001 dürfte im laufenden Jahr das Maastricht-Kriterium für das Finanzierungsdefizit des Staates eingehalten werden. Mit 61 Mrd. € oder 2,7% des nominalen Bruttoinlandsprodukts bleibt sogar ein Sicherheitsabstand von rund 8 Mrd. € bis zur 3%-Hürde. 2007 sinkt die Defizitquote nach dieser Schätzung sogar auf 1,8% des Bruttoinlandsprodukts, aber vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets, das ja in Zeiten guter Konjunktur erreicht werden sollte, ist der Staat immer noch weit entfernt. Bei alledem wird sich die Lage am Arbeitsmarkt allmählich aufhellen: Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 70 000 zunehmen. Im Verlauf des nächsten Jahrs steigt die Erwerbstätigkeit etwas langsamer; aufgrund des Überhangs nimmt die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt hingegen stärker, nämlich um 180 000 zu. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung trägt hierzu etwa die Hälfte bei. Auch die Zahl der Selbständigen wird sich weiter erhöhen, trotz eines nur geringen Ausbaus geförderter Existenzen wird sie um 70 000 zunehmen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 260 000 sinken, im nächsten Jahr um 150 000.

Im Blickpunkt

ifo Konjunkturtest Juni 2006 in Kürze

Hans G. Russ

55

Nach dem leichten Rückgang im Vormonat hat sich im Juni das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands wieder verbessert. Dabei tendierte die aktuelle Geschäftslage bereits zum fünften Mal in Folge nach oben, und auch die Erwartungen ließen wieder einen etwas erhöhten Optimismus erkennen. Der konjunkturelle Aufschwung wird somit anhalten.

Am 29. Juni 2006 lud das ifo Institut zu seiner 57. Jahresversammlung ein. Am Vormittag trafen sich Teilnehmer der Mitgliederversammlung in den neu gestalteten Räumen des ifo Instituts. Der öffentliche Teil, der um 14.00 Uhr begann, fand – wie auch schon die Jahre zuvor – in der Großen Aula der Ludwig-Maximilians-Universität München statt. Während der Mitgliederversammlung legte Prof. Dr. Wilhelm Simson, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der E.ON AG und Vorsitzender des Kuratoriums und des Verwaltungsrats des ifo Instituts, den Jahresabschluss vor. Dieser wurde einstimmig beschlossen und der Vorstand einstimmig entlastet. Im Anschluss an die Wahl der Kuratoriums- und Verwaltungsratsmitglieder berichtete Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts, über die Aktivitäten des Instituts im Jahr 2005. Dabei ging Prof. Sinn ausführlich auf die für das Institut ausgezeichneten Ergebnisse der Evaluierung und auf die Bewertung durch den Senat der Leibniz-Gemeinschaft ein.

Nachdem das ifo Institut in der letzten turnusmäßigen Evaluierung kritisiert und zu einer »forschungsbasierten Serviceeinrichtung« umgestuft worden war, zählt es in der laufenden Evaluierungsrunde zu den Gewinnern: In seiner am 14. Juni 2006 verabschiedeten Stellungnahme schloss sich der Senat der Leibniz-Gemeinschaft der Bewertung der international besetzten Evaluierungskommission an, die das ifo Institut im Oktober vergangenen Jahres besucht hatte. Die Evaluierungskommission stellte in ihrem Bewertungsbericht fest, dass das ifo Institut in der Forschung »größtenteils sehr gute, in einigen Fällen sogar exzellente Leistungen« erbringt. Die Politikberatung wird »ebenfalls als sehr gut angesehen«. Heute ist ifo exzellent in die internationale wirtschaftswissenschaftliche Forschung eingebunden, wozu auch das internationale CESifo-Netzwerk und die enge



Verbindung mit der Universität München beiträgt. Der Senat folgte dieser Bewertung uneingeschränkt und teilte angesichts der größtenteils sehr guten Forschungsleistungen die Auffassung der Bewertungsgruppe, dass das ifo Institut das Potential für die Rückumwandlung in ein Forschungsinstitut habe. Er empfiehlt Bund und Ländern, im Jahr 2009 zu prüfen, ob die Voraussetzung für eine Förderung als Forschungseinrichtung gegeben ist.

Zum Abschluss der Mitgliederversammlung wurde der Preis der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V. verliehen. Er ging an Wolfgang Ochel für seine Arbeit »Unemployment in the OECD since the 1960s. What do We Know?«, die er zusammen mit Stephen Nickel und Luca Nunziata verfasst hat und die im »The Economic Journal« veröffentlicht wurde. Dieser Preis wird für herausragende wissenschaftliche Leistungen auf dem Gebiet der empirischen Wirtschaftsforschung verliehen. Der Preis des ifo Instituts für besondere Erfolge im Management von Drittmittelprojekten wurde nicht vergeben. Auch in diesem Jahr

erhielten einige ifo-Mitarbeiter Sonderpreise. Für ihren besonderen Einsatz während der Vorbereitung der Evaluierung wurden Christina Birnbaum, Wolfgang Fehlner, Dr. Robert Koll, Dr. Paul Kremmel, Manfred Liedtke, Matthias Mühlburger, Gerhard Niedermeier, Julio Saavedra, Jasmin Tschau, Elsitä Walter, Klaus Wohlrabe und Markus Zimmer ausgezeichnet. Ihnen ist vor allen Dingen die hervorragende Präsentation des ifo Instituts und die Organisation des reibungslosen Ablaufes der Begehung zu verdanken. Zuletzt sprach Prof. Sinn seinem Vorstandskollegen, Meinhard Knoche, seinen besonderen Dank für dessen unermüdliches Engagement für das ifo Institut aus. Im Anschluss an die Preisverleihung hatten die Gäste Gelegenheit, sich



im Gespräch mit Mitarbeitern des ifo Instituts über die Forschungsprojekte und Serviceleistungen zu informieren.

Zu Beginn des öffentlichen Teils der ifo Jahresversammlung begrüßte der Rektor der Universität, Prof. Dr. Bernd Huber, und der Bayerische Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Erwin Huber, die zahlreich erschienenen Gäste, darunter viele Vertreter von Mitgliedsfirmen des ifo Instituts und von Landes- und Bundesministerien. Prof. Sinn stellte die neue ifo Konjunkturprognose vor.¹ Er stellte fest, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen habe. Selbst der private Konsum habe zugelegt. Zusätzliche Impulse würden in der zweiten Jahreshälfte von – aufgrund der ab Januar kommenden Jahres geltenden höheren Mehrwertsteuersätze – vorgezogenen Käufen ausgehen. Insgesamt werde das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8% wachsen; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2%. Im kommenden Jahr werde die Konjunktur zwar durch die Erhöhung von Steuern und Abgaben gedämpft, alles in allem werde aber das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7% steigen. Im Anschluss ging Prof. Sinn auf Fragen nach der Beschäftigungssituation in Deutschland ein und stellte die Grundzüge des ifo-Modells der Aktivierenden Sozialhilfe im Vergleich mit anderen Kombilohnmodellen vor.

Dieses Jahr konnte Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, als Festredner gewonnen werden. In seiner Rede, die mit »Integrating Euro Area Economies: Some Reflections« überschrieben war, ging er der Frage nach, inwieweit die Einführung des Euro die europäische Integration gefördert hat und welche Reformen noch ausstehen, um die Wirtschaftssysteme der Euroländer flexibler zu gestalten.²

Der Vortrag leitete zu einem weiteren Höhepunkt und zugleich dem Abschluss der Veranstaltung – zur hochrangig besetzten Podiumsdiskussion zum Thema »Jobs für Deutschland« über. Diskussionsteilnehmer waren – neben Minister Huber und Prof. Sinn – Prof. Michael C. Burda, Ph.D., Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. Ingolf Deubel, Staatsminister der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Europäisches Zentrum für Wirtschaftsforschung, Mannheim, und Prof. Dr. Georg Milbradt, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen. Moderiert wurde die Diskussion von Nikolaus Piper von der Süddeutschen Zeitung. Einig war sich das Podium darin, dass ein Niedriglohnsektor in Deutschland aktiviert werden müsse, um den Globalisierungs- und Modernisierungsprozessen begegnen zu können. Während Michael

Burda in seinem Statement sowohl einen Mindestlohn als auch Kombilöhne ablehnte und zu mehr Flexibilität und Deregulierung riet, stellte Ingolf Deubel kurz das »Mainzer Modell« und Hans-Werner Sinn das ifo-Modell der Aktivierenden Sozialhilfe vor. Auch Georg Milbradt sieht in der Aktivierenden Sozialhilfe und im Kombilohnmodell eine Chance, niedrig qualifizierte Arbeitnehmer in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Wolfgang Franz wies darauf hin, dass Deutschland vor allem unter einem strukturellen, und nicht unter einem konjunkturellen Problem leide und plädierte für mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt. Ebenso Erwin Huber, der einen »schlankeren Staat«, »mehr Markt« und »mehr Eigenverantwortung« forderte. Einige Statements sind hier im Anschluss veröffentlicht.

¹ Die Konjunkturprognose ist in dieser Ausgabe des ifo Schnelldienstes auf den Seiten 19ff. zu finden.

² Der Vortrag ist in dieser Ausgabe des ifo Schnelldienstes auf den Seiten 12ff. zu finden.

Prof. Michael C. Burda, Ph.D.
Humboldt-Universität zu Berlin

Vor mehr als zwanzig Jahren hat mich mein Doktorvater Jeffrey Sachs zu sich bestellt und gefragt, worüber ich meine Dissertation schreiben wolle. Ich habe von meinen jüngsten Ideen zur Rolle der Lagerbestände im realen Konjunkturzyklus erzählt und wurde von ihm ziemlich heftig ausgelacht. »Das kannst Du doch nicht ernst meinen,« hallen seine Worte immer noch in meinen Ohren. »Schreib' doch über etwas Relevantes, wie zum Beispiel die *europäische Arbeitslosigkeit*.« Seit dieser Vollerniedrigung bin ich damit vollbeschäftigt. Denn das Problem hat Old Europe und vor allem Deutschland immer noch fest im Griff. Betrug Anfang der 1970er Jahre die deutsche Arbeitslosenquote nach ILO-Definition ein Drittel des USA-Wertes, waren die Rollen im Jahr 2005 vertauscht, mit der deutschen Arbeitslosenquote mehr als zweimal so hoch wie in den USA. Zugleich liegt die deutsche Beschäftigtenquote mehr als sechs Prozentpunkte unter dem Niveau der USA. Pro Kopf arbeiten die Deutschen etwa 15 Stunden pro Woche, die Amerikaner 22 Stunden. Auffällig aber auch, dass die Schweden 21 Stunden, die Schweizer 20, und die Dänen 18 Stunden pro Woche pro Kopf arbeiten. Wenn weniger gearbeitet wird, werden weniger Güter über den Markt produziert und konsumiert; es wird mehr Zeit für Freizeitaktivitäten, für den Schwarzmarkt, und für unproduktive Formen der Hausarbeit verwendet. Kein Zufall also, dass das um die Kaufkraft bereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in den USA fast 50% höher als in Deutschland ist. Will Deutschland mehr Wohlstand, der über den Markt erzielt und erzeugt wird, muss hier etwas geändert werden.

Aber die Fundamentaldaten einer Volkswirtschaft werden immer im Doppelpack geliefert: Nachfrage und Angebot. Institutionen spielen auch ihre Rolle, trotzdem setzen sich die Marktkräfte immer durch. In Deutschland gibt es wenig Jobs aus Gründen, die *sowohl* auf die Nachfrage nach Arbeit von Unternehmen, *als auch* auf das Angebot an Arbeit von Haushalten zurückzuführen sind. Aus diesem Grund muss jedes Programm, Deutschland dem Markt zu öffnen, beide Elemente ansprechen. Zum Schluss werde ich noch einmal darauf zu sprechen kommen.

Arbeitsnachfrage

Ein erster Grundsatz der Volkswirtschaftslehre lautet: Die Nachfragekurve nach Arbeit ist negativ geneigt. Eine notwendige, wenn nicht hinreichende Bedingung für mehr Jobs in Deutschland ist einfach, dass es sich für Unternehmer lohnt einzustellen. Diese Be-

dingung kann durch eine hohe Produktivität der Arbeitnehmer, aber auch über einen günstigen Preis erfüllt werden. Vor allem für 4^{1/2} Mill. Arbeitslose, wovon viele erheblich an Markttauglichkeit verloren haben, heißt dies, dass die Löhne herunter müssen. Während die Beschäftigung in Deutschland immer noch weiter stagniert, ist eine andere, positive Entwicklung in anderen Ländern OECD-Europas zu beobachten. Das müsste heißen, dass der Prozess der Lohnmoderation und Lohnspreizung in Deutschland noch nicht abgeschlossen ist. Die geradezu fulminanten Beschäftigungsentwicklungen in der Zeitarbeit und vor allem bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen (Mini- und Midijobs) unterstützt meine Einschätzung und ist ein Beleg dafür, dass die Nachfragekurve tatsächlich negativ geneigt ist. Auch in Deutschland.

Deswegen halte ich gar nichts von der Einführung eines Mindestlohns in Deutschland. Er macht in erster Linie Arbeitsplätze unrentabel, also er vernichtet sie. Allerdings muss ich auch zugeben, dass ein Mindestlohn unter Umständen Gutes tun kann. Er könnte theoretisch die Verzerrung durch ein Monopson, also einen alleinstehenden, ausbeuterischen Nachfrager nach Arbeit, aufheben. (So etwas beobachten wir in Teilen Ostdeutschlands, wo Menschen relativ immobil sind). Bei geringer Nachfrageelastizität kann der Mindestlohn als Umverteilungsmechanismus dienen. Als ehrlicher Wissenschaftler kann ich diese theoretischen Möglichkeiten zugeben, dennoch habe ich so wenig Vertrauen in die ökonomische Vernunft der politischen Klassen, dass ich mir einen behutsamen, verantwortungsvollen Umgang mit einem Mindestlohn überhaupt nicht vorstellen kann. Führt man in Deutschland den Mindestlohn ein, wird er wie in Frankreich zum politischen Spielball. Man würde alle bisherigen Reformbemühungen und -fortschritte mit einem Schlag zunichte machen.

Und dann gibt es die Nachfrage. Die konjunkturell bedingte Nachfrage nach Arbeit hängt auf jeden Fall von der ge-



samtwirtschaftlichen Nachfrage ab, und sie entwickelt sich wie erwartet zum Besseren, wenn auch mit erheblichen Verzögerungen. Aber die Nachfrage ist kein Hebel, den man beliebig betätigen kann. Diese Art von Brachial-Keynesianismus hat in der modernen Wirtschaftspolitik nichts mehr zu suchen, genau wie die Kalifornier auch nicht von ihren Lokalpolitikern verlangen, die Nachfrage zu unterstützen. Ein Segen der Globalisierung ist es, dass diesem Faktum nicht mehr aus dem Weg gegangen werden kann. Umso mehr gilt mein Argument, wenn es um eine offene Wirtschaft geht. Die Beschäftigung, Deutschland sei Exportweltmeister, hat eine ernsthafte, sachliche Diskussion der deutschen Lage sehr erschwert. Deutschland ist zwar Exportmeister, aber auch gleichzeitig Importweltmeister, denn es braucht jede Menge Vorleistungen, die es nicht kostgünstig selber produzieren kann.

Eine beschränkte, auf dem Merkantilismus basierte Logik sieht auch darüber hinweg, dass die beste Prognose zukünftiger Beschäftigung in der OECD bei den *Dienstleistungsbranchen* liegt. Und Deutschland ist in diesem Bereich eindeutig noch Entwicklungsland: 2004 arbeiteten 67,4% der Beschäftigten in Dienstleistungsbranchen, verglichen mit 78,4% in den USA und 75,6% in Schweden. Dort müssen die Politiker ansetzen. Hier geht es um konsequente Produkt- und Arbeitsmarktderegulierung, es geht den Abbau der Bürokratie für kleine, neue Unternehmen, die nicht selten Ausgliederungen aus Großkonzernen sind. Die neu gewonnene Flexibilität ist ein wichtiger Bestandteil des Erfolgsrezepts der nordischen Länder, die oft übersehen werden. Hierzu gehört ein stark von der Politik unterstütztes Umdenken, dass Arbeitsplätze von unten kommen, also von kleinen, wachsenden Unternehmen, nicht von oben, nicht vom Staate, auch nicht von der Mehrzahl der Großkonzerne und vor allem nicht in den Industrien des 20., sondern des 21. Jahrhunderts.

Arbeitsangebot

Eine zweite Grundregel, die jeder Student kennen muss, um bei uns an der Humboldt-Universität zu Berlin durchzukommen, lautet: Arbeit muss sich lohnen. Das ist nicht nur ein Grundsatz, sondern auch eine Frage der gesellschaftlichen Normen, ob marktliche Arbeit eine würdige Tätigkeit darstellt – auch in einfachen, konsumnahen Dienstleistungen –, sich also lohnen muss, gegenüber jenen Transfers, die man ansonsten bekommen kann.

Auch wenn die Löhne für niedrig qualifizierte Arbeitnehmer den Marktfundamentalen folgen und fallen, müssen die Einkünfte der arbeitenden Menschen nicht zwangsläufig sinken. Der große Erfolg des US-amerikanischen *Earned Income Tax Credit* ist ein guter Beweis dafür, dass Umverteilung transparent und effizient sein kann. Hingegen werde ich

sprachlos, wenn ich über die zusätzliche Bürokratie denke, die mit einem Kombilohn verbunden ist, also mehr Verwaltung und Bürokratie für die Firmen, die es am wenigstens gebrauchen können, um eine äußerst merkwürdige Form von Umverteilungspolitik zu betreiben. Also bloß kein Kombilohn, lieber die Subjekte (die Haushalte) und nicht die Objekte (die Arbeitsplätze) fördern!

Globalisierung

Die Globalisierung hat ein großes Verdienst, die Gedanken auf das Ökonomische zu fokussieren. Anne Krueger hat es neulich auf den Punkt gebracht: Durch den Abbau von Handelsbarrieren hebt die Globalisierung die *relativen* Vor- und Nachteile hervor. Eine Verschärfung des internationalen Wettbewerbes heißt auch, dass kleine hausgemachte Kosten Nachteile plötzlich viel gravierender werden können, *auch wenn sie konstant geblieben sind!* Die Transportkosten im Welthandel sind zum Beispiel um etwa 70% in den letzten fünfzig Jahren gefallen. Die Kommunikations- und Transaktionskosten sind auch stets gesunken – ein transatlantisches Telefonat von drei Minuten hat bekanntlich in den 1930er Jahren etwa \$250 in heutiger Kaufkraft gekostet; heutzutage kostet derselbe Anruf – mit erheblich besserer Qualität – wenn überhaupt ein paar Cent. So werden deutsche Besonderheiten wie die Mitbestimmung, der Ladenschluss, und das Kündigungsschutzrecht, aber auch die Arbeitsmarktbürokratie, Produktmarktregulierung, die kollektive Lohnfindung immer relevanter und kostspieliger für die Wettbewerbsfähigkeit. Vor 40 Jahren hat sich Deutschland mit diesen Institutionen eingedeckt, wovon andere Länder nicht mal träumten. Aber nun stellen wir fest, dass des Kaisers Kleidung fehlt.

Kein Land kann sich den Kräften des Marktes entziehen. Ein fundamental deutsches Problem – welches seine Wurzeln zum einen im Nationalsozialismus hat, aber sicherlich auch zum anderen in der deutschen Romantik – ist die Abneigung gegen Märkte, die Marktwirtschaft und die fehlende Bereitschaft, die Wirtschaft als gemeinsame Quelle des Wohlstands anzusehen. Diese These werde ich nicht an dieser Stelle weiter vertiefen, sie liegt aber nahe. In welchem Lande gibt es ein solches Misstrauen gegenüber der Marktwirtschaft? In welchem Land spricht man so schnell über ein »Neidgefühl«, das offenbar so stark geprägt ist, und so wenig über die gesellschaftlichen Leistungen der reich gewordenen? Wo auf der Welt ist der Handel mit WM-Karten so streng verboten?

Die Abneigung gegen den Markt findet auch ihren Ausdruck in der Zeitverwendung deutscher Haushalte. Das habe ich in einem gemeinsamen Forschungsprojekt mit Daniel Hammermesh und Philippe Weil festgestellt: Die Deutschen arbeiten gern ohne Entgelt und ohne Steuern zu Hause. Zum

Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung 1991/1992, einer der stärksten konjunkturellen Aufschwünge seit Jahrzehnten, haben deutsche Männer immer noch weniger Minuten im Markt gearbeitet als US-amerikanische Männer bei vergleichbarer Wirtschaftslage. Dafür haben sie zu Hause mehr als eine Stunde pro Tag mehr als die Amerikaner geschuftet. Auf die Lage der armen Frauen will ich hier gar nicht eingehen. Logischerweise ist diese Präferenz für Heimarbeit hoch positiv korreliert mit der Besteuerung von Arbeit – noch kein Staat hat gewagt, auch sie mit Abgaben zu belegen.

Mehr Jobs benötigen weniger Regulierungen und Steuern, mehr Markt, Freiheit, Flexibilität und Verantwortung. Man darf aber nicht aufgeben, gerade jetzt, wo sich ein deutscher Fußballoptimismus breit macht. Den Deutschen geht definitiv die Arbeit nicht aus, denn sie ist den Holländern, den Dänen, und den Briten keineswegs ausgegangen. Ich will nicht unterstellen, dass allein die Deutschen der Arbeit aus dem Weg gehen wollen. Sie müssen das Problem nur beim Namen benennen und konsequent anpacken. Und wenn die Deutschen etwas Glück in der Politik haben, werde ich in wenigen Jahren ein neues Forschungsgebiet finden müssen.

Prof. Dr. Ingolf Deubel

Staatsminister der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz

Dauerhafte Investitionen in Arbeit

Struktur der Arbeitslosigkeit

Seit Mitte der siebziger Jahre kann in Deutschland eine steigende strukturelle Arbeitslosigkeit beobachtet werden. Die qualifikationsspezifischen Arbeitslosenquoten zeigen, dass die hohe strukturelle Arbeitslosigkeit insbesondere ein Problem **gering qualifizierter** Erwerbspersonen ist. So stieg die Arbeitslosenquote der Personen ohne Berufsabschluss von 1991 bis 2004 von 14,5 auf 24,6%. Dagegen erhöhte sich die Arbeitslosenquote für das mittlere Qualifikationsniveau nur um 4,3 Prozentpunkte. Die Arbeitslosenquote der Personen mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss blieb sogar unverändert bei 4,0%.

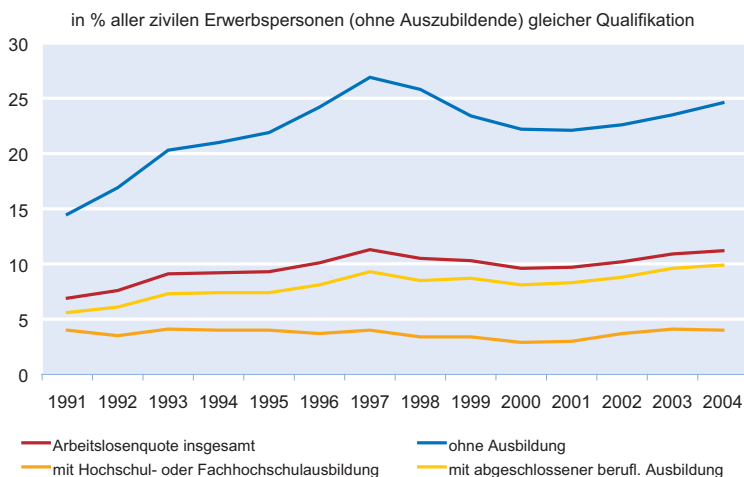
Die hohe Arbeitslosigkeit der gering Qualifizierten gründet auf den zunehmenden Wegfall einfacher Tätigkeiten. Eine der Hauptursachen für diese Entwicklung sind die mit der Überwindung der Ost-West-Konfrontation wirksam gewordenen **enormen Lohnunterschiede zwischen West- und Mittel-/Osteuropa**. Im Zuge der weiteren Integration der mittel- und osteuropäischen Länder in die EU werden Standortverlagerungen in und die Mobilität der Arbeitnehmer aus diesen Ländern noch weiter zunehmen. Sowohl direkt als auch indirekt wird sich der Druck auf den deutschen Arbeitsmarkt, insbesondere auf das Segment der niedrig Qualifizierten, in den nächsten Jahren noch erhöhen. Mit einem Ausgleich des Lohngefälles ist mittelfristig nicht zu rechnen. Dies macht Maßnahmen zur Stabilisierung des deutschen Arbeitsmarktes notwendig.

Die vordringliche Aufgabe der politischen Entscheidungsträger muss in der Entwicklung geeigneter Zwischenstrategien für den unteren Lohnbereich bestehen. Ziel muss es sein, vor allem den gering Qualifizierten ihr Recht auf Arbeit zu ermöglichen. Dies ist nur realisierbar, wenn bisherige Ausgaben für Arbeitslosigkeit durch weitere **Investitionen in Arbeit** ersetzt werden.

Folgen der Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit verursacht **enorme gesellschaftliche Kosten** durch erforderliche Unterstützungsleistungen und ausfallende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Insgesamt betragen die Kosten ca. 86 Mrd. € (2004), wie das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung errechnet hat. Davon entfielen rund 54% auf zusätzliche Ausgaben, vor allem für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhil-

Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten 1991–2004



fe, während 46% aus Mindereinnahmen bei Steuern und Sozialabgaben bestanden. Da die Produktivität zahlreicher Menschen ungenutzt bleibt, verzichtet die Gesellschaft durch die Tolerierung von nicht allein friktionell bedingter Arbeitslosigkeit auf ein höheres Produktionsniveau.

Arbeitslosigkeit ist jedoch nicht nur ein ökonomisches und finanzpolitisches Problem des Staates. Arbeit stellt für jede Erwerbsperson einen wesentlichen Bestandteil des Lebens dar. Nach sozialdemokratischem Verständnis beinhaltet Arbeit einen Eigenwert, weil sie die **Emanzipation des Einzelnen** ermöglicht. Das erzielte, eigene Einkommen fördert die Unabhängigkeit von Dritten und stärkt das Selbstwertgefühl des Beschäftigten. Demgegenüber können Erwerbspersonen durch Arbeitslosigkeit große materielle Einbußen erleiden, die sie nicht selten in die Schuldenfalle führen. Häufig erleiden sie erhebliche psychische Belastungen, da sie neben dem Einkommensverzicht mit vielen weiteren Problemen konfrontiert werden. Nicht selten treten sogar familiäre Probleme auf und Freunde distanzieren sich. Der Kooperation zwischen Arbeitsverwaltung und anderen Hilfestellen wie Schuldner- und Suchtberatung kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Notwendige Maßnahmen

Die hohe Arbeitslosenquote der gering Qualifizierten und die verschärfte Konkurrenz führen tendenziell zu einem Absinken der ohnehin bereits niedrigen Bruttolöhne für einfache Tätigkeiten. Durch staatliches Handeln über einen (teilweisen) Verzicht auf Steuern und Abgaben oder über Zahlung von Transfers kann das Sinken der Nettolöhne reduziert werden.

Derzeit werden Existenz sichernde Nettolöhne durch die Höhe des ALG II bestimmt. Liegt das Einkommen eines Beschäftigten unter dem ihm zustehenden ALG II-Niveau, er-

hält er ergänzende ALG II-Leistungen. Somit besteht in Deutschland ein durch die Höhe des ALG II bestimmter **faktischer Mindestlohn**. Für Singles wird der Anreiz zur Arbeitsaufnahme dadurch kaum negativ beeinflusst, da bereits mit einem Bruttostundenlohn von 7,50 € pro Stunde (1 200 € pro Monat) das Nettoeinkommen gegenüber ALG II um circa 230 Euro erhöht werden kann.

Probleme mit dem Lohnabstandsgebot ergeben sich insbesondere für Erwerbspersonen mit Kindern. Unter Berücksichtigung von Steuern, Abgaben, Kinder- und Wohngeld muss ein verheirateter Familienvater mit zwei Kindern nach Angaben der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA) rund 9,30 € (ohne Zuschlag) bzw. 12,58 € (mit Zuschlag) Bruttolohn pro Stunde verdienen, um das Einkommen eines ALG II-Empfängers mit gleicher Familiensituation zu erreichen. Damit liegt für diesen Personenkreis der **faktische Mindestlohn höher als die vom DGB geforderten 7,50 € (brutto) pro Stunde**. Als Reaktion auf die geringen Arbeitsanreize kann ein Ausweichen in **Schwarzarbeit** oder (bestenfalls) in Minijobs erfolgen. Lediglich die Intransparenz des Steuer- und Transfersystems verhindert eine noch weitere Inanspruchnahme sozialer Leistungen, denn vielen ist der geringe Lohnabstand zwischen ALG II und erzielten Einkommen im Niedriglohnbereich nicht bewusst.

Bereits im Jahre 1999 hat die rheinland-pfälzische Landesregierung mit dem **Mainzer Modell** das Problem erkannt. Die Ziele der Initiative waren mehr Beschäftigung, vor allem von Einfachqualifizierten, und soziale Gerechtigkeit in den unteren Einkommensgruppen. Ein degressiv gestaltete Zuschuss zu den Sozialversicherungsbeiträgen der Arbeitnehmer sowie ein Kinderzuschlag für wohngeldberechtigte Arbeitnehmer stellten die Kernelemente des Mainzer Modells dar, das in seinen Grundelementen inzwischen allgemein akzeptiert und in Teilen bundesweit umgesetzt ist. Beide Instrumente wurden modifiziert in den Reformen der letzten Jahre berücksichtigt. Der Sozialversicherungszuschuss fand im Midijob des Zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt seinen Eingang. Im § 6a Bundeskindergeldgesetz wurde der Kinderzuschlag aufgenommen.

Weitere Schritte sind notwendig, insbesondere der Geltungsbereich des Kinderzuschlags muss deutlich ausgeweitet werden, um die beabsichtigten Wirkungen zu entfalten. Doch bei allen Maßnahmen muss beachtet werden, dass lediglich eine transparente und zeitlich **unbefristete Modellumsetzung** positive Wirkungen hervorrufen wird.

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

Präsident des Europäischen Zentrums für Wirtschaftsforschung, Mannheim

Deutschland hat in erster Linie ein Wachstumsproblem, die Konjunkturschwäche ist dagegen von untergeordneter Bedeutung. Daher kommt es darauf an, Deutschland auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen. Neben Bildungsbedingungen und einer intensiven Forschung sind dafür beschäftigungsfreundliche Rahmenbedingungen nötig. An einigen dieser Rahmenbedingungen sind erhebliche Defizite auszumachen, die in den folgenden Reformbaustellen verdeutlicht werden können.

Erstens benötigen wir eine Unternehmensteuerreform zusammen mit einer Senkung der Unternehmensteuerbelastung. Deutschland ist im Hinblick auf die Unternehmensbesteuerung nach wie vor ein Hochsteuerland, insbesondere weil andere Länder sich mit Hilfe steuerpolitischer Maßnahmen bemühen, ihre Standortattraktivität zu verbessern.

Zweitens ist eine Reform der Systeme der sozialen Sicherung unumgänglich, und dies betrifft insbesondere eine Reform des Gesundheitssystems von der Ausgabe- und der Einnahmeseite. Die Politik ist gut beraten, wenn sie die in Aussicht genommenen Reformen im Hinblick auf ein Gesundheitsprämienmodell vornimmt.

Drittens benötigen wir mehr Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere ein beschäftigungsfreundliches Arbeitsrecht. Dazu gehören ein flexibler Kündigungsschutz und eine Erweiterung des Günstigkeitsprinzips. Ein Mindestlohn ist abzulehnen, denn er kostet Arbeitsplätze und löst keine Probleme.

Viertens muss die Haushaltskonsolidierung zügig vorangetrieben werden. Dies betrifft auch die Einhaltung der 3%-Grenze im Hinblick auf das staatliche Defizit, wie es der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorschreibt. Dabei geht es nicht allein um die Erfüllung eines Vertrages um seiner selbst willen, sondern auch um Generationengerechtigkeit.

Erwin Huber

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Die seit den siebziger Jahren stetig ansteigende Sockelarbeitslosigkeit ist das fundamentale Problem Deutschlands. Mit 7 bis 8 Mill. Arbeitslosen liegt das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit in Deutschland weit über den amtlich ausgewiesenen Zahlen (Mai 2006: 4,5 Mill.). Weder die Teilnehmer an den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (Qualifizierung, Maßnahmen für Jüngere, ABM, SAM etc.) noch die Kurzarbeiter (umgerechnet auf Vollzeitstellen), geschweige denn die Arbeitslosen im Vorruhestand und die stille Reserve sind darin enthalten. Gerade für Geringqualifizierte und Langzeitarbeitslose ist die Lage am Arbeitsmarkt bedrückend.

Schleichende Deindustrialisierung

Besonders zur Sorge Anlass gibt der dramatische Beschäftigungsabbau in der Industrie. Allein im Zeitraum Juni 1992 bis Juni 2005 – also in nur 13 Jahren – sind in Deutschland von ursprünglich knapp 10 Mill. Industriearbeitsplätzen 3,3 Mill., also ein Drittel, verloren gegangen. Diese Beschäftigungsverluste konnten durch den strukturellen Wandel hin zum Dienstleistungssektor auch nicht annähernd kompensiert werden: Für 64% der in der Industrie weg gebrochenen Arbeitsplätze gab es im Dienstleistungssektor keinen Ersatz. Die Folgen für Wachstum, Wohlstand, Sozialfinanzen und Steuereinnahmen sind bekanntlich fatal.

Fundamentale Herausforderungen halten an

Der aktuelle Rückgang der Arbeitslosigkeit, der sich im Juni erfreulicherweise fortgesetzt hat, darf nicht als Zeichen der Entwarnung fehlinterpretiert werden. Die harten Stellenabbaupläne bei einer Reihe von DAX-Unternehmen unterstreichen den anhaltend hohen Reformbedarf. Unabhängig davon muss Deutschland neben den wiedervereinigungsbedingten Lasten mit drei fundamentalen Herausforderungen gleichzeitig fertig werden.

1. EU-Osterweiterung und Globalisierung führen zu einem verschärften Standortwettbewerb mit Billiglohn- und Niedrigsteuerländern sowie EU-Höchstfördergebieten, der inzwischen auch weit in den Dienstleistungssektor hineinreicht.
2. Der beschleunigte Wandel zur wissensbasierten Dienstleistungs- und Industriegesellschaft stellt Technologievorsprünge und Alleinstellungspositionen auf den Märkten immer schneller in Frage.
3. Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung werden ab 2010 zu gravierenden Auswirkungen auf die wirtschaft-

liche Leistungsfähigkeit des Landes und die Finanzierbarkeit der Sozialsysteme führen. Naiv wer glaubt, durch die demographische Entwicklung werde sich die Massenarbeitslosigkeit quasi von selbst in Luft auflösen.

Politik muss für wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen sorgen

Die beschäftigungspolitische Aufgabe kann nicht darin bestehen, jeden Arbeitsplatz zu zementieren, bis hin zu einem protektionistischen Rückzug in die »Festung Europa«. Eine solche Absage an Marktwirtschaft und Wandel wären unweigerlich das Ende jeder Wirtschaftsdynamik. Strukturkonservierung ist zudem der schnellste Weg in den Staatsbankrott. Gleiches gilt, wenn die öffentliche Hand als Ersatz-Arbeitgeber einspringen würde.

Der Staat muss schlanker werden. Mehr Markt, ein wirtschaftsfreundliches Klima und mehr Eigenverantwortung sind Grundvoraussetzungen für Investitionen, Wachstum und Beschäftigung. Mit punktuellen staatlichen Interventionen ist es nicht mehr getan. Eine grundlegende Neuausrichtung der deutschen Wirtschaftspolitik im Sinne einer Revitalisierung der Sozialen Marktwirtschaft mit folgender Dreifach-Strategie ist unabdingbar:

1. Investitions- und Innovationsoffensive zugunsten neuer Arbeitsplätze

Wir müssen die dynamischen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft systematisch stärken. Es muss genügend Neues entstehen, um die im Wettbewerb und strukturellen Wandel unvermeidlichen Betriebs- und Arbeitsplatzverluste kompensieren zu können.

Es geht zunächst einmal darum, die Wirtschaft zu entfesseln, d.h. lähmende Bürokratie und überzogene Regulierungen auf Güter- und Dienstleistungsmärkten abzubauen und damit den Wettbewerb zu intensivieren. Existenzgründer müssen ermutigt und unterstützt, die Investitionsfähigkeit und -bereitschaft des Mittelstandes gestärkt werden. Dabei spielt die geplante Große Unternehmensteuerreform eine entscheidende Rolle. Deutschland muss durch niedrigere Körperschaftsteuersätze nicht nur attraktiver für internationales Investitionskapital werden. Wir brauchen auch eine steuerliche Entlastung für die Personenunternehmen im Mittelstand. Hinzutreten muss eine Erbschaftsteuerreform zum 1. Januar 2007, die den Betriebsübergang steuerfrei stellt, wenn das Unternehmen zehn Jahre lang von den Erben fortgeführt wird. Auch das erhält Investitionskraft und sichert Arbeitsplätze.

Deutschland als Hochkostenstandort ist zur Sicherung von Wohlstand und Beschäftigung vor allem aber auch auf per-

manente Innovationen angewiesen. Qualitativ hochwertige Produkte sowie anspruchsvolle Dienstleistungen müssen zu neuer Wertschöpfung und damit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen. Die Entwicklung, Produktion und Anwendung neuer Hochtechnologie bietet auf breiter Front neue Beschäftigungschancen – angefangen bei IuK und Life Sciences, über die Medizin- und Umwelttechnik bis hin zu neuen Materialien und der Satelliten-Navigation. Damit lässt sich auch die industrielle Basis Deutschlands erfolgreich verteidigen.

Gleichzeitig geht es darum, die großen gesellschaftlichen Trends in neue Dienstleistungs-Arbeitsplätze umzusetzen (Ausbau der unternehmensnahen Dienstleistungen, Forschung, Wachstumsmarkt Gesundheit, Betreuung, Finanzberatung und Zukunftsvorsorge, Tourismus und Freizeitwirtschaft, Bildung und Weiterbildung, Transport und Logistik, Medien und Unterhaltung etc.). Neue industrielle Produkte und Dienstleistungen eröffnen zugleich neue Absatzchancen auf den internationalen Märkten, die beschäftigungswirksam genutzt werden müssen.

In Bayern setzen wir seit Jahren erfolgreich auf eine offensive Modernisierungs- und Innovationspolitik. Mit der Cluster-Offensive »Allianz Bayern Innovativ« führen wir diese Strategie fort: Wir wollen die Netzwerke zwischen Unternehmen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch die Zusammenarbeit mit Dienstleistern und Kapitalgebern in ganz Bayern ausbauen und stärken. Das geschieht in 19 landesweiten Clusterplattformen. Ziel ist es, die Innovationsdynamik und Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft weiter zu erhöhen. Die zweite Säule der »Allianz Bayern Innovativ« widmet sich brachenübergreifend der Stärkung regionaler Wachstums- und Beschäftigungspotenziale.

2. Strikte Kostendisziplin zur Erhaltung preislicher Wettbewerbsfähigkeit

Überall dort, wo es nicht gelingt, Vorsprungsgewinne durch Innovationen zu verteidigen, müssen wir durch strikte Kostendisziplin billiger werden, um bestehende Arbeitsplätze zu sichern. Eine Stabilisierung der inländischen Konsum- und Investitionsgüternachfrage kann nicht über kräftige Lohn-erhöhungen erfolgen, sondern nur über die Stabilisierung der Beschäftigung. Insofern sind maßvolle Lohnabschlüsse auf absehbare Zeit beschäftigungspolitisch unabdingbar. Betriebliche Bündnisse für Arbeit können und müssen einen Beitrag zu maßgeschneiderten betriebsindividuellen Lösungen leisten. Flankierend müssen die gesetzlichen Lohnsatzkosten, d.h. der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung, auf unter 40% gesenkt werden. Die Versorgung mit Energie muss auf der Basis eines breiten Energiemixes unter Ein-

schluss der Kernenergie und von mehr Wettbewerb preisgünstig bleiben.

3. Aktivierung des Niedriglohnsektors

Um den Verlierern des Modernisierungs- und Globalisierungsprozesses eine glaubwürdige Perspektive zu vermitteln, muss darüber hinaus der Niedriglohnsektor ausgebaut werden. Das bedeutet:

- Verbesserung der Anreize zur Arbeitsaufnahme unter Beachtung des Lohnabstandsgebots;
- Stärkere Spreizung der Lohnsätze nach unten;
- Beseitigung von arbeitsrechtlichen Hemmnissen, die einer Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage in diesem Bereich entgegenstehen;
- soweit Arbeitsplätze angeboten, aber von Hilfeempfängern nicht angenommen werden, die konsequente Anwendung der Sanktionsregelungen des § 31 SGB-II.

Wandeln muss sich hier auch das gesellschaftliche Bewusstsein: Einfache, gering bezahlte Arbeit anzubieten, darf nicht als anmaßend abqualifiziert werden. Solche Arbeiten zu erledigen, ist nicht unwürdig.

Vollbeschäftigung ist erreichbar

Entgegen manchen Befürchtungen muss auch einer hoch entwickelten Volkswirtschaft keineswegs die Arbeit ausgehen. Vollbeschäftigung ist auch im 21. Jahrhundert keine Utopie. Die Entwicklung in Bayern ist dafür ein Beispiel: Im Gegensatz zum Bund haben wir im zurückliegenden Jahrzehnt die Beschäftigungsbilanz annähernd ausgeglichen gestalten können. Im Jahr 2000 war der Süden Deutschlands praktischer Vollbeschäftigung bei einer Arbeitslosenquoten von unter 5% bereits sehr nahe.

Deutschland insgesamt hat genügend Potenziale, um seine Beschäftigungsprobleme zu bewältigen, vorausgesetzt alle Verantwortlichen machen wirklich ernst mit dem »Vorrang für Arbeit«.

Prof. Dr. Georg Milbradt

Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Die aktivierende Sozialhilfe gibt gering qualifizierten Arbeitslosen die Möglichkeit, aus dem Niedriglohnsektor in eine reguläre Beschäftigung zu kommen. Der Zuschuss zur produktivitätsgerechten Bezahlung hebt das Einkommen über den Sozialhilfesatz und regt damit zur Arbeit an.

Es geht darum Chancen zu nutzen, Spielräume zu schaffen und Schwung zu erzeugen. Die aktivierende Sozialhilfe mit ihren Anreizmechanismen geht dabei in die richtige Richtung.

Der Kombilohn bietet vor allem niedrig qualifizierten Arbeitslosen die Chance, in den regulären Arbeitsmarkt hereinzukommen und ihre Qualifikation zu verbessern. Nicht Billigarbeit, sondern qualifizierte Arbeit muss das Ziel sein. Der Kombilohn wird den Arbeitsmarkt stärker verändern als alle Hartz-Gesetze.

Der Kombilohn bietet Arbeitslosen mit geringer Qualifikation die Chance, überhaupt erst in den Arbeitsmarkt zu kommen, da ihre Produktivität unter dem Anspruchslohn von Arbeitslosengeld und ALG II liegt. Das Ziel muss sein, Arbeit statt Nichtarbeit zu subventionieren.

A preamble. The creation of an economic area with a single market and 12 national economies now sharing a single currency – the euro – has been a unique endeavour in economic history. Other countries will follow in adopting the euro in the future. This has set in motion several new developments to which we need to pay close attention.

But we should also not forget that the euro was introduced only in 1999 (with banknotes and coins following three years later). As such, its full effects may take some more time to unfold. Experience also shows that in such a rapidly changing world, where the progress of science and technology, the globalisation process and the very profound structural and institutional changes in Europe are taking place simultaneously, we have to be humble before facts and figures and be ready to take them on board.

My reflections are organised along five main lines. *First*, I will list some reasons why the euro is setting in motion some developments that were not there before. *Second*, I will argue that actually the euro is already fostering such developments and integration in many areas. *Third*, I will highlight some of the main benefits and consequences of European economic and monetary integration. *Fourth*, I will provide some snapshots of the diversity of euro area national economies, a natural phenomenon in a wide currency area. And *finally*, I will discuss the issue of the optimal economic management of the euro area.

First reflection, why should the euro bring countries closer together?

What is so special about a monetary union among countries that are ready for this leap forward?

We know that by moving from several national currencies to a single currency, some pecuniary costs disappear or at least decline. The introduction of the euro has therefore contributed to reducing trading costs both directly and indirectly: e.g. by removing exchange rate risks and the cost of currency hedging among the pre-euro legacy currencies. Information costs have been reduced as well. The euro is also enhancing price transparency and discouraging price discrimination: this is helping to reduce market segmentation and is fostering competition. Hence, the euro is acting as a catalyst for the Single Market Programme.

But there is more to it. The euro is rendering this single market irrevocable. A single currency among partner countries, some of which already started integrating in the 1950s, is seen as “a much more serious and durable commitment” than other monetary arrangements between countries.¹ It precludes future competitive devaluation, facilitates foreign direct in-



Jean-Claude Trichet
Präsident der Europäischen Zentralbank

vestment and the building of long-term relationships. Producers may be more willing to undertake large fixed costs associated with exporting to other partner countries of the currency area. One single currency is more efficient than multiple currencies in performing the roles of a medium of exchange and unit of account. As a result, a single currency promotes convergence in social conventions with potentially far-reaching legal, contractual and accounting implications.²

The euro is also rendering more obvious the need to intensify structural reforms, such as those fostered and monitored in particular by the European Commission, the OECD and that we strongly support ourselves. Reforms span product and labour markets, and as regards financial integration the measures listed in the Financial Services Action Plan (FSAP), the launch of TARGET2, the establishment of the Single Euro Payment Area (SEPA), the initiatives to further integration in the Mortgage Credit Market in the EU, and others. This is in fact vital to enhance the success of EMU.

¹ See, among others, Engel and Rogers, “European Product Market Integration After the Euro”, *Economic Policy*, July 2004, 347–384, and McCallum, “National Borders Matter: Canada-US Regional Trade Patterns”, *American Economic Review* 85 (3), 1995, 615–623. For a description of the European process of integration see Mongelli, F.P., E. Dorrucchi, and I. Agur, “What does European institutional integration tell us about trade integration?”, ECB Occasional Paper Series no 40, 2005.

² Garcia-Herrero, Gaspar, Hoogduin, Morgan and Winkler, “Introduction of volume with Conference Proceedings”, in *Why Price Stability*, First ECB Central Banking Conference, European Central Bank, 2001.

Hence, the euro is contributing to the removal of “borders”. These are broadly intended to include the former legacy currencies, but also national procedures, rules and conventions, plus many other obstacles and hindrances to economic and financial integration. *To what extent are we starting to see these effects?*

Let me now illustrate, and it is my second point, how the economic and financial environment of the euro area has changed, and will continue to change

More and more research studies and analyses on the effects of the euro are being conducted. The effects observed are generally beneficial and euro area economies are becoming more interdependent.³

We have clear evidence of a significant increase in both *intra and extra-euro area trade in goods* since the launch of the euro.⁴ *Exports and imports of goods within the euro area* increased from about 26.5 percent of GDP in 1998 to around 31 percent in 2005. This may be partly related to the introduction of the single currency and the increased price and cost transparency, which have promoted cross-border trade. Over the same period, *exports and imports of goods with trading partners outside the euro area* rose from about 24 percent of GDP to almost 30 percent. This is mainly due to more sustained growth in world GDP, an increase in global trade integration, and a very sizeable increase in trade with the ten new Member States of the European Union. All in all, these developments are particularly noteworthy given the already high degree of openness of the euro area countries, suggesting that we are not witnessing the creation of a “fortress Europe” but that the European integration is perfectly complementary with the global integration.

A lesser-known feature is that *trade in services* with partners inside and outside the euro area has also increased as a percentage of GDP in recent years. Intra-euro area exports and imports of services increased from about 5 percent of GDP in 1998 to around 6.5 percent in 2005. Proportionately, this represents a slightly higher increase than extra-euro area exports and imports of services, which increased from about 7.5 percent of GDP in 1998 to around 9.5 percent in 2005. Trade in services can rise much further when the single mar-

ket for services is completed. We are perhaps already seeing the first signs of this process: over the last three years the growth of the euro area’s international trade in financial services has surpassed the growth in all other sectors of services. Moreover, intra-euro area trade in financial services grew almost as rapidly as extra-euro area trade. Other dynamic sectors on the intra-trade side were computer and information services as well as communication services.

Intra-euro area Foreign Direct Investments (FDIs) have grown considerably as well. They are now catching up with extra-euro area FDIs. Between 1998 and 2004, total FDIs grew by about 180 percent in nominal terms while cumulated total FDIs now account for around 24 percent of euro area GDP. Intra-euro area FDIs grew instead by over 240 percent and now account for a little less than half total FDIs. Such FDIs – which also include mergers and acquisitions (M&A) activity – accumulate over time and contribute to reshaping Europe.

The faster movement towards a single market in **financial services** is another example of the euro acting as a catalyst. Here I will give just a few examples. Last year, for the first time, the ECB published a set of indicators on the state of integration of euro area financial and banking markets. These indicators clearly show that the euro has been a remarkable catalyst, particularly in market segments closer to the single monetary policy.

For example, the cross-country standard deviation of EONIA – i.e. overnight – and EURIBOR – i.e. one-month and 12-month – lending rates among euro area countries plummeted to close to zero following the introduction of the euro, and since early 1999 this standard deviation has remained low at only 1 to 2 basis points. Just to give for comparison some figures from the time before Monetary Union, let me mention that in January 1998, i.e. one year before the start of Monetary Union, the indicator for the EONIA lending rates stood higher than 130 basis points and the indicators for the EURIBOR lending rates stood at more than 100 basis points for the one-month maturity, and at around 50 basis points for the 12-month rates.

The euro corporate bond market has grown very significantly since 1999, and has the potential to grow even further. The outstanding volume of bonds issued by non-financial corporations of around €2.5 trillion in the United States is still three times larger than in the euro area (while the respective GDPs are comparable). A rapid integration is also taking place in euro area equity markets. Stock prices across the euro area increasingly react to euro area-wide factors and news. Furthermore, the elimination of intra-euro area currency risk and, most importantly, the reduction of direct and indirect costs for cross-border portfolio transactions has reduced the “home bias” in the equity holdings

³ In June 2005, the ECB held a workshop on “What effects is EMU having on the euro area and its member countries?” The workshop was organised in five areas: 1) trade integration; 2) business cycle synchronisation, economic specialisation and risk sharing; 3) financial integration; 4) structural reforms in product and labour markets; and 5) inflation persistence. All proceedings are now available in the ECB Working Paper Series: see nos 594 to 599.

⁴ See Baldwin, “The euro’s trade effects”, ECB Working Paper Series no 554, 2006, and Anderton, di Mauro, and Moneta, “Understanding the impact of the external dimension of the euro area: trade, capital flows and other macroeconomic linkages”, ECB Occasional paper no 12, 2004.

of institutional investors. A simple inspection of the data reveals that European countries increased their holdings of euro area international assets (as a share of their total international portfolio). Over the 1997-2003 period, the share of intra-euro area allocation increased markedly by 10 percentage points for equity portfolios and by almost 25 percentage points for fixed income portfolios. There is nevertheless potential for greater integration particularly in the equity market.⁵

Cross-border interbank loans and holdings of securities are another area in which we have seen significant progress. At the end of 1997, securities issued by non-monetary financial institutions of another euro area country accounted for only 16 percent of the securities held by euro area monetary financial institutions (MFIs). This share has now reached almost 40 percent.

But integration in retail banking has been slow so far. Consolidation in the banking sector has taken place mostly as a result of domestic mergers whereas cross-border banking mergers have started to happen only over the recent years. In this respect, whereas a number of euro area banks have considerably expanded their interests outside the euro area, cross-border activity within the euro area has remained relatively limited, though it is gaining importance. The continuation of this trend is expected to result in an increase in the level of competition and efficiency in the euro area financial system.

Let me briefly mention that the ECB and the Eurosystem are actively involved in several initiatives that help fostering financial integration. First, the launch of TARGET2 – the new payment platform for the financial system – is planned for the end of 2007. Furthermore, we are participating in the Short-Term European Paper (STEP) initiative to promote the convergence of better market standards and practices prevailing in the European short-term securities markets, whereby Euribor ACI and Euribor FBE formally adopted the STEP Market Convention just recently at the beginning of June. End of last year, we also provided a contribution to the European Commission on the Green Paper on Mortgage Credit in the EU, an important segment of the banking and retail markets that has an outstanding volume of more than €4 trillion in residential mortgage debt in the EU, corresponding to around 40 percent of EU GDP.

⁵ A more sophisticated analysis based on an international portfolio choice model reaches the same conclusion (see De Santis and Gérard, "Financial integration, international portfolio choice and the European Monetary Union", ECB Working Paper Series, no 626, 2006.). EMU has enhanced regional financial integration in the euro area in both the equity and bond markets. There is evidence of active trading among euro area Member States, with euro area investors assigning a higher weight to portfolio investment in euro area countries. Over the period 1997–2001, the average increase in weights – on top of the world average portfolio weight increase in euro area assets – amounts to 12.7 percentage points for equity holdings and 22.4 percentage points for bond and note holdings.

Euro area mortgage markets are not yet fully integrated, and I see here great potential for further integration. Last but not least, there is also the Single Euro Payments Area (SEPA) project that aims at integrating the market for retail payment services.

Let me finally stress how important it would be to speed up progress in creating more flexible labour and product markets. Advances in this area have been uneven across countries and as a whole too slow.⁶ I will come back to this issue later on.

All in all, however, euro area countries are becoming more interdependent than they were at the start of EMU. Simply put, we all have a bigger stake in each other. *What are some of the direct and indirect implications from sharing the euro?*

My third reflection is that the single currency has been largely beneficial.

There are benefits of intense trade in goods and services. By increasing intra-euro area FDIs and M&As, companies in Europe are able to re-allocate their capital in a more efficient manner.

The Eurosystem – with the ECB at its heart – has built a successful monetary framework. This includes a clear monetary policy strategy to deliver our primary objective, price stability, an effective framework for the operational conduct of monetary policy, and an efficient payment system. As a result, expected inflation levels have remained in line with our definition of price stability. This has allowed nominal and real medium and long term market interest rates to contribute to favourable conditions for sustained economic growth and job creation.

The euro area has become more resilient. As a whole, we find less dispersion because the cyclical component of output growth is more synchronised. Since the start of EMU dispersion in annual average real GDP growth rates across the twelve euro area countries, measured by the unweighted standard deviation, has declined from a level of 2 percentage points, around which it has fluctuated since the

⁶ See Duval and Elmeskov, "The effects of EMU on structural reforms in labour and product markets", ECB Working Paper series no 557, 2006, and Blanchard and Giavazzi, "Macroeconomic effects of regulation and deregulation in goods and labor Markets", Quarterly Journal of Economics, August, 118(3), 2003, 879–907.

⁷ See Giannone and Reichlin, "Trends and cycles in the euro area: how much heterogeneity and should we worry about it?", ECB Working Paper series no 555, 2006, Benalal, Diaz del Hoyo, Pierluigi and Vidalis, "Output growth differentials across the euro area countries: some stylised facts", ECB Occasional Paper Series no 45, 2006, and ECB, "Sectoral specialisation in the EU: a macroeconomic perspective", ECB Occasional Paper no 19, 2004.

1970s, to 1.5 percentage points in 2005.⁷ National economic policies have become better coordinated, and in the case of monetary policy it has even been completely merged. A relevant factor for some euro area member countries is that the risk of possible speculative attacks on national currencies has been removed. Not so long ago, in the pre-EMU past, the impact of movements by the Deutsch Mark against the US dollar was often aggravated by similar movements against euro legacy currencies: this can no longer happen.

Clearly, there are also general economic benefits arising from more financial integration in the euro area. I will mention a few here.⁸ Financial integration fosters financial development, the modernisation of the financial system and, ultimately, economic growth. Some of our studies and a number of analyses by the European Commission claim that the potential gains from the financial integration of European bond and equity markets in terms of additional real GDP growth amount to around 1 percent over a ten-year period.

Thanks to greater financial integration, economic agents can invest more easily in any part of the euro area and thereby spread the risk of potential local shocks having an impact on income and consumption. The potential benefits of this are very significant. As euro area investors assign more weight to portfolio investment in euro area countries – and banking integration grows as well – risk-sharing in the euro area increases. This is a very important shock absorber.

I will give you a comparison. A few years ago some researchers showed that the US *capital markets* smooths 39 percent of the shocks to gross state product (that is equivalent to our GDP), 23 percent to *credit institutions* and 13 percent to the *federal government*.⁹ 25 percent of the shock is not smoothed. Hence, in the United States, financial markets and financial institutions contribute 62 percent to the absorption of state idiosyncratic shocks. The effect is substantially higher than the effect of the federal budget. While in Europe the supranational budget plays a different role, we expect European financial markets to move in this direction.

Furthermore, by making markets deeper and more liquid, financial integration creates economies of scale and increases the supply of funds for investment opportunities. The integration process fosters competition, the expansion of markets and intermediation, thereby complementing and

leading to further financial development. Financial development, in turn, leads to lower intermediation costs and a more efficient allocation of capital. Allocating resources to the most productive investment opportunities ultimately increases the potential for greater and more sustainable non-inflationary economic growth.

All in all, there is no doubt that sharing the euro has been beneficial for all euro area countries. The 313 million people in the euro area and, more generally, the 460 million European Union citizens expect such economic benefits. At the same time the euro area is now a very large economic area which requires a new type of economic management than we were used to prior to 1999. We need to think in terms of economic developments in the euro area as a whole, in our home country and in euro area-partner countries. This requires an enormous change in mentality, but it is indispensable for the success of EMU.

My fourth reflection concerns the level of diversity within the euro area.

Let me provide you only a few snapshots of the evolution and dispersion of inflation, as well as indicators of growth differentials, competitiveness and unit labour costs. Whenever possible, I like to compare and contrast the euro area with the other major industrialised continental economy, the United States.

I would like to stress that monitoring economic developments and understanding what lies behind diversities is an important aspect of the new economic management that I referred to above.

a) *Inflation dispersion in the euro area declined considerably in the 1980s and 1990s, and is on a par with the level found in the United States. Inflation dispersion among euro area countries has broadly stabilised at a low level since the beginning of the euro. The progress made has been very impressive. The unweighted standard deviation of annual HICP inflation rates was still around 6 percentage points in late 1990. It has dropped to 1 percentage point since the launch of the euro, a level at which it broadly stabilised. This dispersion level is similar to that of the 14 US Metropolitan Statistical Areas (MSAs) but somewhat higher than for the four US census regions. Although such comparisons are subject to some well-known caveats, it can be argued that inflation dispersion in the euro area has not been high by international standards.*¹⁰

⁸ See Capiello, Hördahl, Kadareja, and Manganelli, "The Impact of the euro on financial markets", ECB Working Paper series no 556, 2006, and Baele, Ferrando, Hördahl, Krylova, and Monnet, "Measuring financial integration in the euro area", ECB Occasional Paper no 14, April 2004.

⁹ Asdrubali, Sorensen and Yosha, "Channels of Interstate Risk Sharing: United States 1963–1990", Quarterly Journal of Economics, CXI, November 1996, 1081–1110.

¹⁰ ECB (2003) "Inflation differentials in the euro area: potential causes and policy implications," ECB report released on 16 September 2003. ECB (2005) "Monetary policy and inflation differentials in a heterogeneous currency area", article in the ECB Monthly Bulletin of May 2005.

A feature of euro area *inflation differentials* is their persistence. Inflation in most member countries displays significant inertia. Many countries below, or above, the euro area average inflation rates in recent years have remained in this position for at least a decade on average. Such widespread persistence of inflation differentials over long periods does not occur in the United States. And we are now seeing signs of limited reversals: some euro area countries with relatively high inflation rates have moved down to, or even below, the euro area average. Overall, these corrections are welcome, but the point is that they have been quite slow in coming. Whereas some wage or inflation differentials are justified – and prove that monetary union promotes adjustments – there is a need to better understand the reasons for this apparent sluggish adjustment process.

If we look at the *cost side*, in most countries domestic factors dominate external factors in generating inflation differentials. In particular, we have witnessed a sustained divergence of wage developments across the euro area, and narrower differences in labour productivity growth. These differentials in the growth of unit labour costs have been the main sources of persistence. This suggests a link with differing levels of wage rigidities across the euro area. However, changes in profit margins have also contributed to inflation differentials. Furthermore, imperfect competition and associated price rigidities across countries may also have been a factor.

If we look at *product groups*, there has been a relatively higher price dispersion in the area of services. This is probably associated with the dispersion in wage developments in the services sector. By contrast, inflation dispersion has been relatively low for tradable non-energy industrial goods. Then, of course, products with relatively volatile price developments (such as energy, unprocessed food and processed food) has also shown a high dispersion of price changes across countries.

Hence, there is a certain degree of structural diversity in inflation and cost developments among euro area national economies. This is undesirable if it reflects misaligned policies and structural rigidities or a lack of competition. If uncorrected, over time, it may engender negative effects and externalities for the euro area as a whole.

b) *The second snapshot of diversity in the euro area concerns growth dispersion.* Growth dispersion in the euro area has been broadly stable since the early 1970s. Between 1999 and 2005 there were no signs of increased divergence. The average dispersion of annual real GDP growth (measured as the unweighted standard deviation) was around 2 percentage points. This is very close to the average dispersion of real growth rates since the 1980s. By comparison, the dispersion of real growth across the 50 US States

has fluctuated around an average of 2½ percentage points over the last 15 years, while the average dispersion of the real growth rates was around 1½ percentage points across the eight US statistical regions.

There is also a relatively high degree of persistence of output growth differentials within the euro area. A certain degree of persistence of growth differentials is also found in the United States. However, to take the United States as a benchmark is useful only up to a certain point. On the one hand, the US economy is known to be more flexible than the euro area (and thus effects of asymmetric shocks should be absorbed more easily and faster). On the other hand, the United States exhibits stronger regional specialisation than the euro area, making its regions more subject to specific asymmetric shocks.

It is useful to distinguish between the main drivers of dispersion. Dispersion in real GDP growth rates across the euro area countries reflects two main factors: dispersion of cycles and dispersion of trends.

The dispersion of cycles has steadily declined since the early 1990s from about 2 percentage points to 1 percentage point. In this regard, the *degree of synchronisation* of business cycles across euro area countries seems to have increased since the early 1990s. This holds true for various measures of synchronisation applied to overall activity and to the cyclical component, for annual and quarterly data as well as for various country groupings. In particular, the degree of correlation appears currently to be at a historical high. These two features are unique to the euro area.¹¹

This may indicate that EU integration and, more recently, EMU – as opposed to global forces – have led to smaller differences in output gaps and an increase in the synchronisation of business cycles across the euro area countries.

Instead, since the beginning of the 1990s we witness more lasting differences in trend growth, which rose from about 1.2 percentage points to about 1.7 percentage points in the late 1990s before starting to decline. Some euro area countries persistently exhibit trend output growth either above or below the euro area average.¹²

Differences in trend growth among euro area countries can be explained by various structural factors, including to some

¹¹ No increase in the contribution from trend growth differences and no increase in synchronisation have been detected for a subset of 12 non-euro area OECD countries.

¹² See Benalal, Diaz del Hoyo, Pierluigi and Vidalis, "Output growth differentials across the euro area countries: some stylised facts", ECB Occasional Paper Series no 45, 2006.

extent demographic trends and catching up in terms of the standard of living. Differences in the timing and extent of past structural reforms in euro area countries are likely to have played a significant role. For example, the Netherlands have undertaken labour market reforms earlier than the largest euro area countries. As a result, diverse long-term trends in labour productivity and employment growth have been observed. More generally, the degree of economic flexibility could be a factor explaining trend growth differences. In some countries, short-term shocks may have had more persistent effects on growth differentials due to slow adjustment processes in the presence of structural rigidities.

The increasing weight of differences in trend growth and the lower weight of dispersion in business cycles has important implications. Macroeconomic policies can only partly address this dispersion, whereas structural reforms can address it more fully.

c) *My third snapshot of diversity concerns the rapidity with which relative changes in cost and price competitiveness are occurring.* These movements mainly reflect changes in relative unit labour costs and inflation differentials. They demonstrate that there is significant leeway for losing, or gaining, competitiveness, even in the absence of exchange rate adjustment: more leeway than was foreseen prior to the launch of the euro. Let me give you an order of magnitude. Between 1999 and 2005 the difference in the cumulated growth of unit labour costs for the total economy between the “highest increase” and “lowest increase” countries was about 20 to 25 percent.

This is an important phenomenon that requires an understanding of the factors driving it. I will touch upon a few related developments:

- Unit labour costs are increasing at a relatively fast pace in those euro area economies which started at significantly lower price and cost levels. In most, but not all, cases this phenomenon is driven by the Balassa-Samuelson effect, which occurs when there is a catching-up to higher living standards, and is thus generally acceptable, as it reflects the movement to a new equilibrium.
- Germany has seen very moderate growth in unit labour costs over an extended period, leading to a correction of the losses in competitiveness which arose in the aftermath of German reunification. This correction and the related sustained period of relatively low inflation is, of course, fully justified and perfectly welcome. It also shows that adjustment mechanisms in EMU do work. A high degree of wage flexibility would help to accelerate such welcome adjustment processes.
- However, the persistence of growth and inflation differentials also show that some other sources of diversity are not economically justified. They might be partly attributable to insufficient flexibility; in such economies corrections must be made. For example, in some economies the combination of weak labour productivity growth and of strong nominal increases of wages and salaries for a sustained period might lead to a progressive deterioration of their competitiveness. Furthermore, in several euro area countries there exists specificities in wage formation (for example due to indexation mechanisms or due to the influence of the public sector) and in price formation in general. This limits the responsiveness to shocks.

My final reflection concerns the optimal economic management of the euro area

The economic management of the euro area needs to reflect the increasing interdependence of euro area economies and ensure that the above-mentioned diversity can be addressed. I will now stress the importance of three “guiding principles” for this.

a) *The first principle is a rigorous implementation of the Stability and Growth Pact.* There are several reasons for clear fiscal rules in a monetary union, such as those embodied in the Stability and Growth Pact, including correcting the “deficit bias” of fiscal policy and preventing spillovers from fiscal policies to monetary policy. I have made these reasons clear on numerous occasions. Euro area countries need to maintain budgetary positions that are close to balance or in surplus over the medium term. They also need to reduce public debt to a low and sustainable level.

But the subject of my speech today is the economic integration of the euro area, so *I would like to mention a few other reasons for supporting sound fiscal policies.* First, the need to reduce the risk of fiscal policy externalities; additionally, the need to gain flexibility and adaptability; and finally, the importance of ensuring proper incentives. Sound fiscal policies allow for flexibility, which cushions the effects of the economic cycle through the working of automatic stabilisers. Additionally, sound fiscal policies create room for domestic economic management, say, to pursue the desired tax and spending policies. Furthermore, the tax and benefit system should avoid major distortions affecting incentives to work, save, invest and innovate. This creates conditions conducive to stability and sustainable growth. Ireland is one very clear example of such a virtuous process inside the euro area.

The public sector also has a “role model” function, for example, concerning public wages and/or administrative

prices. Its behaviour can make the social partners more aware of the trade-off between higher salaries and job creation.

Although a sound fiscal policy is in a country's own interests, it is very much in the interests of the euro area as well. An inappropriate fiscal policy in one country directly affects other countries, as the impact on interest rates is no longer confined to one country but spreads across the euro area.

b) The second principle is a close monitoring of the implementation of structural reforms. Earlier, I referred to some common denominators behind inflation and growth differentials: the detrimental role of pervasive price and wage rigidities, excessive labour market regulations, and imperfect competition in several important sectors of the euro area economies. We have known this for quite some time. A lot is at stake here, and there is an urgent need for action.

Why? All euro area countries need structural reforms, although to different degrees. Reforms are essential to raise factor productivity and potential output, to create new jobs and to achieve lower prices and higher real incomes. The need for reforms is clearly signalled by the fact that euro area potential output growth seems to have moved to the lower bound of its previously estimated range of 2 to 2.5 percent. In addition, euro area real GDP per capita is still about 70 percent of that in the United States. Furthermore, reforms are also needed to increase the resilience and flexibility of the economy.

The Lisbon agenda of 2000 was, and is, a fundamental and ambitious programme to draw Europe's attention to the urgency of structural reforms. It identified all major areas which need to be changed. However, the modest and uneven implementation so far has clearly shown how difficult reforms are. More recently, the Lisbon agenda has been refocused towards growth and employment. Various feasible goals were set in order to enhance, among other things, the flexibility and adaptability of labour markets; raise competition in the markets for goods and services; increase employment; promote innovation; and strengthen growth and employment rates in each participating country. The need for structural reforms and liberalisation also applies to financial markets. In fact, further financial integration has the potential to greatly foster economic growth.

Governments are paying greater attention to the implementation of reforms. We appreciate this renewed impetus, which has now resulted in the more focused Partnership for Growth and Jobs and in the structural reform commitments of the national reform programmes. We also need to reinforce the benchmarking of good performance to better identify where the reform challenges are most urgent. As I have explained above, a successful reform programme is of particular importance for euro area countries.

c) The third principle is the need to monitor unit labour costs and national competitiveness indicators to prevent or correct, if necessary, abnormal deviations. We would expect some dispersion and differentials among euro area countries: in the long and very long term, several parameters characterising their economies are bound to fluctuate around some average of the euro area as a whole. Put more clearly, there will always be some diversity as in other vast continental economies with a single currency like the United States. In particular, this should be the case for countries catching up in terms of GDP per capita and price levels and would thus show faster output growth and inflation. For some economies, the observed diversity may go beyond the completion of the "catching-up" process. This should be the case for corrections of past excesses in terms of overall cost and price competitiveness, particularly in the tradable goods and services markets.

In such situations, national governments and social partners need to take action to address excessive wage developments and strengthen productivity growth in order for unit labour costs in those economies to increase less rapidly than the average of the euro area.

The economic and financial environment is changing and euro area countries are becoming progressively more interdependent. Several potential concerns preceding the launch of the euro have been dispelled. At the same time, more must be done to increase the flexibility and adaptability of euro area economies. Structural reforms are essential to facilitate and speed up the endogenous corrections of deviations of economic parameters. Reforms will also enhance growth potential for the euro area as a whole as well as reinforcing its resilience in the case of shocks.

We also need to monitor and fully understand the factors behind the persistence of diversities among euro area countries: this persistence is in some cases fully justified. In other cases it has to be corrected in order to avoid the accumulation of differences over time. This is particularly true as regards the cost competitiveness indicators. Euro area policy-makers need to discuss the underlying factors and the necessary corrective measures in the appropriate institutional fora: this should ensure a smooth functioning of the euro area in the coming years.

In such a rapidly changing world, with many simultaneous developments brought about by the progress of science and technology, the globalisation process and the profound changes in Europe – which have been the subject of my reflections – this hard work would have been in any case necessary. The euro has brought price stability, favourable medium and long-term interest rates, and a remarkable degree of resilience in a complex environment marked by shocks, three achievements that lend support to these urgently needed structural reforms.

G. Flaig, W. Nierhaus, I. Becker, S. Henzel, O. Hülsewig, E. Langmantel, J. Mayr, W. Meister, M. Ruschinski, D. Ulbricht und T. Wollmershäuser

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert; und liegt deutlich über dem langfristigen Durchschnitt. Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch schrittweise etwas verlangsamen. Die Konjunktur in Deutschland zeigt sich zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwertsteuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8% expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2%. Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem »klassischen« Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa vier Jahre an. Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7% steigen, kalenderbereinigt um 1,8%. Bei einem Potentialwachstum von schätzungsweise 1¹/₄% schließt sich die seit 2003 bestehende Outputlücke im Prognosezeitraum. Die Verbraucherpreise steigen im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8%. Im nächsten Jahr beschleunigt sich der Preisauftrieb aufgrund des Maßnahmenpakets der Bundesregierung auf 2,5%.

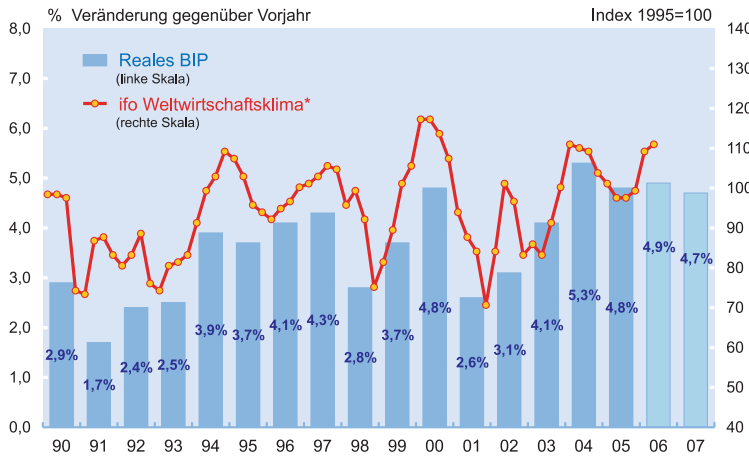
Überblick: Weltwirtschaft wächst kräftig

Die Weltwirtschaft ist in einem robusten Aufschwung. Das vom ifo Institut erhobene Weltwirtschaftsklima hat sich im Frühjahr 2006 zum dritten Mal in Folge verbessert (vgl. Abb. 1); mit 111,0 liegt der Indikator deutlich über dem langfristigen Durchschnitt (1990–2005: 94,3). Der jüngste Anstieg des Klimaindikatoren ging auf die besseren Urteile zur allgemeinen wirtschaftlichen Lage zurück, die nun ein fünfjähriges Hoch erreicht haben. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind unverändert optimistisch. (vgl. Abb. 2).

Im Gefolge des starken weltwirtschaftlichen Wachstums, zuletzt aber auch wegen der erhöhten Risikoprämie aufgrund geopolitischer Spannungen (Konflikt um das Atom-Programm des Iran) hat der Ölpreis kräftig angezogen; die hiermit verbundene Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivität in den Ölverbraucherländern schlug allerdings bei kräftig steigenden Unternehmenserträgen weitaus geringer durch als bei früheren Preisschüben.

Die lange Zeit expansiv ausgerichtete Geldpolitik ist in den meisten westlichen Industrieländern inzwischen gestrafft worden; die langfristigen Zinsen sind weltweit

Abb. 1
Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



*) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.
Quelle: IWF, World Economic Outlook April 2006; Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2006.

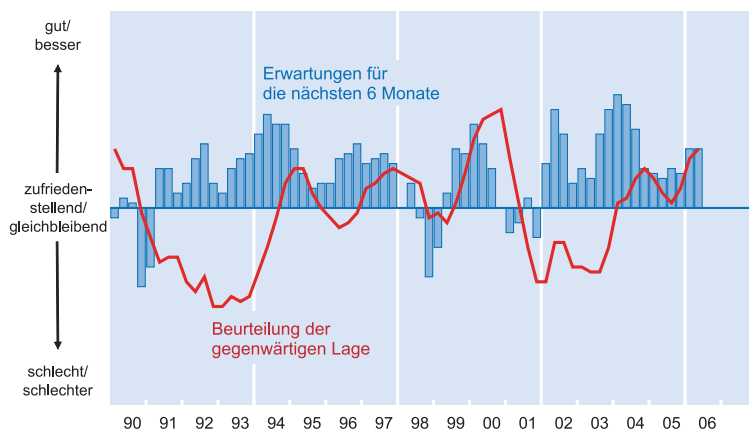
gestiegen. Von Inflations- und Zinsängsten getrieben kam es seit Mai 2006 zu merklichen Kurskorrekturen auf den zuvor haussierenden internationalen Aktienmärkten. Mit einer deutlichen Konjunkturabschwächung in den Industrieländern ist im Prognosezeitraum aber nicht zu rechnen, zumal die Realzinsen immer noch recht niedrig sind und die Nachfrage aus den Öl exportierenden Schwellenländern hoch bleibt.

In den USA hat sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt merklich beschleunigt; die laufende Rate betrug auf das Jahr hochgerechnet 5,3% (Vorjahresvergleich: + 3,6%). Maßgeblich hierfür waren die kräftige Zunahme der privaten Ausgaben für langlebige Gebrauchsgüter und die Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen. Vom Außenbeitrag

ging dagegen zum dritten Mal in Folge ein negativer Wachstumsbeitrag auf das BIP aus. Die Fed hat die monetären Zügel inzwischen merklich gestrafft. Seit Juni 2004 wurde der angestrebte Zielzinssatz (Federal Funds Rate) schrittweise um 400 Basispunkte auf 5,0% angehoben. Auch China, die zweite Lokomotive der Weltkonjunktur, ist schwungvoll ins neue Jahr gestartet. Im ersten Vierteljahr stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Vorjahresvergleich um 10,2%, das ist das höchste Tempo seit drei Jahren. In Japan hat sich die konjunkturelle Erholung, wenngleich etwas verlangsamt, fortgesetzt; die gesamtwirtschaftliche Produktion expandierte zuletzt saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 3,1% (Vorjahresvergleich: + 3,5%). Zur Expansion trug allein die inländische Verwendung bei, der konjunkturelle Impuls der Veränderung des

Außenbeitrags war sogar leicht negativ. In der europäischen Währungsunion (EWU) hat sich die konjunkturelle Erholung weiter gefestigt, nach ersten Schätzungen von Eurostat belief sich das Wachstumstempo im ersten Quartal 2006, gemessen an der laufenden Jahresrate, auf 2,4% (Vorjahresvergleich: + 1,9%). Die inländische Verwendung zog recht kräftig an, befördert vor allem vom privaten Konsum. Der Export expandierte sogar sehr kräftig, getrieben von der letztjährigen Abwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner. Die Inflationsrate – gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) – stieg im bisherigen Verlauf des Jahres ölpreisgetrieben bis auf 2,5% (Mai); die Kerninflationsrate (Veränderung des HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) betrug in der Spitze hingegen lediglich 1,6%. Die Arbeitslosenquote ist seit ihrem Höchststand im Jahr 2004 saisonbereinigt deutlich gesunken; im April 2006 betrug sie 8,0%; ein Jahr zuvor hatte sie noch bei 8,7% gelegen.

Abb. 2
ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) IIQ/2006.

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion in den ersten Monaten des laufenden Jahres – nach vorübergehender Stagnation im Herbst 2005 – wieder spürbar gestiegen; ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts zufolge nahm sie im ersten Quartal saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5% zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel das Wirtschaftswachstum mit 2,9% sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Hierzu trug bei, dass dieses Jahr durch den späten Termin der Osterfeiertage im April drei Arbeitstage mehr zur Verfügung standen als im ersten Quartal 2005. Bereinigt um diesen Kalendereffekt

war der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr mit 1,4% aber immer noch merklich.

Von der Entstehungsseite her gingen kräftige Impulse von der Industrieproduktion und von den Dienstleistungsbereichen aus. Das Baugewerbe hingegen verzeichnete aufgrund des erneut sehr langen Winters wie schon im vergangenen Jahr merkliche Rückgänge. Auf der Verwendungsseite kamen die Wachstumsimpulse sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland: Die realen privaten Konsumausgaben stiegen saisonbereinigt bei rückläufiger Sparquote gegenüber dem Vorquartal um 0,6%. In gleicher Größenordnung stieg der Staatskonsum. Außerdem wurde deutlich mehr in Ausrüstungen investiert (+ 2,2%). Insgesamt trug die inländische Verwendung trotz des witterungsbedingten Rückgangs der Bauinvestitionen mit 0,1 Prozentpunkten positiv zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts bei. Der Außenbeitrag steuerte 0,3 Prozentpunkte bei; die Exporte stiegen mit 4,6% noch etwas stärker als die Importe (+ 4,5%).

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Lage etwas gebessert. So scheint der Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nunmehr zum Stillstand gekommen zu sein. Auch ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die nach der Jahreswende saisonbereinigt aufgrund von Sondereffekten (wie der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I) temporär gestiegen war, zuletzt sogar stark beschleunigt gesunken. Im Durchschnitt der Monate April und Mai betrug der Rückgang jeweils knapp 70 000. Dazu trug bei, dass sich die übliche Frühjahrsbelebung am Arbeitsmarkt wegen des strengen Winterwetters und der späten Lage der Osterfeiertage stärker als sonst üblich hinausgezögert hat. Zudem wirkte sich die nun bessere Betreuung von Arbeitslosengeld II-Empfängern aus. Im Mai belief sich die Zahl der registrierten Arbeitslosen saisonbereinigt auf 4,596 Mill.; die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) betrug 11,0%.

Der Entwicklung der Lebenshaltungskosten wird nach wie vor vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni 2006 betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich 2,0%. Ohne Energieträger gerechnet hätte die Teuerungsrate nur $\frac{3}{4}$ % betragen.

Weltwirtschaft: Weiterhin hohe Dynamik

Die Expansion der Weltwirtschaft war im Frühjahr 2006 schwungvoll. Das Bruttoinlandsprodukt legte infolge der günstigen Ertragslage der Unternehmen, der stark gestiegenen Vermögenspreise und der nach wie vor niedrigen langfristigen Zinsen spürbar zu. Der Anstieg der Ölpreise wirkte

sich, trotz neuer historischer Rekordstände, wenig dämpfend aus.

Die Entwicklung der Wirtschaft in den Industrieländern verlief zunehmend homogen. In den Vereinigten Staaten stieg das Bruttoinlandsprodukt deutlich. Der Konsum legte trotz einer leichten Abflachung des Immobilienpreisanstiegs weiter zu. Die Investitionen erhöhten sich merklich. Auch im Euroraum stieg das Bruttoinlandsprodukt spürbar. Vor allem der Konsum zog infolge der verbesserten Lage am Arbeitsmarkt deutlich an. In Japan setzte sich die konjunkturelle Dynamik lebhaft fort. Die wirtschaftliche Entwicklung in den Schwellenländern verlief ebenfalls schwungvoll. In China expandierte das Bruttoinlandsprodukt ungebremst kräftig; und auch in den übrigen Ländern Ostasiens, ebenso wie in Lateinamerika, fiel die konjunkturelle Dynamik belebend aus.

Die Inflationsraten in den Industrieländern blieben im Frühjahr 2006 trotz des Anziehens der Energiepreise moderat. Mit deutlichen Lohnerhöhungen ist auch weiterhin nicht zu rechnen, so dass Zweitrundeneffekte infolge der höheren Energiepreise nicht zu erwarten sind. Die Inflationserwartungen erhöhten sich nur leicht.

Die Ölpreise nahmen seit Beginn des Jahres deutlich zu. Der Preis für die Sorte Brent stieg von 65 US-Dollar je Barrel auf zwischenzeitlich 75 US-Dollar, ehe er auf 68 US-Dollar zurückging. Der Anstieg der Ölpreise spiegelte dabei auch die Befürchtungen wider, dass zum einen die Investitionen der Ölförderländer in ihre Förderkapazitäten unzureichend sind, und dass zum anderen die Versorgung infolge geopolitischer Risiken, wie den schwellenden Konflikt um das iranische Atomprogramm oder den politischen Unruhen in Nigeria, weiterhin unsicher ist. Die Ölpreise dürften auch im Prognosezeitraum hoch und volatil bleiben.

Die Notenbanken in den Industrieländern haben im Frühjahr 2006 ihren geldpolitischen Kurs zunehmend gestrafft. Die Federal Reserve hat ihren Leitzins im Mai auf 5% angehoben und damit ein Niveau erreicht, das sich noch in etwa als neutral einstufen lässt. Auch die EZB hat ihren maßgeblichen Leitzins im Mai auf 2,75% erhöht, nachdem sie ihn bereits im März auf 2,5% angehoben hat. Die Bank of Japan hielt hingegen ihren Leitzins bei weiterhin 0%; allerdings ist sie dazu übergegangen, die Überschussliquidität im Bankensektor sukzessive zu reduzieren. Die Vermögenspreise haben sich teilweise unterschiedlich entwickelt. Die Aktienkurse, die zuvor kräftig gestiegen waren, haben zuletzt nachgegeben. Der Anstieg der Immobilienpreise hat sich in einigen Ländern – z.B. in den USA – etwas abgeflacht. Die langfristigen Zinsen nahmen seit Mitte letzten Jahres stärker zu. Ihr Niveau ist jedoch nach wie vor relativ niedrig.

Tab. 1
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten
in den westlichen Industrieländern

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ^{a)}			Verbraucherpreise ^{b)}			Arbeitslosenquote ^{b)}		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2005	2006	2007	2005	2006	2007	2005	2006	2007
EU 25	41,6	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,6	8,3	8,0
Schweiz	1,1	1,9	2,6	2,0	1,2	1,3	1,2	3,8	3,6	3,7
Norwegen	0,9	2,3	3,0	2,5	1,5	1,8	1,6	4,6	4,4	4,5
West- u. Mitteleuropa	43,7	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,5	8,2	7,9
USA	38,7	3,5	3,5	3,0	3,4	3,4	2,1	5,1	4,7	5,0
Japan	14,2	2,6	3,2	2,5	-0,3	0,4	0,5	4,4	3,9	3,8
Kanada	3,5	2,9	3,2	3,0	2,2	2,1	1,9	6,8	6,4	6,2
Industrieländer insgesamt^{a)}	100,0	2,5	3,0	2,6	2,3	2,4	1,9	6,7	6,3	6,2

^{a)} Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar. – ^{b)} Standardisierte Arbeitslosenquote nach dem ILO-Konzept gewichtet auf der Grundlage der Erwerbspersonenzahl 2004.

Quelle: OECD; IMF; ILO; Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Die Expansion der Weltwirtschaft wird im Prognosezeitraum schwungvoll bleiben, sich jedoch schrittweise etwas abflachen. Sie wird vor allem durch die Ertragslage der Unternehmen, die trotz leicht höherer langfristiger Zinsen günstig bleibt, belebt. Die Geldpolitik wird ihren Kurs zwar zunehmend straffen, dabei jedoch nicht restriktiv wirken. Die Ölpreise bleiben hoch und volatil.

Die Entwicklung der Weltwirtschaft wird weiter an Breite gewinnen. In den USA wird das Bruttoinlandsprodukt leicht verlangsamt, aber dennoch robust mit etwa der Trendwachstumsrate steigen. Die Konsumdynamik dürfte sich etwas verlangsamen, da sich die Sparquote infolge eines geringeren Immobilienpreisanstiegs schrittweise erhöht. In Japan wird die konjunkturelle Dynamik hingegen schwungvoll bleiben. Auch in Schwellenländern wird sich die wirtschaftliche Entwicklung lebhaft fortsetzen. In China wird das Bruttoinlandsprodukt weiter kräftig expandieren; in den übrigen Ländern der Region dürfte die konjunkturelle Dynamik, ebenso wie in Lateinamerika, hoch bleiben. Im Euroraum wird das Bruttoinlandsprodukt spürbar steigen. Der Konsum dürfte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt anziehen. Die Investitionen werden sich merklich erhöhen.

Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt in der Welt im Jahr 2006 um etwa 5% steigen; ehe es sich im Jahr 2007 leicht verlangsamt um 4½% erhöht. Der Welthandel wird in diesem Jahr um 9% und im nächsten Jahr um 7½% expandieren. Der Anstieg der Preise bleibt moderat. Die Prognose basiert auf der technischen Annahme, dass der Ölpreis um 65 US-Dollar je Barrel schwankt und der Euro-Wechselkurs bei etwa 1,25 US-Dollar liegt.

Die Prognose der weltwirtschaftlichen Entwicklung ist mit Unsicherheit behaftet. Am Ölmarkt ist mit kräftigen Preisschwankungen – nach oben wie nach unten – zu rechnen. Die Konjunktur könnte besser laufen, wenn der Ölpreis über

längere Zeit deutlich sinkt; ebenso könnte sie aber auch merklich abflachen, wenn der Ölpreis nachhaltig kräftig steigt, was zu einer höheren Inflation infolge stärker steigender Löhne führen könnte. Die Geldpolitik würde dann einen wesentlich restriktiveren Kurs einschlagen, der entsprechend deutlich bremsend wäre.

In einigen Industrieländern liegt ein weiteres Risiko für die Konjunktur in einer möglichen spürbaren Korrektur der Immobilienpreise, die vor allem durch höhere Hypothekarkreditzinsen ausgelöst werden könnte. Die wirtschaftliche Aktivität könnte infolge eines Einbruchs der Immobilienpreise gedrosselt werden, da sowohl der Konsum als auch die Bauinvestitionen deutlich abflachen würden.

In den USA besteht nach wie vor das Risiko, dass das hohe Leistungsbilanzdefizit destabilisierend wirken könnte. Sollte die Bereitschaft der ausländischen Investoren sinken, die Bestände an auf US-Dollar lautende Wertpapiere zunehmend auszuweiten, könnte dies zum einen den US-Dollar merklich schwächen und zum anderen die amerikanischen Zinsen spürbar erhöhen. Die wirtschaftliche Entwicklung in den USA würde dadurch gebremst, was auch die weltwirtschaftliche Dynamik drosseln würde.

USA: Weiterhin robuste Konjunktur

Die US-Wirtschaft expandierte im Durchschnitt des Jahres 2005 trotz der vorübergehenden Schwächephase im vierten Quartal mit 3,5% weiterhin über ihrer Potentialwachstumsrate, jedoch schwächer als noch im Vorjahr. Der Rückgang in den Wachstumsraten zum Ende des Jahres wurde dabei durch Sonderfaktoren ausgelöst, die insbesondere die Dynamik des privaten Konsums dämpften. Im Schlussquartal 2005 zeigte die US-Wirtschaft somit die niedrigste Wachstumsrate seit Anfang 2003.

Nach dem Wegfall dieser Sonderfaktoren legte das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 mit einer laufenden Jahresrate von 5,3% deutlich zu und stieg im Vorjahresvergleich um 3,6%. Nachdem im Jahr 2005 vor allem der private Verbrauch die treibende Kraft der gesamtwirtschaftlichen Expansion war, steht das Wachstum aktuell zunehmend auf einer breiteren Basis und wird insbesondere auch durch die höhere Dynamik der Investitionen und Exporte getragen. Die Exporte nahmen im ersten Quartal 2006 beschleunigt zu und stiegen mit einer laufenden Jahresrate von 14,7% nach 5,1% im Vorquartal. Die Unternehmensinvestitionen wurden zu Beginn des Jahres auf Grund der anhaltend günstigen Absatz- und Ertragsaussichten kräftig ausgeweitet und wuchsen im ersten Quartal 2006 annualisiert um 9,3% gegenüber dem Vorquartal nach einer Steigerung von 3,9% im Schlussquartal 2005. Der private Konsum hat sich nach dem temporären Einbruch Ende 2005 wieder erholt und hat im ersten Quartal 2006 mit deutlich gesteigener Dynamik um 5,2% (laufende Jahresrate) zugelegt, nach lediglich 0,9% im Schlussquartal 2005. Grund für die privaten Ausgabesteigerungen waren neben der positiven Entwicklung der Einkommen auch die durch höhere Immobilienpreise und Aktienkursgewinne bedingten Vermögenszuwächse. Im ersten Quartal 2006 hat die Dynamik der Immobilienpreise jedoch etwas an Schwung verloren. So ging der Anstieg der Preise für Wohnimmobilien auf 2,0% gegenüber Vorquartal zurück, nachdem er im Vorjahr noch bei durchschnittlich 3,2% pro Quartal gelegen hatte.

Die Arbeitslosenquote hat sich von 5,2% im Januar 2005 bis auf zuletzt 4,6% im Mai 2006 verringert und liegt damit auch im historischen Vergleich auf relativ niedrigem Niveau. Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der zivilen Erwerbstätigen um 2,7%.

Die Inflationsrate wurde durch den drastischen Anstieg der Energiepreise nach oben getrieben und lag nach einem Höchststand von 4,7% im September im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 3,4%. Aktuell beträgt der Anstieg des Konsumentenpreisindex im Vorjahresvergleich 4,2%. Den gestiegenen Energiepreisen steht dabei ein geringes Nominallohnwachstum gegenüber, das weiter deutlich hinter den Produktivitätssteigerungen zurück bleibt und somit keinen starken Preisdruck ausübt. So stiegen die durchschnittlichen Stundenlöhne (ohne den Bereich Landwirtschaft) im ersten Quartal 2006 gegenüber dem Vorjahr um 3,5% nach 3,2% im Durchschnitt des Jahres 2005. Die Kerninflation – sie misst den Preisniveaustieg ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel – blieb insgesamt stabil und lag im Durchschnitt des Jahres 2005 bei 2,2%; aktuell beträgt sie 2,4%.

Die monetären Rahmenbedingungen haben sich von Anfang 2005 bis zuletzt verschlechtert. Die US-Notenbank

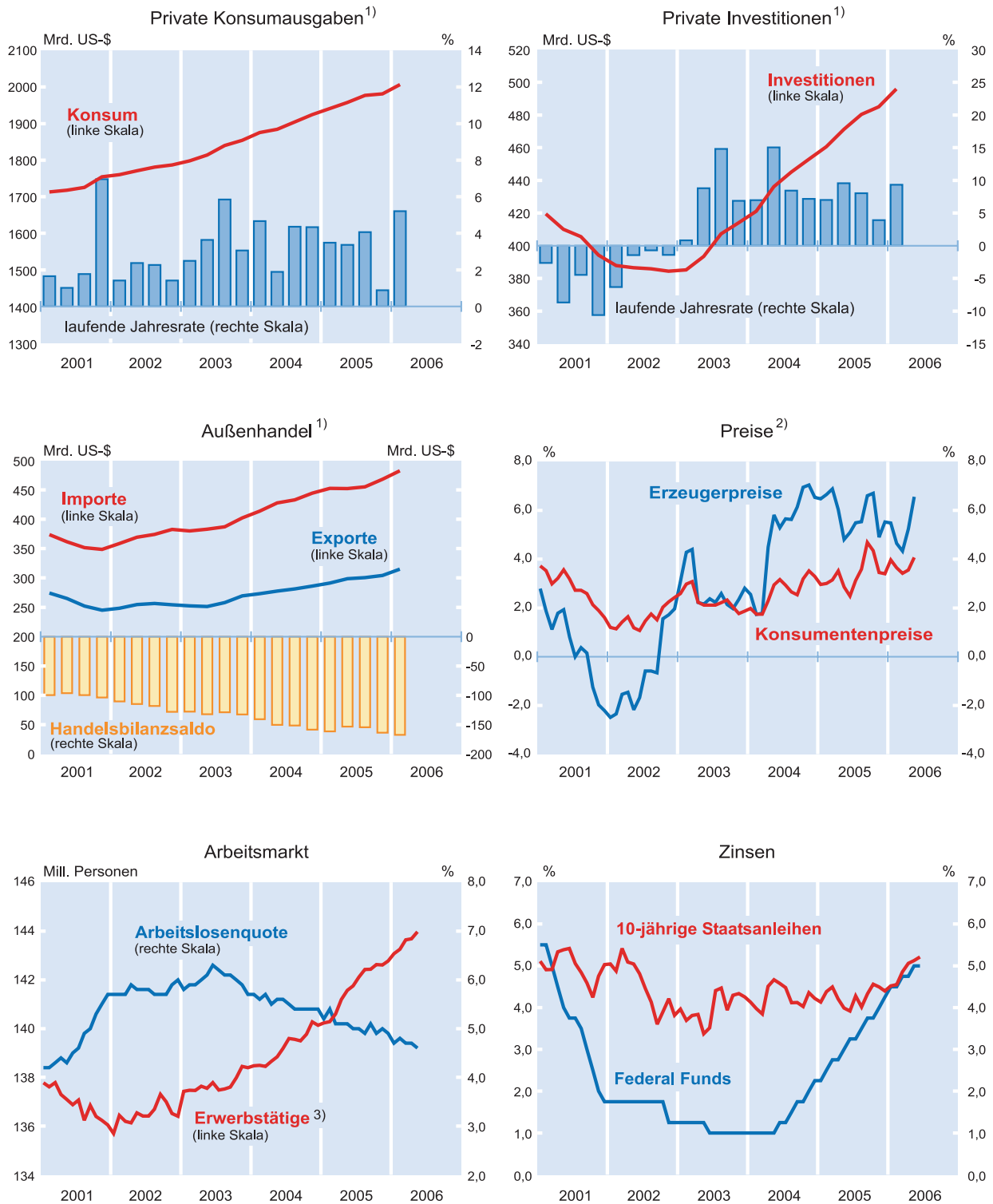
hat ihr Ziel für die Federal Funds Rate von 2,25% im Januar 2005 stetig auf 5% im Mai 2006 erhöht. Nachdem die Renditen auf zehnjährige Staatsanleihen 2005 durchgängig auf geringem Niveau verharrten, haben sie in den ersten Monaten des Jahres 2006 auf 5,2% angezogen. Die Zinsstrukturkurve verläuft damit weiter nicht invers.

Die Finanzpolitik der US-Regierung war im Fiskaljahr 2005 leicht restriktiv ausgerichtet. Das Haushaltsdefizit ging um einen Prozentpunkt auf 2,6% des Bruttoinlandsprodukts zurück. Grund hierfür waren insbesondere die unerwartet kräftig steigenden Steuereinnahmen. Im laufenden Fiskaljahr 2006 (das am 30. September endet) dürfte von der Finanzpolitik eine leicht expansive Wirkung ausgehen. Die US-Regierung rechnet mit einem Rekorddefizit von 423 Mrd. US \$ (3,3% des Bruttoinlandsprodukts). Grund für die erneute Erhöhung des Haushaltsdefizits sind dabei zusätzliche Ausgaben für die Wirbelsturm geschädigten Gebiete sowie höhere Kosten in den Bereichen Verteidigung und für die Arzneimittelkostenübernahme im Gesundheitswesen.

Die für das Fiskaljahr 2007 angestrebte Konsolidierung setzt deutliche Einsparungen auf der Ausgabenseite sowie das Auslaufen der 2001 verabschiedeten Steuersenkungen bis 2008 bzw. 2010 voraus. Die angestrebte Rückführung des Haushaltsdefizits erscheint jedoch fragwürdig, da sich bereits jetzt andeutet, dass die für die Militäreinsätze im Irak und in Afghanistan bisher vorgesehenen Mittel mit 50 Mrd. US-Dollar zu gering sein dürften.

Nach dem beeindruckenden Start in 2006 wird sich die konjunkturelle Dynamik der US-Wirtschaft im weiteren Verlauf des Jahres leicht abschwächen. Das reale Bruttoinlandsprodukt wird im Jahresdurchschnitt 2006 mit 3,5% in ähnlichem Maße wie im Vorjahr zunehmen. Trotz eines durch Lohnerhöhungen und eine Zunahme der Beschäftigung getriebenen Anstiegs der verfügbaren Einkommen wird der private Verbrauch im Prognosezeitraum an Dynamik verlieren. Grund hierfür ist neben den hohen Energiepreisen insbesondere die Abkühlung am Immobilienmarkt und die damit einhergehende Erhöhung der Sparquote privater Haushalte. Auch die Investitionen sowie die Exporte werden im nächsten Jahr leicht an Schwung verlieren. Verantwortlich für die Abflachung der Exportzuwächse ist die nachlassende konjunkturelle Dynamik wichtiger Handelspartner der Vereinigten Staaten. Der schwächere Anstieg der Unternehmensinvestitionen ist die Folge der nicht mehr so günstigen Finanzierungsbedingungen. Angesichts der immer noch nicht ausgeräumten Inflationsorgen wird die US-Notenbank die Federal Funds Rate Ende Juni um einen weiteren Schritt auf 5,25% erhöhen und dann auf diesem Niveau belassen. Alles in allem wird die US-Wirtschaft 2007 etwas an Schwung verlieren; das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um rund 3% steigen (vgl. Abb. 4).

Abb. 3
Konjunkturelle Entwicklung in den Vereinigten Staaten seit 2001



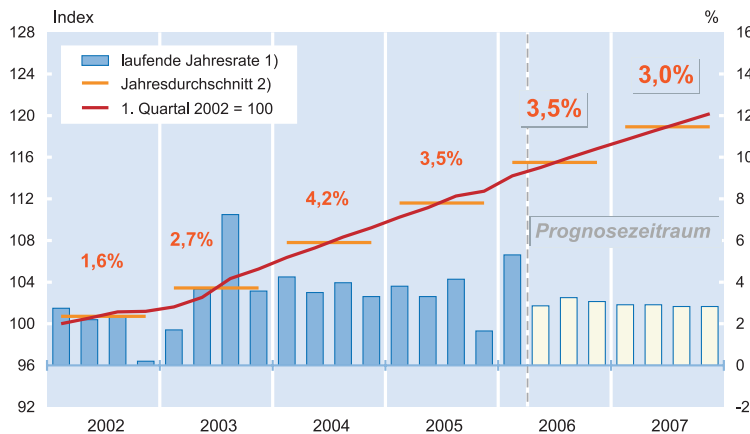
1) Real, saisonbereinigte Werte.

2) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.

3) Zivile Erwerbstätige insgesamt, saisonbereinigt.

Quelle: Bureau of Labor Statistics, Federal Reserve, U.S. Department of Commerce; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 4
Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA
 Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Die Arbeitslosenquote wird im weiteren Verlauf des Jahres 2006 zunächst noch leicht sinken und sich im Jahr 2007 nach einem, durch die nachlassende wirtschaftliche Dynamik bedingten Anstieg auf rund 5% stabilisieren. Sie bleibt damit weiterhin auf einem niedrigen Niveau. Die Inflationsrate wird im Jahr 2006 etwas zurückgehen und im Durchschnitt bei rund 3,4% liegen. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Rückgang auf 2,1% erwartet. Die Kerninflationsrate wird im Verlauf des Jahres 2006 zunächst etwas ansteigen und sich dann wieder auf rund 2% abschwächen.

Japan

Die japanische Wirtschaft hat ihre positive Entwicklung im Jahr 2005 mit einem Wachstum von 2,6% fortsetzen können. Im Vergleich zum Vorjahr ist das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2006 um 3,5% gestiegen. Die Dynamik hat sich jedoch gegenüber dem letzten Quartal 2005 leicht abgeschwächt. So nahm das BIP in den ersten drei Monaten dieses Jahres im Vergleich zum Vorquartal um 0,8% zu, nachdem im vierten Quartal 2005 noch 1,1% erreicht worden waren.

Der Yen, der real effektiv über das gesamte letzte Jahr abgewertet hatte, hat in den ersten Monaten des laufenden Jahres leicht aufgewertet. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass die Importe kräftiger gestiegen sind als die Exporte. Die Ausfuhr wird nach wie vor von der lebhaften Nachfrage in China und den USA getragen.

Eine zentrale Säule der Expansion bleibt der private Konsum. Aufgrund der erneuten Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt ist das Quartalswachstum weiterhin hoch. Die privaten Investitionen zogen zuletzt in Folge der guten Ertrags-

lage der Unternehmen deutlich an und haben die nachlassenden Impulse aus dem Außenhandel kompensieren können.

Die Fiskalpolitik ist restriktiv ausgerichtet. Im Zusammenhang mit einem Haushaltssanierungsprogramm sind die öffentlichen Investitionen reduziert worden. Darüber hinaus sind ein Personalabbau im öffentlichen Dienst sowie Steuererhöhungen geplant.

Im März dieses Jahres ist die Bank von Japan nach der fünf Jahre lang betriebenen Politik der quantitativen Lockerung zu einer zinsorientierten Geldpolitik zurückgekehrt. Da die Deflationsgefahr bei einer Inflationsrate knapp über 0% (1. Quartal 2006) noch nicht abgewendet ist, hält sie jedoch vorerst an der Nullzins-Politik fest. In einer Übergangsphase werden lediglich die massiven Geldmengenreserven reduziert. Der Markt scheint eine baldige Zinsanhebung zu erwarten, was sich im Anstieg des Drei-Monats-Libors sowie der zehnjährigen Staatsanleihen widerspiegelt.

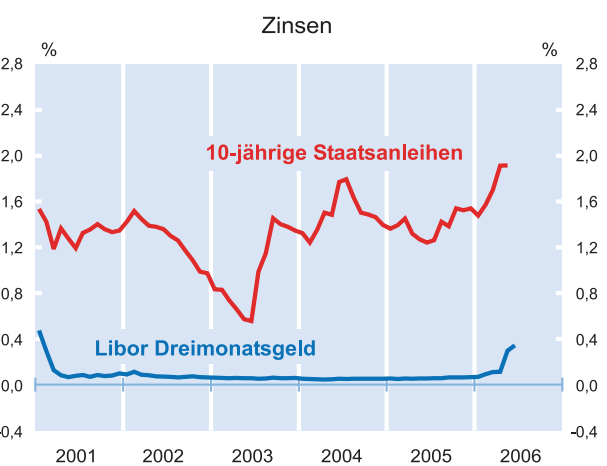
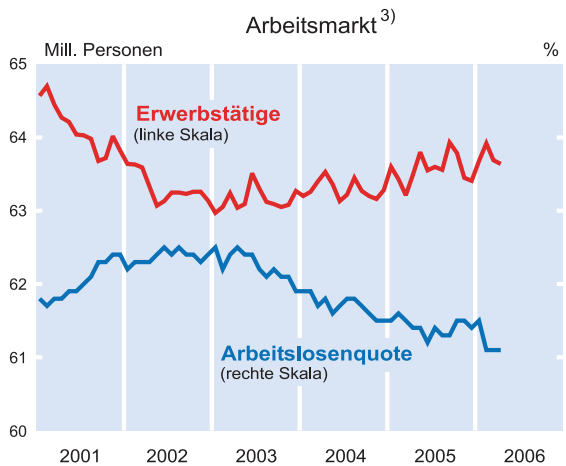
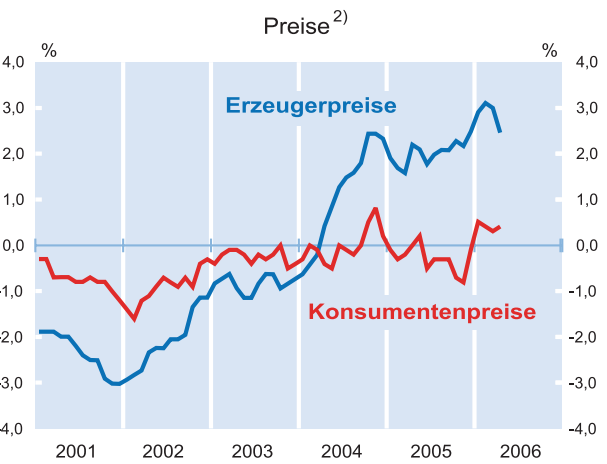
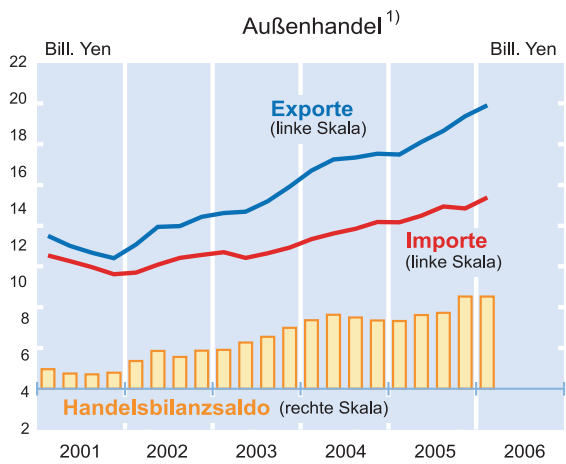
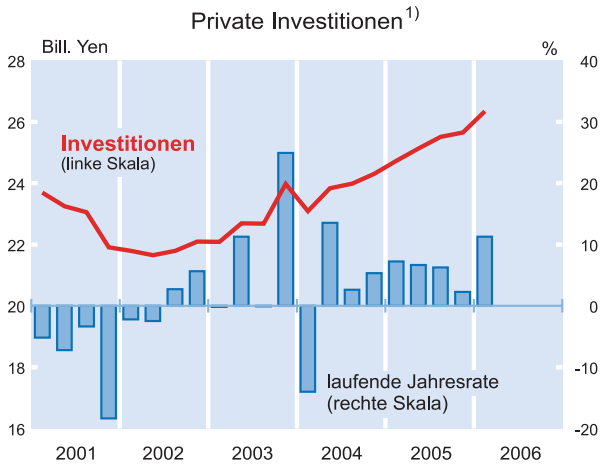
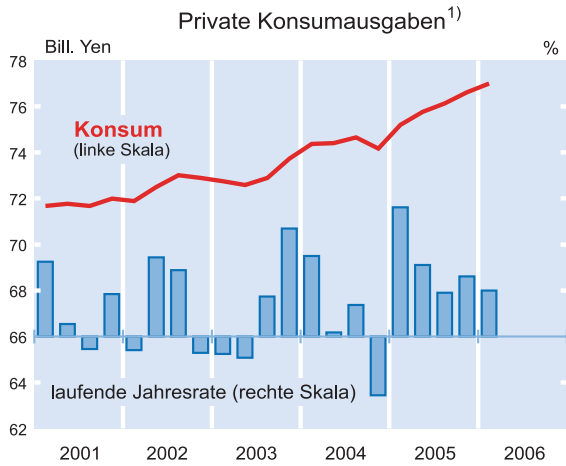
Die inländische Verwendung wird aufgrund der sich verbessernden Beschäftigungssituation weiter expandieren; das Investitionswachstum wird sich noch erhöhen. Im Jahr 2006 wird die Wirtschaft um 3,2% steigen. Angesichts einer sich etwas abschwächenden Weltkonjunktur und einer sich abzeichnenden Zinsanhebung wird sich das Wachstumstempo im kommenden Jahr auf 2,5% verringern.

China

Die Wachstumsraten der chinesischen Volkswirtschaft liegen auch nach der VGR-Revision, bei der der Anteil der Dienstleistungen am BIP deutlich erhöht wurde, bei 10%. Im ersten Quartal 2006 stieg das BIP um 10,2% gegenüber dem Vorjahresquartal. Maßgeblich hierfür waren wie bereits in den vergangenen Jahren vor allem die im internationalen Vergleich bemerkenswert kräftig steigenden Investitionen sowie die hohen Exportüberschüsse. Die Dynamik der Investitionen ist weiter ungebrochen.

Trotz dieser außerordentlich lebhaften Expansion und einer Ausweitung der Kredite um 10% im vergangenen Jahr sind weiterhin keine Anzeichen für eine Überhitzung der Wirtschaft auszumachen. Die Inflationsrate war mit rund 2% recht moderat, was auf die weiterhin bestehende Subventionen von Mineralölprodukten zurückzuführen ist. Auch hat der Yuan effektiv leicht aufgewertet. Aufgrund des nach wie vor steigenden Handelsüberschusses mit den USA und dem damit einhergehenden Druck der US-amerikanischen Regierung ist mit einer weiteren Aufwertung des Yuan zu rechnen.

Abb. 5
Konjunkturelle Entwicklung in Japan seit 2001

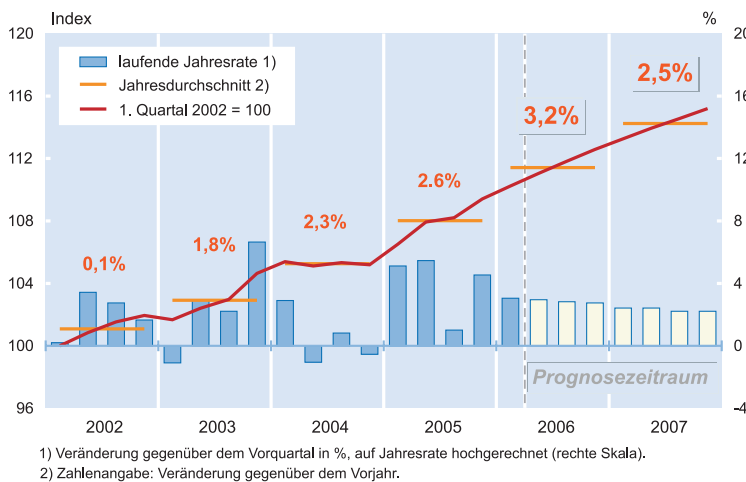


1) Real, saisonbereinigte Werte.
2) Veränderung gegenüber Vorjahr in %.
3) Saisonbereinigt.

Quelle: Bank of Japan, ESRI; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 6

Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: ESRI; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Den im neuen Fünfjahresplan für 2006–2011 angekündigten Vorhaben zur Förderung der ländlich geprägten Regionen sowie der Verbesserung der Gesundheitsversorgung und des Bildungsangebots sind bisher nur geringe Finanzierungszusagen gefolgt. Das Steueraufkommen dürfte trotz der Verdoppelung des Grundfreibetrags der Einkommensteuer weiterhin stark steigen, wodurch das Defizit im Prognosezeitraum um 1 % verharren wird. Die Finanzpolitik ist somit weitgehend neutral.

Gefahren für den Aufschwung in der Volksrepublik liegen in einer auf die Wechselkurskontrollen zurückzuführenden starken Erhöhung der Geldmenge und damit drohenden Inflation und in einer Verschärfung des Handelskonflikts mit den USA und der Europäischen Union. Des Weiteren könnte es zu Überkapazitäten bei Produktionsanlagen kommen. Alles in allem wird die chinesische Wirtschaft in diesem Jahr um 10% und im nächsten Jahr um 9,5% expandieren.

Andere asiatische Schwellenländer

Die Versuche der asiatischen Staaten, ihre Volkswirtschaften von den steigenden Weltölpreisen abzuschirmen, sind aufgrund der starken Haushaltbelastungen gescheitert. Thailand und Indonesien haben ihre Mineralölsteuersubventionen bereits im vergangenen Jahr abgeschafft. Dies war mit zum Teil deutlichen Preissteigerungsraten und darauf folgenden Zinserhöhungen in den jeweiligen Volkswirtschaften verbunden. Die hohen Ölpreise haben sich auch negativ auf die Entwicklung der Handelsbilanzsalden ausgewirkt. Insgesamt hat sich das Wachstum trotz dieser Effekte sowie der Tsunami, Dürren und politischen Unruhen nur verhältnismäßig wenig abgeschwächt. Während die Zuwächse der Investitionen an Dynamik verloren haben, haben sich die Zuwachs-

raten der privaten Konsumnachfrage in der gesamten Region noch verstärkt.

Die private Konsumnachfrage wird sich in absehbarer Zeit in Folge der dämpfenden Effekte des hohen Ölpreises nicht weiter verstärken. Insgesamt wird sich die Region mit Wachstumsraten von 5% in diesem und 4,5% im nächsten Jahr entwickeln.

Lateinamerika

Im Lateinamerika ist das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2005 mit einer Rate von 4,1% erneut kräftig gewachsen, wenn auch etwas langsamer als im Vorjahr. Wichtige lateinamerikanische Volkswirtschaften profitierten dabei insbesondere von dem starken Anstieg der Rohstoffpreise und der damit einhergehenden Verbesserung ihrer

Terms of Trade. Ebenso günstig wirkte sich das sehr niedrige Weltzinsniveau aus, durch das die Staatshaushalte der lateinamerikanischen Schuldnerstaaten deutlich entlastet wurden und die Schuldenstruktur auf Grund günstiger Finanzierungsmöglichkeiten deutlich verbessert werden konnte. Die weltweit gestiegene Nachfrage nach Rohstoffen hat die Exporte insbesondere der Öl exportierenden Länder wie Mexiko, Venezuela und Brasilien in die Höhe getrieben. Aber auch die Exportländer von anderen Rohstoffen wie Argentinien und Chile konnten vom gestiegenen Niveau der Rohstoffpreise profitieren. In Brasilien und Mexiko haben die Zentralbanken jeweils zur Mitte des Jahres 2004 die Zinsen deutlich angehoben, um so zunehmenden Inflationsgefahren entgegen zu wirken. Die Inflationserwartungen konnten so in beiden Ländern spürbar gesenkt werden. Im Zuge dieses restriktiveren geldpolitischen Kurses kam es insbesondere in Brasilien zu einer merklichen Verlangsamung des Wachstums. Die Lockerung der Geldpolitik bewirkte dann eine deutliche Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit.

Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, zeigte 2005 insgesamt eine enttäuschende wirtschaftliche Entwicklung und expandierte lediglich um 2,3%. Grund für die nachlassende Dynamik war eine schwächere Inlandsnachfrage im zweiten Halbjahr, insbesondere bedingt durch eine nachlassende Investitionstätigkeit der Unternehmen. Der private Verbrauch konnte demgegenüber auf Grund steigender Beschäftigung und einer Zunahme der verfügbaren Einkommen weiterhin starke Zuwächse verzeichnen. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr mit 3,3% gegenüber dem Vorjahreswert noch sehr kräftig gestiegen war, legte es im dritten und vierten Quartal deutlich schwächer zu; die Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahresquartal sanken auf 1,0% bzw. 1,5%. Im ersten Quartal

2006 zeigt sich jetzt eine deutliche Erholung; die gesamtwirtschaftliche Produktion wurde gegenüber dem Vorjahresquartal um rund 3,5% ausgeweitet. Die Inflationsrate sank von 6,5% im Januar 2005 auf zuletzt 2,0% im Mai 2006. Insbesondere die kräftigen Nettoexporte aber auch ein gefestigter privater Verbrauch sowie eine zunehmende Investitionstätigkeit der Unternehmen werden im Prognosezeitraum zu einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Aktivität beitragen. So wird das reale Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2006 und 2007 jeweils um rund 4% expandieren. Die Inflationsrate wird im Prognosezeitraum weiter zurückgehen; der Preisauftrieb wird dieses Jahr im Mittel bei 5% und 2007 bei gut 4% liegen.

Die mexikanische Wirtschaft hat im Verlauf des Jahres 2005 aufgrund der Schwäche der Landwirtschaft sowie des restriktiven geldpolitischen Kurses der Zentralbank deutlich an Dynamik eingebüßt und legte im Vorjahresvergleich nur um 3,0% zu. Die Inflationsrate ging dabei von 4,5% im Januar 2005 auf aktuell 3,2% zurück. Nachdem die Zentralbank die Leitzinsen von 9,75% (Juli 2005) auf 7,0% (April 2006) kontinuierlich gesenkt hat, zeigt sich die Wirtschaft gut erholt; das reale Bruttoinlandsprodukt wuchs im ersten Quartal 2006 im Vorjahresvergleich mit 5,5% und zeigte den stärksten Anstieg seit dem dritten Quartal 2000. Im Prognosezeitraum wird die mexikanische Wirtschaft im Jahresdurchschnitt deutlich schneller wachsen als noch im Vorjahr. Das Bruttoinlandsprodukt wird 2006 und 2007 mit durchschnittlich 3,8% expandieren. Die Inflationsrate wird 2006 durchschnittlich 3¹/₂% betragen und 2007 auf 3% leicht zurückgehen.

Argentinien, die drittgrößte Volkswirtschaft Lateinamerikas ist 2005 erneut kräftig gewachsen; das reale Bruttoinlandsprodukt stieg um 9,2%, nach 9,0% im Jahr 2004. Gründe für die hohe Dynamik sind dabei der weiterhin starke Anstieg der Exporte und die lebhaftere Inlandsnachfrage. Als Folge der raschen gesamtwirtschaftlichen Expansion zeigte sich sowohl 2005 als auch im ersten Quartal 2006 ein zunehmender Druck auf das Preisniveau. So hat sich die Inflationsrate von 7,2% im Januar im Verlauf des Jahres 2005 auf 12,3% mehr als verdoppelt und liegt im Mai 2006 bei 11¹/₂%. Auch die Wechselkurse leisten aktuell keinen Beitrag zu einer Verringerung des Preisniveauanstiegs. Nach einer vorübergehenden Aufwertung im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres hat der argentinische Peso gegenüber dem US-Dollar von August 2005 bis Juni 2006 insbesondere auf Grund von Interventionen der argentinischen Zentralbank um rund 8% abgewertet. Ziel der Zentralbank ist es offenbar, die Wettbewerbsfähigkeit der argentinischen Exportwirtschaft durch eine entsprechende Wechselkurspolitik zu gewährleisten. Im Prognosezeitraum wird die Expansion der argentinischen Wirtschaft etwas an Dynamik verlieren. So wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2006 mit 6¹/₂% und 2007 mit 4¹/₂% zulegen. Die Inflation wird im Verlauf des

Jahres bei durchschnittlich 12¹/₂% liegen und sich erst 2007 etwas abschwächen.

Die chilenische Wirtschaft wird im Prognosezeitraum mit einer der höchsten Wachstumsraten Lateinamerikas expandieren und in den Jahren 2006 und 2007 um 6% bzw. 5¹/₂% zulegen. Gestützt wird das Wachstum dabei insbesondere durch die hohen Kupferpreise sowie durch eine positive Entwicklung der Einkommen und somit der inländischen Nachfrage. Die Inflationsrate wird weiterhin mit rund 3% moderat bleiben.

Russland

Die russische Wirtschaft ist im Jahr 2005 mit einer Rate von rund 6,4% weiter kräftig expandiert, wenn auch mit etwas schwächerer Dynamik als in den beiden Vorjahren. Besonders stark stieg dabei die inländische Verwendung; insbesondere der private Konsum expandierte kräftig und nahm im Vorjahresvergleich um knapp 11% zu. Auch die Anlageinvestitionen legten im Zuge guter Unternehmenserträge im Jahresdurchschnitt deutlich zu. Der Außenhandel dämpfte im Jahr 2005 hingegen das Wachstum. Während die Importe mit rund 17% weiter deutlich ausgeweitet wurden, zeigten die Ausfuhren trotz der sehr hohen Energiepreise mit lediglich 6% die geringste Zuwachsrate seit 2001. Maßgeblich hierfür waren der Rückgang der realen Erdölexporte und der lediglich schwache Zuwachs bei den Erdgasexporten, ausgelöst durch Kapazitätsprobleme und die Unsicherheit über die rechtlichen Rahmenbedingungen. Aufgrund der hohen Energiepreise stieg der Handelsbilanzüberschuss auf einen Rekordwert von 120 Mrd. US-Dollar, was rund 16% des Bruttoinlandsproduktes entspricht.

Die Inflationsrate stieg im Jahr 2005 auf 12,8% und liegt weiter deutlich über dem Zielkorridor der Zentralbank. Ursächlich für den Anstieg der Inflation waren außergewöhnliche Preissteigerungen bei Transporttarifen auf Grund von Subventionskürzungen. Begünstigt wurde der Preisniveauanstieg ferner durch eine, von hohen Deviseneinnahmen aus Rohstoffexporten bedingte Zunahme der Geldmenge.

Im Prognosezeitraum wird sich das Wachstum der russischen Wirtschaft angesichts der anhaltend hohen Rohstoffpreise in etwa dem gleichen Maße ausweiten. Vorläufige Daten deuten auf eine spürbare Verlangsamung zu Beginn des Jahres 2006 hin, die jedoch durch die extrem kalte Witterung bedingt und daher nur vorübergehender Natur ist. Die inländische Verwendung wird die treibende Kraft der Expansion bleiben, jedoch wird der private Konsum angesichts nachlassender Dynamik der Einkommenszuwächse etwas an Schwung verlieren. Angesichts der weiterhin sehr positiven Gewinnsituation werden die Un-

ternehmen ihre Investitionen weiter kräftig ausweiten. Der Preisauftrieb wird sich im Prognosezeitraum leicht abschwächen, jedoch wird die Zentralbank ihr Inflationsziel von aktuell 8.5% weiter deutlich verfehlen. Durch das hohe Niveau der Energiepreise und dem dadurch resultierenden Leistungsbilanzüberschuss steht der Rubel weiter unter einem starken Aufwertungsdruck.

bar. Die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten stiegen hingegen nur leicht, obwohl die Zinsen vergleichsweise niedrig blieben. Die Exporte erhöhten sich merklich, und auch die Importe nahmen deutlich zu.

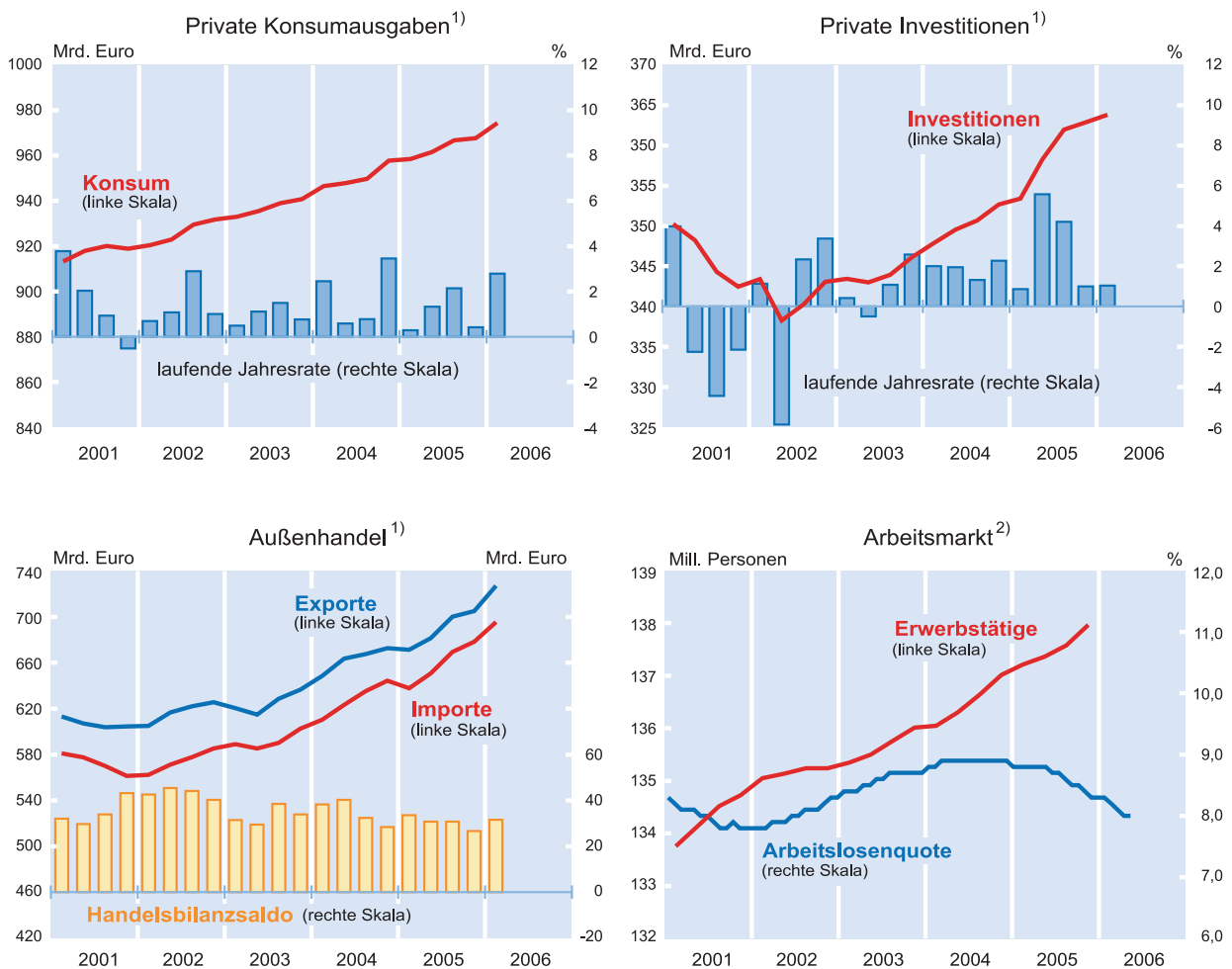
Euroraum

Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum war im Frühjahr 2006 kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt legte trotz des Anstiegs der Ölpreise deutlich zu. Vor allem der Konsum expandierte bei einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt spür-

In den großen Ländern des Euroraums verlief die wirtschaftliche Entwicklung zunehmend homogener. Vor allem in Deutschland stieg der Konsum, ebenso wie in Spanien und Frankreich – dort auch infolge höherer Arbeitseinkommen – lebhaft. Lediglich in den Niederlanden ging er merklich zurück. Die Exporte erhöhten sich in Deutschland, aber auch in Spanien und Frankreich, deutlich. Allein die Importe entwickelten sich unterschiedlich. Während sie in Deutschland und in Spanien stärker expandierten, flachten sie in Frankreich ab.

Abb. 7

Konjunkturelle Entwicklung im Euroraum seit 2001



1) Real, saisonbereinigte Werte.

2) Saisonbereinigt.

Quelle: Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

Die Zahl der Beschäftigten im Euroraum nahm im Jahr 2005 weiter zu. Auch die Arbeitslosenquote sank spürbar; sie lag im Dezember 2005 bei 8,3%, nachdem sie im Januar 2005 noch bei 8,8% gelegen hatte. Zuletzt ging sie sogar auf 8% zurück. Der Lohnanstieg blieb trotz der höheren Ölpreise moderat. Die Entgelte je Arbeitnehmer stiegen durchschnittlich um 2%. Zweitrundeneffekte blieben somit aus. In Frankreich nahmen die Löhne, ebenso wie in Italien und in Spanien, überdurchschnittlich zu, während sie in Deutschland erneut nahezu stagnierten.

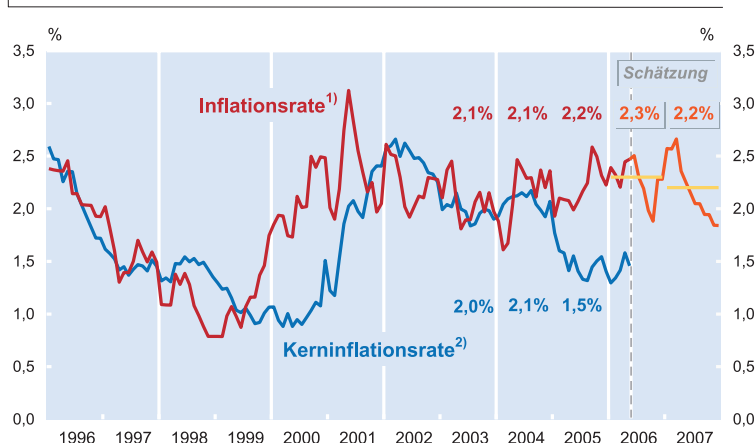
Die Inflationsrate hat sich seit Beginn des Jahres 2006 leicht erhöht. Sie lag im Mai – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – bei 2,5%, nachdem sie im Februar noch 2,3% betragen hatte. Der Anstieg der Inflationsrate wurde dabei auch vom starken Zuwachs der Ölpreise getrieben. Die Kerninflation nahm ebenfalls zu; sie erhöhte sich von 1,3% im Januar auf 1,5% im Mai. Die langfristigen Inflationserwartungen blieben hingegen unverändert; sie stabilisierten sich bei durchschnittlich 1,9%.

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 8. Juni ein weiteres Mal den maßgeblichen Leitzins um 1/4 Prozentpunkt auf 2,75% angehoben. Damit setzte sie die im Dezember 2005 eingeleitete Zinswende fort. Der Zinssatz für Dreimonatsgeld stieg infolge der Zinsentscheidung auf knapp 3,0%. Auch die durchschnittliche Rendite der zehnjährigen Staatsanleihen zog weiter an und liegt aktuell bei 4,0%. Die kurzfristigen Realzinsen erhöhten sich allerdings seit Jahresbeginn nur wenig, was insbesondere auf eine leichte Beschleunigung der zur Deflationierung verwendeten Kerninflation¹ zurückzuführen ist. Insgesamt verschlechterten sich in diesem Zeitraum die monetären Rahmenbedingungen vor allem aufgrund der Aufwertung des Euro. Zwischen Januar und Mai 2006 wertete der Euro um 6%

gegenüber dem US-Dollar auf. Die weiterhin niedrigen Nominalzinsen im Euroraum dürften auch das seit Mitte 2004 deutlich über dem Referenzwert der EZB liegende Geldmengenwachstum erklären. Zuletzt stieg die Geldmenge im Vorjahresvergleich um über 8% (zentrierter Dreimonatsdurchschnitt). Dieses beschleunigte Wachstum spiegelte vor allem die Entwicklung der Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte wider, die im ersten Quartal um 12% gegenüber dem Vorjahr anstiegen. Aber auch Unternehmenskredite trugen mit Zuwächsen von zuletzt über 10% ihren Teil dazu bei.

Die EZB dürfte ihre Politik der Trippelschritte fortsetzen und die Leitzinsen im Prognosezeitraum bis auf das »neutrale Niveau« von 3,5% anheben. Zum einen haben sich die von der EZB wiederholt angeführten Inflationsrisiken insbesondere durch den fortgesetzten Anstieg der Ölpreise im Verlauf der ersten Jahreshälfte nicht entschärft, auch wenn bisher keine Anzeichen einer Lohn-Preis-Spirale auszumachen sind. Zum anderen verfestigt sich zusehends der konjunkturelle Aufschwung im Euroraum (und vor allem auch in Deutschland), was den nachfrageseitigen Preisdruck erhöhen dürfte. Die langfristigen Kapitalmarktzinsen dürften im Einklang mit den Zinserhöhungserwartungen weiterhin leicht anziehen.

Die Finanzpolitik im Euroraum war im Jahr 2005 leicht restriktiv ausgerichtet. Das Defizit der öffentlichen Haushalte auf aggregierter Ebene ist in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 2,4% – nach zuvor 2,8% – gesunken. In vielen Mitgliedsländern hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte durch die erfolgreiche Umsetzung von Konsolidierungsmaßnahmen verbessert. Das Defizitkriterium wurde allein von Deutschland, Italien, Portugal und Griechenland erneut verletzt. Im laufenden Jahr wird die Finanzpolitik voraussichtlich nur leicht restriktiv ausgerichtet sein, da zusätzliche Konsolidierungsbemühungen vorerst nicht vorgesehen sind. Das Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt in etwa bei 2,3% liegen. Für Deutschland ist zu erwarten, dass die Defizitquote unter das Defizitkriterium in Höhe von 3% sinken wird. In Italien wird die Defizitquote hingegen, ebenso wie in Griechenland und Portugal, weiter über dem Defizitkriterium liegen. Erst im kommenden Jahr wird die Finanzpolitik im Euroraum spürbar restriktiver werden. Das Defizit dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf etwa 2% zurückgehen. Bislang sind zwar nur in Deutschland Maßnahmen angekündigt worden, die eine deutliche Reduktion der Neuverschuldung her-

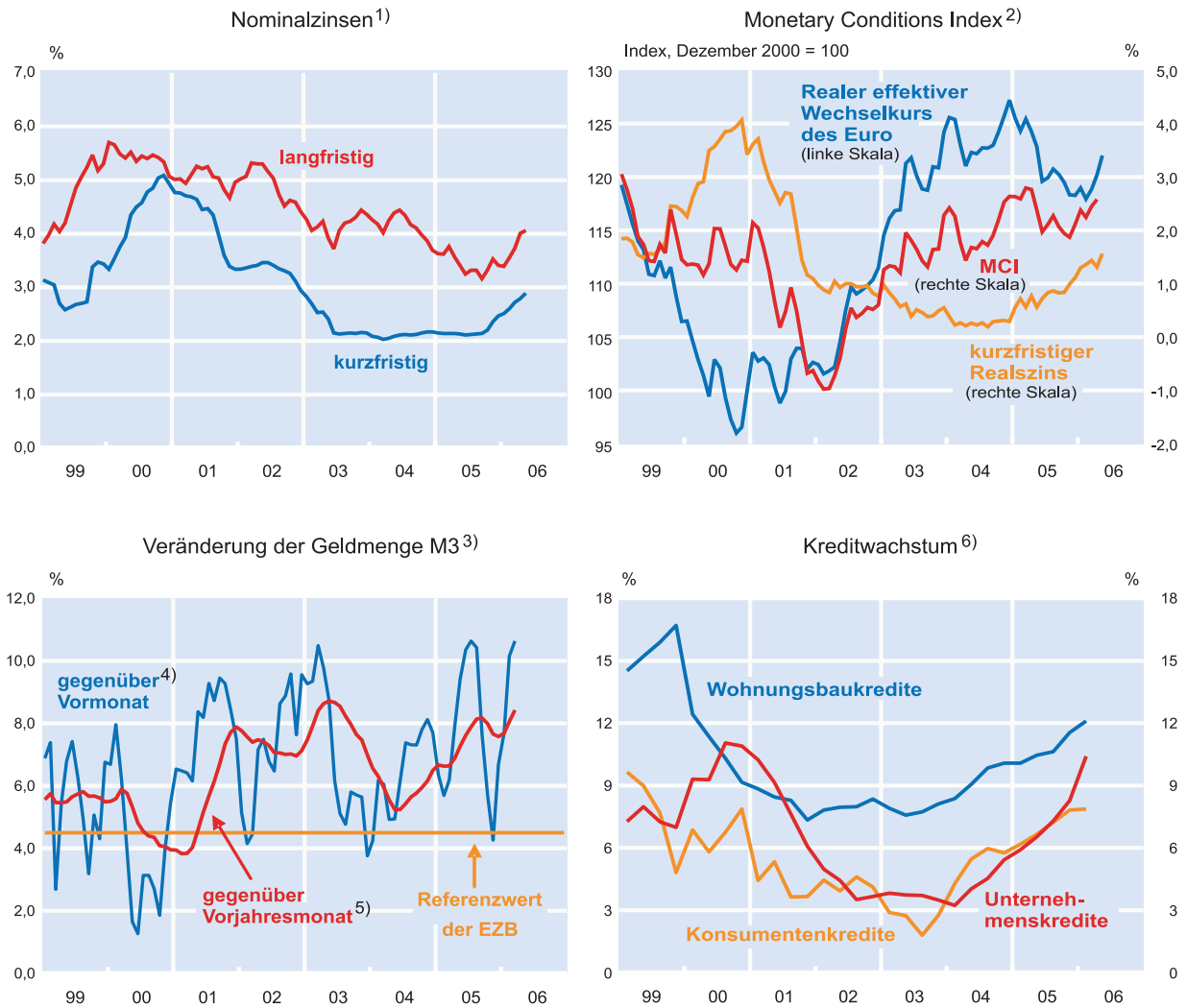
Abb. 8**Inflation und Kerninflation im Euroraum**
Preisveränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.- 2) HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

¹ HVPI ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel.

Abb. 9
Zur monetären Lage im Euroraum



1) Kurzfristig = 3-Monats-Euribor, langfristig = zehnjährige Staatsanleihen.- 2) Der MCI (Monetary Conditions Index) wurde gemäß folgender Formel berechnet: $MCI_t = (r_t - 2\%) + 1/6 (q_t - q_0)$. r_t bezeichnet den Realzins auf Basis der Kerninflationsrate, q_t den realen effektiven Wechselkurs des Euro (weiter Länderkreis); Berechnung auf Basis der Konsumentenpreisindizes) und q_0 den realen effektiven Wechselkurs im Dezember 2000, der auf hundert gesetzt wurde. Die Gewichtung des realen effektiven Wechselkurses mit 1/6 wurde zur Analogie zum OECD Economic Outlook vorgenommen.- 3) M3 = Bargeldumlauf, täglich fällige Einlagen, Einlagen mit einer vereinbarten Laufzeit von bis zu 2 Jahren, Einlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von bis zu 3 Monaten, Repogeschäfte, Geldmarktfondsanteile und -papiere, Schuldverschreibungen bis zu 2 Jahren; Index, saisonbereinigt, zentrierter Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungsrate in %.- 4) Auf Jahresrate hochgerechnet.- 5) Gleitender Dreimonatsdurchschnitt.- 6) Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal; Unternehmenskredite = Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften; Wohnungsbaukredite = Wohnungsbaukredite der privaten Haushalte.

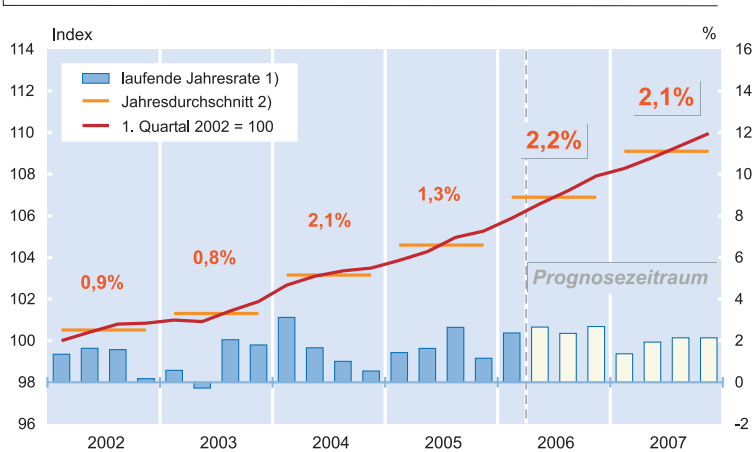
Quelle: Europäische Zentralbank; Eurostat; Berechnungen des ifo Instituts.

beiführen sollen, dennoch ist zu erwarten, dass auch in Italien, Griechenland und Portugal Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet werden, um mögliche Sanktionen zu vermeiden.

Die wirtschaftliche Expansion im Euroraum wird sich im Prognosezeitraum schwungvoll fortsetzen. Der Konsum dürfte bei höheren verfügbaren Einkommen – angesichts der zunehmend verbesserten Lage am Arbeitsmarkt – anziehen. Auch die Investitionen dürften sich bei der guten Gewinnlage der Unternehmen merklich erhöhen. Zudem wird die Pro-

duktion steigen und die langfristigen Zinsen vergleichsweise niedrig bleiben. Der Außenhandelsaldo wird leicht steigen, da sowohl die Exporte als auch die Importe – angesichts der höheren Binnennachfrage – spürbar expandieren werden. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,2% und im Jahr 2007 um 2,1% expandieren. Der Anstieg der Preise wird moderat bleiben. Die Inflationsrate dürfte im laufenden Jahr bei 2,3% und im kommenden Jahr bei 2,2% liegen. Die Zahl der Beschäftigten wird weiter zunehmen; die Arbeitslosenquote wird auf 7,9% sinken (vgl. Tab. 2).

Abb. 10
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum
 Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).

2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Eurostat; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Großbritannien

Die wirtschaftliche Expansion in Großbritannien war im Frühjahr 2006 leicht verhalten. Das Bruttoinlandsprodukt nahm zwar robust, jedoch etwas verlangsamt zu. Vor allem die Konsumdynamik flachte trotz weiter steigender Immobilienpreise merklich ab. Die Investitionen stiegen hingegen kräftig. Die Exporte entwickelten sich lebhaft; aber auch die Importe nahmen deutlich zu.

Die Bank of England hat seit Beginn des Jahres 2006 ihren Leitzins unverändert bei 4,5% belassen. Die Inflationsrate erhöhte sich trotz der gestiegenen Energiepreise nur leicht. Im Mai lag sie – gemessen am Harmonisierten Verbraucherpreisindex – bei 2,2%, nachdem

Tab. 2
Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der EU

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucher- preise ^{a)}			Arbeitslosenquote ^{b)} in %		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						2005	2006	2007
		2005	2006	2007	2005	2006	2007			
Deutschland ^{c)}	20,8	1,0	1,8	1,7	1,9	1,8	2,5	9,5	8,8	8,4
Frankreich	15,7	1,2	2,0	1,9	1,9	2,0	1,7	9,5	9,3	9,1
Italien	13,1	0,0	1,4	1,3	2,2	2,3	1,8	7,7	7,5	7,3
Spanien	8,4	3,4	3,5	3,3	3,4	3,8	3,3	9,2	8,7	8,3
Niederlande	4,7	1,1	2,6	2,4	1,5	1,9	1,7	4,7	4,6	4,4
Belgien	2,8	1,2	2,2	2,1	2,5	2,3	2,0	8,4	8,2	8,0
Österreich	2,3	1,8	2,4	2,2	2,1	2,1	1,8	5,2	5,0	4,7
Griechenland	1,7	3,7	3,4	3,3	3,5	3,6	3,1	9,8	9,6	9,3
Finnland	1,4	2,1	3,5	3,3	0,8	1,5	1,1	8,4	8,1	7,8
Irland	1,5	4,7	5,0	4,6	2,2	2,7	2,3	4,3	4,0	4,0
Portugal	1,4	0,4	1,1	1,2	2,1	2,6	2,1	7,6	7,7	7,6
Luxemburg	0,3	4,0	4,3	4,1	3,8	4,0	3,4	4,5	4,4	4,4
Euroraum^{c)}	73,9	1,3	2,2	2,1	2,2	2,3	2,2	8,5	8,2	7,9
Großbritannien	16,4	1,8	2,4	2,7	2,1	2,1	2,0	4,7	5,3	5,1
Schweden	2,7	2,7	3,2	3,0	0,8	1,4	1,2	7,8	7,2	6,8
Dänemark	1,9	3,1	3,2	2,7	1,7	2,3	2,1	4,8	4,5	4,3
EU 15^{c)}	94,9	1,5	2,3	2,2	2,1	2,2	2,1	7,8	7,6	7,3
Polen	2,2	3,2	4,6	4,5	2,2	2,0	1,8	17,7	16,5	16,0
Tschechien	0,9	6,0	5,4	4,6	1,6	2,2	2,0	7,9	7,6	7,2
Ungarn	0,8	4,1	4,5	4,0	3,5	3,3	3,1	7,2	7,0	6,7
Slowakei	0,3	6,1	6,0	5,8	2,8	3,5	3,0	16,3	15,8	15,2
Slowenien	0,3	3,9	4,4	4,1	2,5	2,7	2,4	6,5	6,2	5,8
Litauen	0,2	7,5	7,3	7,0	2,7	3,0	2,8	8,3	8,0	7,8
Zypern	0,1	3,8	4,0	4,0	2,0	2,0	2,0	5,3	5,4	5,3
Lettland	0,1	10,2	9,0	8,4	6,9	6,3	6,1	8,9	8,5	8,2
Estland	0,1	9,8	9,0	8,0	4,1	4,0	3,6	7,9	7,5	7,0
Malta	0,0	2,4	2,0	1,8	2,5	2,8	2,6	7,3	7,0	6,8
Neue EU-Mitglieds- länder	5,1	4,5	5,1	4,7	2,5	2,6	2,3	13,1	12,3	11,9
EU 25^{c)}	100,0	1,6	2,4	2,3	2,1	2,2	2,1	8,6	8,3	8,0

^{a)} Harmonisierter Verbraucherpreisindex. – ^{b)} Standardisiert. – ^{c)} Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2005 in US-Dollar, Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2004.

Quelle: EUROSTAT; IMF; OECD; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

sie im Januar noch 1,9% betrug. Die Kerninflationsrate blieb hingegen nahezu unverändert. Die langfristigen Zinsen legten zuletzt zu. Der Zinssatz für Staatsanleihen mit einer zehnjährigen Laufzeit stieg von 4,1% im Januar auf 4,7% im Mai. Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich etwas eingetrübt. Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich zwar leicht; jedoch ist auch die Arbeitslosenquote merklich gestiegen. Sie lag im März bei 5,2%. Die Löhne stiegen hingegen verhalten. Zweitundeneffekte infolge der höheren Energiepreise blieben weiterhin aus.

Die Finanzpolitik war im letzten Jahr entgegen den ursprünglichen Planungen der Regierung leicht expansiv. Das Defizit in Relation zum Bruttoinlandsprodukt stieg von 3,3% auf 3,6%. Zur Erhöhung des Defizits haben vor allem die schwache konjunkturelle Entwicklung sowie die höheren Gesundheits- und Militärausgaben beigetragen. Die Finanzpolitik wird im laufenden Jahr leicht restriktiv ausgerichtet sein.

Die Wirtschaft in Großbritannien wird im Prognosezeitraum zunehmend florieren. Der Konsum dürfte infolge einer verbesserten Lage am Arbeitsmarkt stärker steigen. Die Investitionen dürften sich bei weiter günstigen Ertragsaussichten der Unternehmen erhöhen. Insgesamt wird das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2006 um 2,4% und im Jahr 2007 um 2,7% zulegen.

Neue EU-Mitgliedsländer

In den neuen EU-Mitgliedsländern verlief die wirtschaftliche Expansion im Jahr 2005 robust. Das Bruttoinlandsprodukt legte durchschnittlich um 4,5% zu, nachdem es sich im Jahr 2004 um 5,1% erhöhte. Der Konsum stieg infolge des spärlichen Zuwachses der verfügbaren Einkommen mäßig. Die Investitionen verlangsamten sich leicht. Die Exporte nahmen jedoch lebhaft zu, während sich die Importe deutlich verlangsamen.

In den großen Ländern der Region fiel die wirtschaftliche Entwicklung teilweise recht unterschiedlich aus. Der Konsum schwächte sich in Polen, aber auch in der Tschechischen Republik und Ungarn, spürbar ab, während er in der Slowakei und Slowenien hingegen lebhaft stieg. In der Slowakei nahmen zudem die Investitionen deutlich zu. Die Exporte flachten vor allem in der Tschechischen Republik sowie in Ungarn und in Polen, ab, während sich die Importe durchweg – mit Ausnahme der Slowakei – stark verlangsamen.

Die Notenbanken in einigen Ländern der Region haben seit Beginn des Jahres 2006 ihre Leitzinsen schrittweise angehoben. Dies geschah auch in Hinblick auf die Entwicklung der Inflation, die sich infolge des starken Anstiegs der Öl-

preise teilweise stärker erhöhte. Die Wechselkurse veränderten sich real effektiv nicht nennenswert.

Die wirtschaftliche Expansion in den neuen EU-Mitgliedsländern wird im Prognosezeitraum schwungvoll sein. Der Konsum wird sich beleben. Die Investitionen werden sich spürbar erhöhen. Auch die Exporte werden infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs im Euroraum verstärkt steigen, während die Importe etwas verhaltener zulegen werden. Der Preise werden insgesamt moderat steigen. Die Arbeitslosenquote wird langsam sinken.

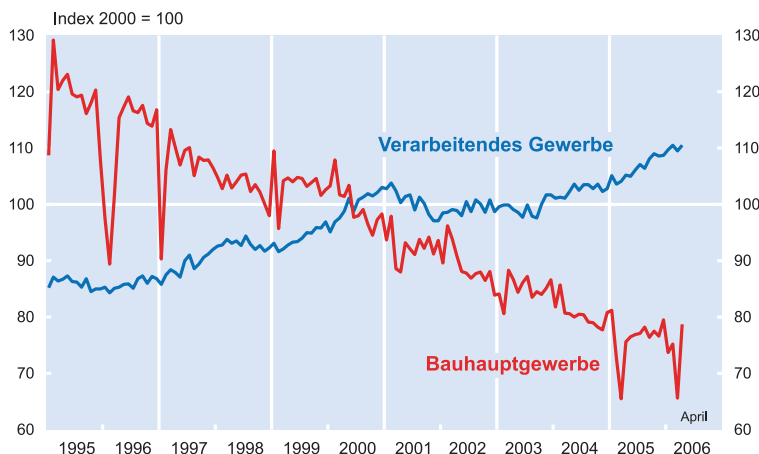
Deutschland: Outputlücke schließt sich

Die deutsche Wirtschaft ist gut in das neue Jahr gestartet: Die gesamtwirtschaftliche Produktion nahm im ersten Quartal 2006 saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,5% zu. Im Vorjahresvergleich der Ursprungswerte fiel auch auf Grund der größeren Zahl an Arbeitstagen das Wirtschaftswachstum mit 2,9% sogar so kräftig aus wie seit sechs Jahren nicht mehr. Die Arbeitslosigkeit ging merklich zurück; der Preisanstieg war trotz des neuerlichen Höhenflugs der Ölpreise zuletzt nicht höher als am Jahresanfang.

Zurzeit wird die aktuelle Prognose von Produktion und Einkommensverwendung dadurch erschwert, dass wichtige Informationen der Bundesstatistik fehlen oder nur mit erheblicher Verzögerung publiziert werden. So sind bislang vom Landesamt für Statistik in Nordrhein-Westfalen (NRW) aufgrund des erst im Mai beendeten Streiks im Öffentlichen Dienst noch keine Ergebnisse zu den Auftragseingängen in der Industrie für die Monate Februar bis April geliefert worden. Die letzten komplett vorliegenden Angaben zum Auftragseingang stammen somit vom Januar dieses Jahres. Mehr als sonst muss sich deshalb das Urteil zur aktuellen Konjunkturlage auf Modellrechnungen und Umfrageergebnisse stützen.

Das Statistische Bundesamt hat in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie für das fehlende Bundesergebnis beim Auftragseingang eine Vorabschätzung durchgeführt. Das Land NRW ist für die Bundesstatistik besonders wichtig, weil es einen Anteil von über 20% am Ergebnis für das Bundesgebiet hat. In der Rechnung wurde unterstellt, dass sich die Auftragseingänge für das Land NRW für die Monate Februar bis April 2006 mit den gleichen Veränderungsdaten wie die Auftragseingänge im übrigen Bundesgebiet entwickelt haben. Demzufolge dürfte sich der Auftragseingang in der Industrie im Durchschnitt der Monate Februar bis April im Vergleich zum Durchschnitt der Monate November bis Januar kräftig erhöht haben, saisonbereinigt beläuft sich das Plus auf 1,5%. Da sich im Durchschnitt des ersten Quartals 2006 gegenüber

Abb. 11
Produktion im verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe in Deutschland (Volumen, saisonbereinigt Census X-12-ARIMA)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank.

dem Jahresendquartal lediglich ein Zuwachs von 0,9% ergab, muss der Auftragseingang im April stark beschleunigt gestiegen sein.

Auch die Produktionsstatistik war von fehlenden Angaben für NRW betroffen, inzwischen liegen aber erste Schätzungen für das Bundesgebiet vor. Demnach stieg die Industrieproduktion saisonbereinigt im April gegenüber dem Vormonat um 0,9%, der Rückgang im März ist damit ausgeglichen worden. Das Durchschnittsniveau des ersten Quartals wurde im April um 0,6% überschritten (vgl. Abb. 11). Dabei hat wohl auch das Nachholen streikbedingter Produktionsausfälle im Metallbereich eine Rolle gespielt. Ein merkliches Plus konnten die Hersteller von Vorleistungs- und langlebigen Konsumgütern verbuchen. Die Produktion von Investitionsgütern stagnierte hingegen auf dem Stand von März. Unter Berücksichtigung der noch ausstehenden Meldungen ist mit einer Korrektur der vorläufigen amtlichen Angaben nach oben zu rechnen.

Dies alles steht im Einklang mit den aktuellen Ergebnissen des ifo Konjunkturtests. Der Geschäftsklimaindex in der Industrie² erreichte im Juni einen neuen temporären Höchststand; davor war er geringfügig gesunken. Zum siebten Mal in Folge haben sich die Urteile zur aktuellen Lage gebessert, auch die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate wurden günstiger als im Vormonat beurteilt (vgl. Kasten: Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen). Den Testergebnissen zufolge zog die Nachfrage spürbar an, und die Auftragsbestände sind merklich gestiegen. Die befragten Unternehmen beurteilten ihre Exportaussichten allerdings etwas weniger optimistisch als zuvor, bei den Produktionsplänen wird in leicht geringerem

Umfang Expansion signalisiert. Der Auftragsbestand beträgt im Durchschnitt der Industrieunternehmen 2,6 Produktionsmonate, bei den Herstellern von Investitionsgütern 3,6 Monate.

Das Bauhauptgewerbe hat sich nach dem winterbedingtem Einbruch wieder deutlich erholt. Im April stieg die Produktion saisonbereinigt um nicht weniger als 20%; die witterungsbedingten Einbußen der Vormonate wurden damit nahezu wettgemacht (vgl. Abb. 11). Nach den Ergebnissen des ifo Konjunkturtests hat sich die Bautätigkeit bis zuletzt weiter belebt; per saldo waren nur noch ein Fünftel der befragten Unternehmen mit ihrer aktuellen Geschäftslage unzufrieden gegenüber mehr als der Hälfte wie vor einem Jahr.

Auch der Handel konnte weiter merklich zulegen. Im Großhandel stiegen die realen Umsätze im April saisonbereinigt um 1,8%; die im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen rechnen mit einer Fortsetzung des Aufwärtstrends. Im Einzelhandel nahmen die Umsätze, korrigierten Angaben des Statistischen Bundesamts zufolge, real ebenfalls um 1,8% zu. Das Durchschnittsniveau des ersten Quartals 2006 konn-

Kasten

Zum Zusammenhang zwischen Geschäftslage und Erwartungen

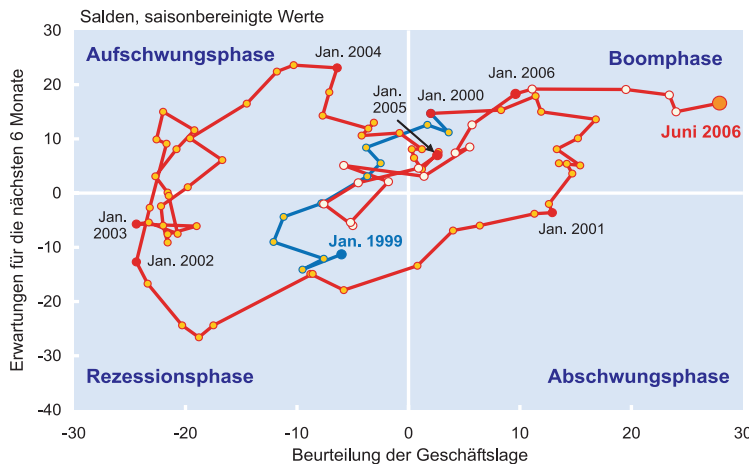
Das ifo Geschäftsklima²⁾ ist der Mittelwert aus den Komponenten »Geschäftslage« und »Geschäftserwartungen für die nächsten 6 Monate«. Der Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten kann in einem Vier-Quadranten-Schema dargestellt werden (»ifo Konjunktur-Uhr«). Auf der Abszisse der Konjunkturuhr werden die Meldungen der befragten Unternehmen zur Geschäftslage (Salden aus den Meldungen »gut« bzw. »schlecht«) aufgetragen, auf der Ordinate die Geschäftserwartungen (Salden aus den Meldungen »günstiger« bzw. »ungünstiger«). Durch das Fadenkreuz der beiden Nulllinien wird das Diagramm in vier Quadranten geteilt, die die vier Phasen der Konjunktur markieren (vgl. Abb. 12).

Sind die Urteile der im ifo Konjunkturtest befragten Unternehmen zur Geschäftslage und zu den Geschäftserwartungen per Saldo schlecht, d.h. im Minus, so befindet sich die Konjunktur in der Rezession (Quadrant links unten). Gelangen die Geschäftserwartungen ins Plus (bei noch schlechter Geschäftslage), so gerät man in die Aufschwungphase (Quadrant links oben). Sind Geschäftslage und Geschäftserwartungen gut, d.h. im Plus, so herrscht Boom (Quadrant rechts oben). Drehen die Geschäftserwartungen ins Minus (bei noch guter Geschäftslage), so ist die Abschwungphase erreicht (Quadrant rechts unten). Idealtypisch bewegt sich die Konjunktur in diesem Diagramm im Uhrzeigersinn im Kreis; die Erwartungen laufen dabei der Lage voraus.

²⁾ Das ifo Geschäftsklima GK ergibt sich aus der Formel $GK = \frac{[(GL+200)(GE+200)]^{1/2} - 200}{2}$, wobei GL den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zur aktuellen Geschäftslage bezeichnet und GE den Saldo aus den positiven und negativen Meldungen zu den Geschäftsaussichten in den nächsten sechs Monaten. Zur Vermeidung von negativen Werten in der Wurzel werden die beiden Variablen GL und GE jeweils um die Konstante 200 erhöht.

² Einschließlich Ernährungsgewerbe.

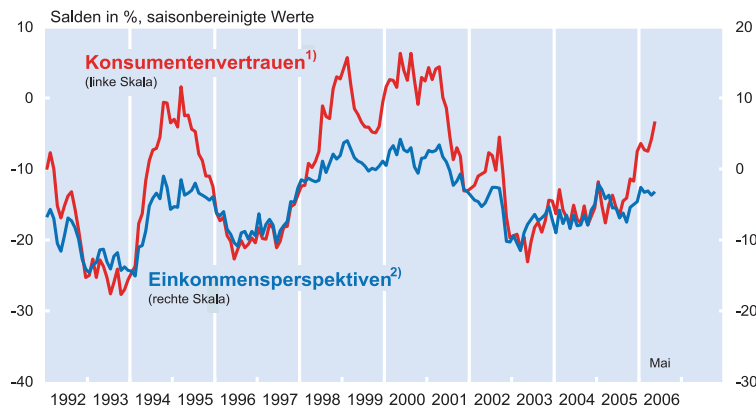
Abb. 12
ifo Konjunktur-Uhr¹⁾



1) Verarbeitendes Gewerbe einschließlich Ernährungsgewerbe: Zusammenhang zwischen der Geschäftslagebeurteilung und den Erwartungen zur Geschäftslage.

Quelle: ifo Konjunkturtest, Deutschland.

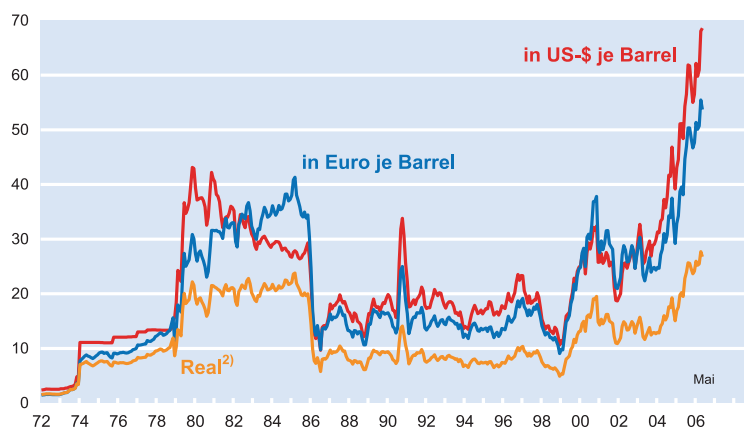
Abb. 13
Konsumentenvertrauen¹⁾ und Einkommensperspektiven²⁾



1) Mittelwert der Salden in % der Meldungen der privaten Haushalte zu ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Lage (in den kommenden 12 Monaten), Arbeitslosigkeitserwartungen (in den kommenden 12 Monaten) und den Ersparnissen (in den kommenden 12 Monaten). - 2) Finanzielle Lage in den kommenden 12 Monaten.

Quelle: Europäische Kommission.

Abb. 14
Nominaler und realer Rohölpreis¹⁾
in US-\$ bzw. in Euro je Barrel



1) Durchschnitt aus Brent, Dubai und WTI. - 2) Rohölpreis in Euro deflationiert mit dem Preisindex deutscher Exporte (1973 = 100); ab 1991 einschließlich neue Bundesländer und Berlin-Ost.

Quelle: HWWA, Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

te im Großhandel um 2,4% übertroffen werden, im Einzelhandel um 0,7%. Das Konsumentenvertrauen hat sich inzwischen deutlich gebessert, die Einkommenserwartungen sind allerdings noch immer gedrückt (vgl. Abb. 13).

Insgesamt dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2006 gegenüber dem ersten Quartal nach Schätzungen des ifo Instituts saisonbereinigt mit einer laufenden Jahresrate von reichlich 2¹/₂% gestiegen sein. Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs 2006 ergibt sich im Vorjahresvergleich ein Zuwachs von 1,6%. Dabei hat der jüngste Höhenflug der Ölpreise erneut einen deutlichen Realeinkommensverlust bewirkt, obwohl die Ölnotierungen in heimischer Währung gerechnet wegen der Aufwertung des Euro nicht so stark gestiegen sind wie auf US-Dollarbasis (vgl. Abb. 14). Die Kaufkraft einbuße zugunsten des Auslands und hier insbesondere zugunsten der Öl exportierenden Länder belief sich im ersten Halbjahr schätzungsweise auf knapp einen Prozentpunkt des Bruttoinlandsprodukts.³

Alles in allem zeigt sich die Konjunktur zur Jahresmitte 2006 gut in Form. Das hervorragende ifo Geschäftsklima indiziert, dass der Aufschwung der deutschen Wirtschaft beträchtlich an Breite gewonnen hat. Neben dem mit hoher Drehzahl laufenden Exportmotor ist nun auch die Binnenkonjunktur in Schwung gekommen. Die Investitionen in Ausrüstungen haben Tritt gefasst; die neuesten Zahlen des ifo Konjunkturtests signalisieren, dass nicht nur die im Sog des Exportbooms stehenden Unternehmen investieren, sondern nun auch die eher binnenwirtschaftlich orientierten Unternehmen. Selbst der private Konsum hat, nach dem Rückgang im Jahresendquartal 2005, zugelegt; zusätzliche Impulse werden in der zweiten Jahreshälfte von vorgezogenen Käufen ausgehen, mit denen die ab Januar kommenden Jahres geltende höhere Mehrwert-

³ Die Änderung des inländischen Realeinkommens aufgrund einer Änderung der Terms of Trade wird durch die Differenz zwischen der Veränderungsrate des realen BIP und der Veränderungsrate des Realwerts des BIP gemessen (nominales BIP deflationiert mit dem Preisindex für die inländische Verwendung). Zum Terms-of-Trade-Effekt vgl. W. Nierhaus, Realeinkommen im neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, ifo Schnelldienst, Jg. 53, Nr. 4, 2000, S. 7-13.

**Kasten
Annahmen der Prognose**

- Der Welthandel expandiert im Jahr 2006 um 9% und im nächsten Jahr um 7½% nach 7½% im vergangenen Jahr.
- Der Ölpreis (für die Sorte Nordsee-Brent) beträgt bis Ende 2007 rund 65 US-Dollar pro Barrel.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt im Prognosezeitraum bei 1,25.
- Die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht die Leitzinsen bis Ende 2007 auf ein Niveau von 3,5%. Die Kapitalmarktzinsen steigen im Verlauf des Prognosezeitraums entsprechend.
- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt auf Stundenbasis im Jahr 2006 um 1,4% und im Jahr 2007 um 2%.
- Die Finanzpolitik in Deutschland ist im Prognosezeitraum restriktiv ausgerichtet. Neben den Effekten der bereits verabschiedeten Gesetze ist in dieser Prognose auch eine Vielzahl von beabsichtigten oder erwarteten Maßnahmen berücksichtigt (vgl. dazu die Übersicht »Quantifizierung neuer staatlicher Maßnahmen«).

steuer kurzfristig noch eingespart werden kann. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr um 1,8% expandieren; nach Ausschaltung der im Vergleich zu 2005 geringeren Zahl an Arbeitstagen um 2%.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur durch die massive Erhöhung von Steuern und Abgaben zwar beträchtlich gedämpft; gleichwohl wird sich aber der Aufschwung fortsetzen. Diese Einschätzung stützt sich zu einem großen Teil auf die endogene Konjunkturdynamik der deutschen Wirtschaft. Nach einem »klassischen« Abschwung in den ersten Jahren dieses Jahrzehnts, der von einem Rückgang der Trendwachstumsrate begleitet war, wurde sowohl bei der gesamtwirtschaftlichen Produktion als auch bei den Ausrüstungsinvestitionen im Laufe des Jahres 2004 der untere Wendepunkt erreicht. Seitdem befindet sich die deutsche Wirtschaft in einem konjunkturellen Aufschwung, der sich zu Beginn dieses Jahres weiter verstärkt hat. Nach Analysen des ifo Instituts hält ein solcher Aufschwung in der Regel über etwa 4 Jahre an.⁴ Deshalb dürften die endogenen Auftriebskräfte, die von einer weiterhin hohen Exportdynamik begleitet werden, im Jahre 2007 kräftig genug sein, dass durch die dämpfenden Effekte der geplanten fiskalpolitischen Maßnahmen der Aufschwung nicht zum Erliegen kommt.

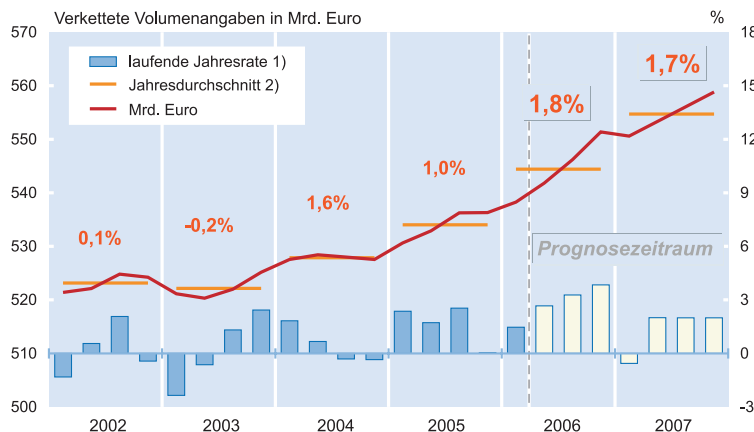
Die Investitionsdynamik bei den Ausrüstungen und im Wirtschaftsbau wird sich im nächsten Jahr nicht abschwächen. Auch das Arbeitsvolumen wird leicht steigen. Au-

⁴ Vgl. H. Bandholz, G. Flaig und J. Mayr, Wachstum und Konjunktur in OECD-Ländern: Eine langfristige Perspektive, ifo Schnelldienst, Jg. 58, Nr. 4/2005, 28–36.

Berdem dürfte der negative Effekt der Mehrwertsteuererhöhung auf den Konsum nicht so groß sein wie von vielen befürchtet. Aufgrund der hohen staatlichen Defizite wurde eine Steuererhöhung von vielen bereits seit längerem erwartet und hat zur Konsumschwäche und dem Anstieg der Sparquote in den vergangenen Jahren beigetragen. Durch die Steuererhöhung selbst sinken deshalb das permanente Einkommen und der Konsum weniger als das gemessene laufende verfügbare Einkommen. Aus all diesen Gründen braucht der private Konsum trotz der Mehrwertsteuererhöhung und anderer Maßnahmen zur Verbesserung der staatlichen Einnahmen nicht zu sinken. Alles in allem wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 um 1,7% steigen (vgl. Abb. 15 und Tab. 3), kalenderbereinigt um 1,8%. Bei einem Potentialwachstum von schätzungsweise 1¼% schließt sich die seit 2003 bestehende Outputlücke im Prognosezeitraum.

Robuste Exportkonjunktur

Der Außenhandel startete in das Jahr 2006 außerordentlich dynamisch. Im ersten Quartal 2006 nahm die reale Ausfuhr um 4,6% gegenüber der Vorperiode zu und übertraf damit das Niveau des Vorjahres um 14,2%. Dabei profitierten die inländischen Exporteure insbesondere von der regen Nachfrage nach deutschen Produkten bei den europäischen Handelspartnern. So gewann die Warenausfuhr in die EU15-Länder beträchtlich an Fahrt. Auch die Exporte in die neuen EU-Mitgliedsstaaten sowie die Warenausfuhr in die USA nahmen weiterhin deutlich zu. Zudem konnten die deutschen Exporteure nach einem schwachen vierten Quartal 2005 nun wieder vermehrt Produkte nach China, Russland und in die OPEC-Staaten absetzen (vgl. Abb. 16).

Abb. 15**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Tab. 3
Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2004	2005	2006 (1)	2007 (1)
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr ^{a)}				
Private Konsumausgaben	0,6	0,2	0,9	0,1
Konsumausgaben des Staates	- 1,6	0,1	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	- 0,2	- 0,2	3,0	3,6
Ausrüstungen	2,6	4,0	5,5	6,5
Bauten	- 2,3	- 3,4	1,0	1,2
Sonstige Anlagen	1,8	1,8	4,5	5,5
Inländische Verwendung	0,6	0,4	1,1	1,0
Exporte	9,3	6,3	9,6	7,7
Importe	7,0	5,3	8,9	6,8
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	1,6	1,0	1,8	1,7
Erwerbstätige ^{b)} (1 000 Personen)	38 868	38 783	38 832	39 007
Arbeitslose (1 000 Personen)	4 381	4 861	4 601	4 451
Arbeitslosenquote ^{c)} (in %)	10,2	11,2	10,6	10,3
Verbraucherpreise ^{d)} (Veränd. in % gegenüber Vorjahr)	1,6	2,0	1,8	2,5
Finanzierungssaldo des Staates ^{e)} - in Mrd. EUR	- 81,2	- 74,5	- 61,1	- 43,3
- in % des Bruttoinlandsprodukts	- 3,7	- 3,3	- 2,7	- 1,8
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum (Veränd. in % gegenüber Vorjahr)	2,1	1,3	2,2	2,1
Verbraucherpreisindex im Euroraum ^{f)} (Veränd. in % gegenüber Vorjahr)	2,1	2,2	2,3	2,2
1) Prognose des ifo Instituts. - ^{a)} Preisbereinigte Angaben. - ^{b)} Inlandskonzept. - ^{c)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). - ^{d)} Verbraucherpreisindex (VPI). - ^{e)} In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). - ^{f)} HVPI-EWU (2005 = 100).				

Quelle: Eurostat; Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; Prognose des ifo Instituts.

Die Konjunktur in den Industrieländern und in wichtigen Schwellenländern bleibt vorerst kräftig, sodass die deutsche Wirtschaft auch in den nächsten Monaten von der Weltkonjunktur profitieren wird. Leicht bremsend hingegen wirkt die Aufwertung des Euro, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure beeinträchtigt. Für das kommende Jahr wird von einer leichten Abschwächung der Weltkonjunktur ausgegangen, so dass die Dynamik des Welthandels abnehmen dürfte. Allerdings wird jedoch keine weitere Aufwertung des Euro unterstellt. Da der Lohnanstieg in Deutschland im Vergleich zu der Lohnentwicklung in wichtigen Wettbewerbsländern moderat verlaufen dürfte und die Lohnnebenkosten sinken, wird sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exporteure im Zeitablauf leicht verbessern. Stützend wirkt zudem die weiterhin robuste Konjunktur im Euroraum. Alles in allem wird in diesem Jahr mit einem Exportwachstum von 9,6% und im nächsten Jahr von 7,7% gerechnet (vgl. Abb. 17).

Ebenso dynamisch wie die Ausfuhr entwickelte sich die Einfuhr zu Beginn des Jahres. Die reale Einfuhr nahm um 4,5% gegenüber der Vorperiode zu und lag damit um

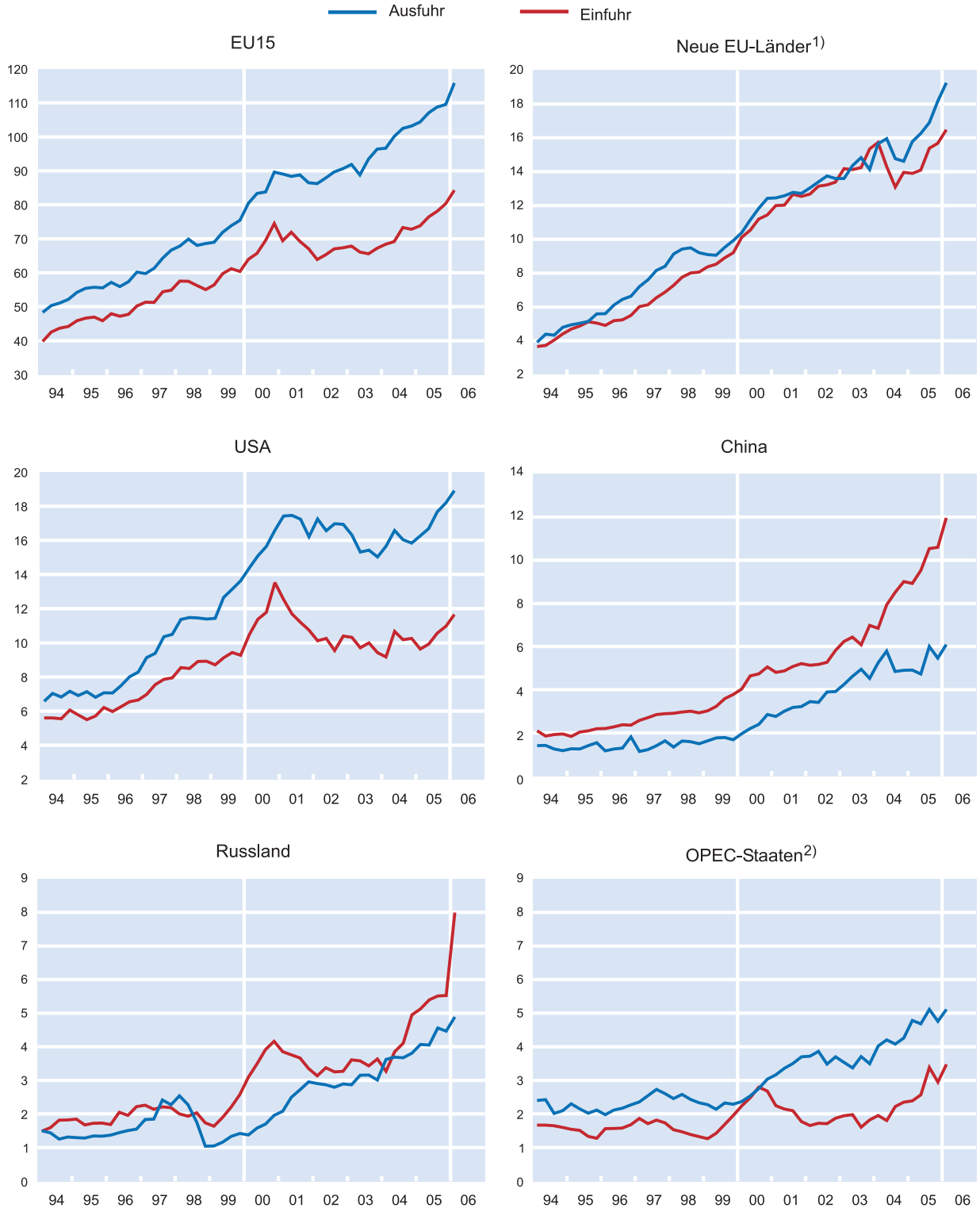
16,2% über dem Niveau des Vorjahres. Die hohe Einfuhrfähigkeit ist zu einem Teil auf den ungewöhnlich kalten Winter zurückzuführen. So mussten wegen der Kälte mehr Brennstoffe zum Heizen eingeführt werden. Insbesondere die nominale Wareneinfuhr aus Russland und aus den OPEC-Staaten stieg im ersten Quartal stark an (vgl. Abb.16), was die große Energienachfrage sowie den Ölpreisanstieg widerspiegelt. Zum anderen zog auch die höhere Investitionstätigkeit der deutschen Wirtschaft vermehrt Importe an.

Mit fortschreitender konjunktureller Erholung wird auch die Importnachfrage weiter ansteigen. Zusätzliche Impulse auf die Einfuhr dürften durch das Vorziehen von Konsumgüterkäufen infolge der Anhebung der Mehrwertsteuer zum Beginn 2007 ausgehen. Für das Jahr 2006 wird daher ein Zuwachs bei den Importen von 8,9% erwartet. Bei anhaltend guter Konjunktur wird im Jahr 2007 mit einem Importanstieg von 6,8% gerechnet (vgl. Abb.18). Der Außenbeitrag wird in diesem und im nächsten Jahr einen 3/4 Prozentpunkt zum Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts beitragen (vgl. Tab. 4).

Die Ausführpreise stiegen im vergangenen Jahr trotz anhaltenden Aufschwungs der Weltwirtschaft nur um 0,7% im Jahresdurchschnitt an. Der Preisauftrieb beschleunigte sich jedoch leicht zum Jahresbeginn 2006. Die Ausführpreise nahmen im ersten Quartal um 1,3% im Vorjahresvergleich zu. Die höheren Energiekosten schlagen sich trotz hohen internationalen Wettbewerbs langsam auch in den Exportpreisen nieder. Der Preisanstieg im Prognosezeitraum wird aber weiterhin gering bleiben, da von einem vergleichsweise moderaten Lohnanstieg in Deutschland ausgegangen wird. Zudem werden im kommenden Jahr die Unternehmen im Zuge der Mehrwertsteuererhöhung bei den Lohnnebenkosten entlastet. Für das Jahr 2006 wird mit einem Preisanstieg von 1,6% gerechnet. Im Jahr 2007 schwächt sich der Preisauftrieb bei nunmehr stabilen Rohstoffpreisen auf 1,0% im Jahresdurchschnitt ab.

Die Einfuhrpreise haben sich im Verlauf des vergangenen Jahres merklich erhöht und zu Beginn 2006 hat sich der Preisauftrieb nochmals deutlich beschleunigt. Während die Preissteigerungsrate im vierten Quartal 2005 im Vorjahresvergleich noch 2,4% betrug, sind die Einfuhrpreise im ersten Quartal um 4,0% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Ausschlaggebend dafür war wiederum die deutliche Verteuerung bei den Energie- und Rohstoffpreisen. Mit der Stabilisierung der Preise an den internationalen Rohstoffmärkten

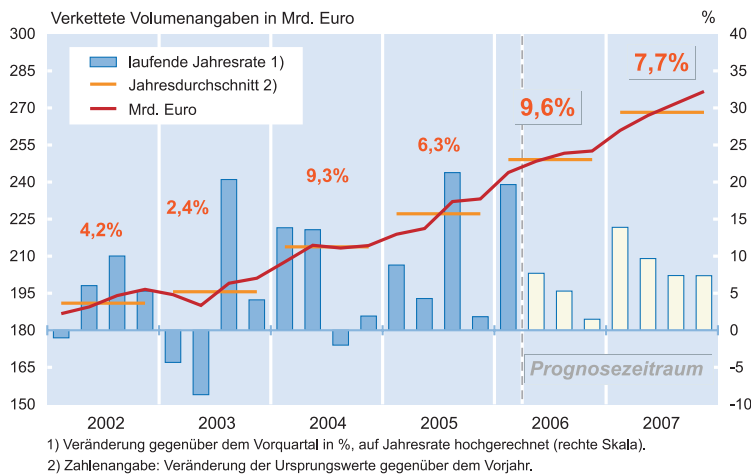
Abb. 16
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen
 Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro



1) Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Lettland, Litauen, Estland, Slowenien, Malta, Zypern.- 2) Algerien, Libyen, Nigeria, Venezuela, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate, Indonesien.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 17
Reale Exporte
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



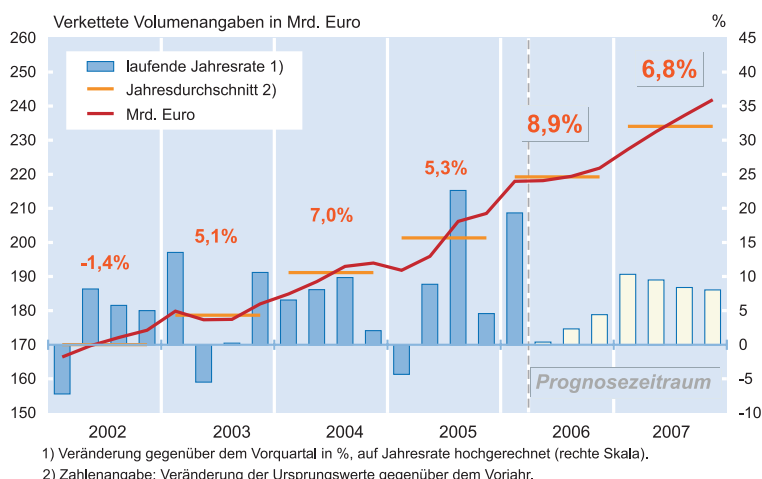
1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

ten wird der Preisauftrieb nachlassen. Gleichwohl dürften im Jahr 2006 die Einfuhrpreise noch um 3,4% zunehmen. Für das Jahr 2007 wird bei etwas nachlassender Weltkonjunktur und stabilen Rohstoffpreisen eine Preissteigerungsrate von 1,9% erwartet. Damit dürften sich die Terms of Trade im Jahr 2006 um 1,7% und im Jahr 2007 nochmals um 0,8% verschlechtern.

Verstärktes Wachstum der Ausrüstungs-investitionen

Die Ausrüstungsinvestitionen haben den Tiefpunkt durchschritten und befinden sich seit 2004 in der Aufschwungphase. Im vergangenen Jahr sind sie real um 4% gewach-

Abb. 18
Reale Importe
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

sen, im ersten Quartal 2006 setzte sich der Aufschwung fort. Die Finanzierungsbedingungen sind günstig, die Absatzaussichten werden sich im laufenden Jahr im Inland spürbar verbessern und im Ausland weiterhin gut bleiben. Deshalb ist für den Prognosezeitraum mit einer Fortsetzung der guten Investitionskonjunktur zu rechnen. Die für das nächste Jahr vorgesehene Mehrwertsteuererhöhung dürfte keine spürbare Dämpfung der Investitionstätigkeit bewirken, ein beginnender Investitionsaufschwung entfaltet erfahrungsgemäß eine mehrjährige selbst tragende Eigendynamik. Zudem wird die Investitionstätigkeit in diesem und im nächsten Jahr durch die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen für bewegliche Anlagegüter gestützt. So wurde der Satz der degressiven Abschreibung für die Dauer dieser beiden

Jahre auf 30% (und maximal das Dreifache des Satzes der linearen Abschreibung) erhöht. Dadurch sinken die Kapitalkosten und zusätzliche Investitionsvorhaben werden rentabel. Die Ausrüstungsinvestitionen erhöhen sich 2006 voraussichtlich um 5,5% und 2007 um 6,5%. Die Investitionen in sonstige Anlagen steigen um 4,5% bzw. um 5,5% (vgl. Abb. 19).

Bauinvestitionen stabilisieren sich

Die Bauinvestitionen sind im vergangenen Jahr mit 3,4% nochmals kräftig gesunken, im Verlaufe des Jahres hat sich aber eine Stabilisierung abgezeichnet, und im Wohn- wie im Nichtwohnbau haben Auftriebskräfte die Oberhand gewonnen. Im Prognosezeitraum dürfte sich die positive Grundtendenz fortsetzen, darauf deuten der jüngste Anstieg der Auftrags-eingänge, die Zunahme der Baugenehmigungen und die Verbesserung des Geschäftsklimas im Baugewerbe hin.

Der Wohnungsbau wird in diesem Jahr von der Abarbeitung der zahlreichen Bauanträge getragen, die vor Abschaffung der Eigenheimzulage noch rechtzeitig gestellt wurden. Darüber hinaus wird die im nächsten Jahr stattfindende Mehrwertsteuererhöhung einen Anreiz für private Haushalte bieten, Bauvorhaben in dieses Jahr vorzuziehen. Solche von der Wirtschaftspolitik ausgelösten Vorzieheffekte begründen allerdings nur eine vorübergehende Belebung. Deshalb ist für das kommende Jahr wieder mit einer Abschwächung der Baukonjunktur zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt werden die Wohnungs-

Tab. 4
Wachstumsbeiträge der Verwendungskomponenten zum realen Bruttoinlandsprodukt

	2005			2006			2007		
	1.Hj	2.Hj	Jahr	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)	1.Hj (s)	2.Hj (s)	Jahr (s)
Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten									
Konsumausgaben	0,1	0,1	0,1	0,4	0,8	0,6	0,2	0,0	0,1
Private Konsumausgaben	0,2	0,0	0,1	0,3	0,8	0,6	0,1	0,0	0,0
Konsumausgaben des Staates	-0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	0,1	0,0	0,4	0,6	0,5	0,8	0,5	0,6
Ausrüstungen	0,4	0,2	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5
Bauten	-0,5	-0,1	-0,3	0,0	0,2	0,1	0,3	-0,1	0,1
Sonstige Anlagen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	0,3	0,2	0,2	0,3	-0,4	-0,1	0,0	0,5	0,3
Inländische Verwendung	0,3	0,4	0,3	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0	1,0
Außenbeitrag	0,4	0,8	0,6	0,5	1,0	0,7	1,0	0,5	0,7
Exporte	1,6	3,1	2,4	4,7	3,0	3,9	3,1	3,7	3,4
Importe	-1,2	-2,3	-1,8	-4,2	-2,1	-3,1	-2,0	-3,2	-2,6
Bruttoinlandsprodukt ^{a)}	0,7	1,3	1,0	1,6	2,0	1,8	2,0	1,5	1,7

s) Schätzungen des ifo Instituts. – a) Veränderung in % gegenüber Vorjahr. Das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in % ergibt sich aus dem Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage und des Außenbeitrags. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts; 2006 und 2007: Schätzungen des ifo Instituts.

bauinvestitionen in diesem Jahr um 1% zunehmen und im nächsten Jahr um 0,5%.

Der gewerbliche Bau wird im Prognosezeitraum am konjunkturellen Aufschwung teilhaben. Das zeichnet sich in der Entwicklung der Baugenehmigungen ab, auch die Mieten für Büroimmobilien sinken kaum noch. Nach zehnjährigem realem Rückgang der Investitionen im Wirtschaftsbau dürften die Angebotsüberhänge nun weitgehend abgebaut sind. Die Indikatoren deuten darauf hin, dass im Prognosezeitraum mit einem Zuwachs zu rechnen ist. Die gewerblichen

Bauinvestitionen werden in diesem Jahr um 0,4% und im nächsten Jahr um fast 2% zunehmen.

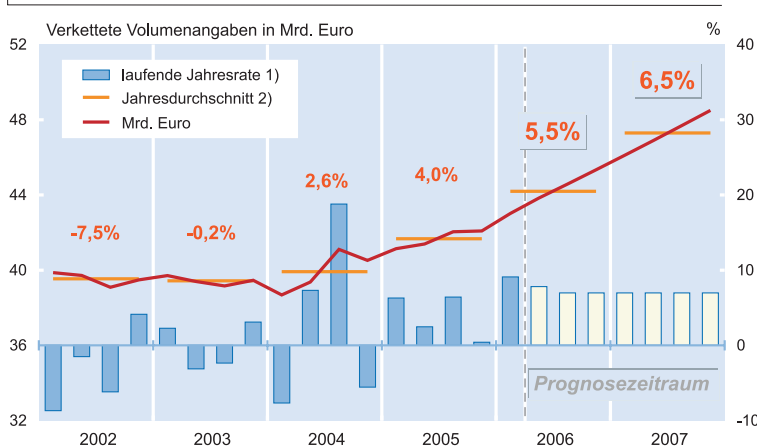
Die öffentlichen Bauinvestitionen gingen in den beiden vergangenen Jahren deutlich zurück. Das war zum Teil durch Immobilienverkäufe bedingt, aber auch die Neubauten der öffentlichen Hand waren rückläufig. In diesem Jahr kann es zu einer Trendwende kommen. Die Haushaltssituation der Kommunen, auf die rund zwei Drittel der öffentlichen Bauinvestitionen entfallen, hat sich verbessert, die Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut, die für Verkehrsinvestitionen vorgesehen sind, steigen, und die Bundesmittel für den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur werden aufgestockt. Geht man davon aus, dass das Transaktionsvolumen bei den Immobilienverkäufen des Staates in etwa aufrechterhalten wird, dann ist für dieses und nächstes Jahr mit einem realen Zuwachs der öffentlichen Bauinvestitionen von jeweils etwa 2,5% zu rechnen (vgl. Tab. 5).

Alles in allem dürften die gesamten Bauinvestitionen im Jahr 2006 um 1% steigen und im Jahr 2007 – aufgrund des hohen Überhangs – um 1,2% (vgl. Abb. 20).

Der private Konsum ist gut in das laufende Jahr gestartet. Im ersten Quartal ist er saisonbereinigt merklich gestiegen, nachdem er

Abb. 19

Reale Investitionen in Ausrüstungen
 Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
 2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

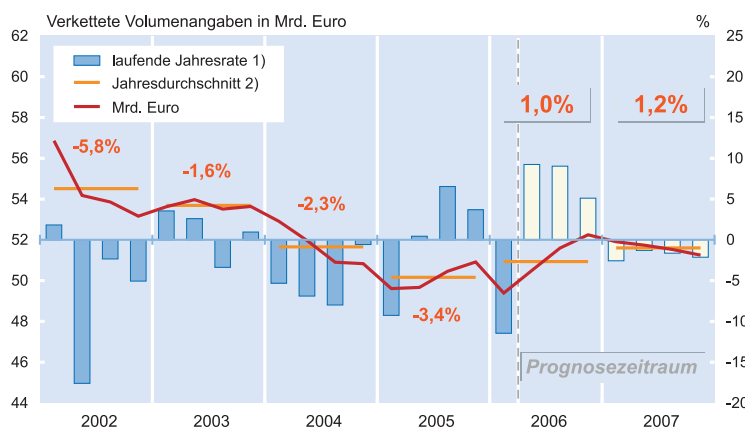
Tab. 5
Reale Bruttoinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2005	2006	2007
Bauten	-3,4	1,0	1,2
Wohnungsbau	-3,4	1,0	0,5
Nichtwohnungsbau	-3,3	1,0	2,0
Gewerblicher Bau	-1,9	0,4	1,9
Öffentlicher Bau	-7,2	2,5	2,3
Ausrüstungen	4,0	5,5	6,5
Sonstige Anlagen	1,8	4,5	5,5
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	3,0	3,6
Vorratsinvestitionen^{a)}	1,4	-0,8	1,1
Bruttoinvestitionen	1,2	2,2	4,8

^{a)} Beitrag zur Veränderung der Bruttoinvestitionen in Prozentpunkten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

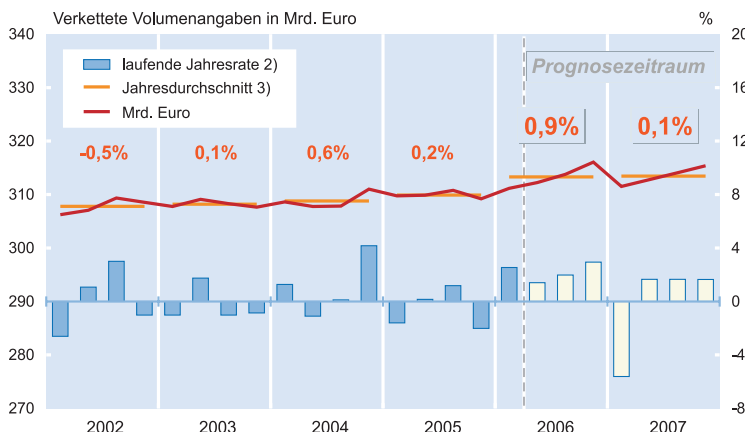
Abb. 20
Reale Bauinvestitionen
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Abb. 21
Reale Konsumausgaben der privaten Haushalte¹⁾
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.
2) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %, auf Jahresrate hochgerechnet (rechte Skala).
3) Zahlenangabe: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

in den Herbstmonaten 2005 vorübergehend gesunken war. Aufgrund des strengen Winterwetters waren vor allem Heizenergie, Bekleidung und Nahrungsmittel gefragt. Die Ausgaben für Verkehr, Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sind hingegen saisonbereinigt gesunken. Maßgeblich für das Plus bei den gesamten realen Konsumausgaben war der leichte Zuwachs der real verfügbaren Einkommen; bei rückläufigen Mas-seneinkommen expandierten die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und aus Vermögen recht kräftig. Auch ist die Sparquote saisonbereinigt leicht gesunken.

Im weiteren Jahresverlauf dürfte der private Konsum zunächst verhalten steigen. In den Herbstmonaten ist aber mit einer beschleunigten Zunahme zu rechnen, weil die höhere Mehrwertsteuer im nächsten Jahr zu vorgezogenen Käufen insbesondere von langlebigen Gebrauchsgütern anregt. Die Bruttolöhne und -gehälter werden um 1,3% expandieren; anders als im Vorjahr sinkt das bezahlte Arbeitsvolumen nicht mehr. Die Net-tobezüge nehmen allerdings bei voll greifender Steuerprogression merklich schwächer zu (0,8%). Die monetären Sozialleistungen stagnieren sogar. Die gesetzlichen Altersbezüge werden zum dritten Mal in Folge nicht angehoben; ohne Schutzklauseln in der Rentenformel hätte es sogar eine »Minus-Runde« gegeben.⁵ Die Leistungen beim Arbeitslosengeld I gehen infolge der sinkenden Empfängerzahlen weiter zurück, während sie beim Arbeitslosengeld II – trotz der jüngst beschlossenen Einschränkungen – aufgrund

⁵ Die rentenanpassungsrelevante Lohnentwicklung war im Jahr 2005 für die alten Bundesländer mit 0,2% leicht positiv, für die neuen Bundesländer mit rund -0,4% negativ. Unter Berücksichtigung von Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor hätte sich rein rechnerisch eine Rentenanpassung von -0,91% in den alten Bundesländern und -1,51% in den neuen Ländern ergeben. Aufgrund von Schutzklauseln, nach denen zum einen Riester-Faktor und Nachhaltigkeitsfaktor nicht zu einer Verringerung des aktuellen Rentenwertes führen dürfen und zum anderen die Rentenanpassung Ost mindestens der Westanpassung entsprechen muss, ergibt sich nunmehr im Osten wie im Westen zur Jahresmitte 2006 somit eine weitere »Rentenanpassung Null«. Das im Februar vom Bundeskabinett zusätzlich beschlossene »Gesetz zur Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006«, das eine mögliche Rentenkürzung auch als Folge sinkender Löhne verhindern sollte, gelangt deshalb nicht zur Anwendung. Vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Das Gesetz zur Weitergeltung der aktuellen Rentenwerte ab 1. Juli 2006, Fakten und Hintergründe, Material zur Information, 6. April 2006.

Tab. 6
Ausgewählte fiskalische Maßnahmen im Bereich private Haushalte

	1998 ^{a)}	1999 ^{a)}	2000 ^{a)}	2001 ^{a)}	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Grundfreibetrag (in Euro)	6 322	6 681	6 902	7 206	7 235	7 235	7 664	7 664	7 664	7 664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	16,0	15,0	15,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	45,0	42,0	42,0	42,0
Erhöhter Spitzensteuersatz (in %) ^{b)}	–	–	–	–	–	–	–	–	–	45,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Allgemeiner Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	47,48	44,31	44,31	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone (in Euro)	61 377	61 377	58 643	54 999	55 008	55 008	52 152	52 152	52 152	52 152
Steuersparnis ^{c)} gegenüber 1998 (in Euro) bei einem zu versteuernden Einkommen										
von 15 000 Euro	–	111	283	525	534	534	814	845	845	845
von 25 000 Euro	–	72	283	703	707	707	1 100	1 193	1 193	1 193
von 50 000 Euro	–	22	29	745	751	751	1 524	2 095	2 095	2 095
<i>nachrichtlich:</i>										
Arbeitnehmer-Pauschbetrag (in Euro)	1 023	1 023	1 023	1 023	1 044	1 044	920	920	920	920
Sparerfreibetrag (in Euro)	3 068	3 068	1 534	1 534	1 550	1 550	1 370	1 370	1 370	750
Kinderfreibetrag ^{d)} (in Euro)	3 534	3 534	3 534	3 534	3 648	3 648	3 648	3 648	3 648	3 648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren ^{d)} (in Euro)	–	–	1 546	1 546	–	–	–	–	–	–
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung ^{d)} (in Euro)	–	–	–	–	2 160	2 160	2 160	2 160	2 160	2 160
<i>nachrichtlich:</i>										
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in Euro) ^{e)}	112	128	138	138	154	154	154	154	154	154
Kinderzuschlag pro Kind und Monat maximal ^{f)} (in Euro)	–	–	–	–	–	–	–	140	140	140

^{a)} DM-Beträge umgerechnet und auf ganze Euro-Beträge gerundet. – ^{b)} Erhöhter Spitzensteuersatz auf zu versteuernde Einkommen (bis zum 1. Januar 2008 ohne Gewinneinkünfte) oberhalb von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige/zusammenveranlagte Ehegatten (Reichensteuer). – ^{c)} Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. – ^{d)} Unter Anrechnung des Kindergelds. – ^{e)} Das Kindergeld (wie auch der Kinderfreibetrag) wird ab dem Jahr 2007 nur noch bis zur Vollendung des 25. Lebensjahr gewährt (mit Übergangsregelung für Kinder der Geburtsjahrgänge 1980 bis 1982). – ^{f)} Für Eltern, die mit eigenem Einkommen ihren (elterlichen) Bedarf abdecken, jedoch ohne den Kinderzuschlag wegen des Bedarfs der Kinder Anspruch auf Arbeitslosengeld II hätten. Die Zahlung ist auf 36 Monate begrenzt.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

der zunehmenden Zahl an Bedarfsgemeinschaften steigen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 2,1% zunehmen, real um 0,6%. Bei leicht rückläufiger Sparquote wird der reale private Konsum um 0,9% expandieren.

Ab kommendem Jahr wird das Realeinkommen durch das Maßnahmenpaket der Bundesregierung dauerhaft gedrückt. Die Nettolöhne und -gehälter werden trotz des leichten Anstiegs der Beschäftigung und einer geringeren Belastung mit Sozialbeiträgen real nur wenig zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften trotz der Einführung eines einkommensabhängigen Elterngeldes und einer leichten Erhöhung der Renten zur Jahresmitte nominal leicht rückläufig sein. Maßgeblich hierfür sind die Minderzahlungen von Arbeitslosengeld I und Einsparungen beim Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus wird die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die Erhöhung der Versicherungsteuer, die Abschaffung der Eigenheimzulage, die Kürzung des Sparerfreibe-

trags, die Reduzierung der Entfernungspauschale, die Einschränkung von Leistungen für Familien mit älteren Kindern und die Einführung einer »Reichensteuer« geschmälert (vgl. Tab. 6). Alles in allem werden die privaten Konsumausgaben im Jahr 2007 bei leicht sinkender Sparquote um 0,1% steigen (vgl. Abb. 21).

Mehrwertsteuer treibt Verbraucherpreise

Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten wurde im ersten Halbjahr 2006 vom Höhenflug der Preise für Haushaltsenergie und Kraftstoffe dominiert. Im Juni lag die Inflationsrate nach vorläufigen amtlichen Schätzungen im Vorjahresvergleich bei 2,0% (Jahresdurchschnitt 2005: + 2,0%). Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des ifo Instituts der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nah-

Tab. 7
Entwicklung des Verbraucherpreisindex^{a)}

	Wägungs- schema in Promille	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
		Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
Kerninflation^{b)}	744,98	0,9	0,5	0,8	1,4	1,4	0,7	0,8	0,8	0,7
Übrige Lebenshaltung	255,02	1,1	0,8	3,5	3,7	1,2	2,1	4,2	5,0	5,3
davon:										
Saisonabh. Nah- rungsmittel	16,26	2,1	-0,7	-0,9	7,9	-0,8	-1,3	-2,5	1,5	3,6
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	51,01	-5,7	6,5	22,8	3,6	-1,0	4,6	4,6	11,9	16,5
Heizöl	7,90	-17,0	19,5	53,6	-5,9	-9,1	3,8	11,4	32,0	28,9
Kraftstoffe	33,70	-5,2	7,0	18,9	1,0	2,3	4,6	4,4	8,1	12,7
Gas	9,41	0,2	-2,1	16,3	21,2	-5,6	5,1	1,0	10,5	19,8
Güter mit adminis- trierten Preisen	187,75	2,5	-0,2	-0,4	3,3	2,0	1,8	4,6	3,4	2,2
darunter:										
Strom	18,65	0,0	3,9	-4,9	4,0	4,5	5,0	4,0	4,2	3,8
Umlagen für Fern- wärme u.ä.	10,37	-2,4	-4,8	16,4	19,4	-0,9	-0,2	2,1	14,4	18,0
Telefondienstleistungen	20,96	-1,3	-11,5	-12,5	-6,9	2,1	1,1	-0,4	-0,9	-3,5
Gesundheitspflege	35,46	5,2	-3,3	0,2	1,3	0,6	0,5	19,2	1,9	0,7
Beiträge zur Kran- kenversicherung	8,91	4,5	3,3	3,7	3,5	3,6	3,3	3,0	2,5	1,4
Kraftfahrzeug- steuer	6,08	8,9	6,8	2,6	23,4	0,0	0,6	5,2	19,9	0,7
Lebenshaltung insgesamt	1 000,00	0,9	0,6	1,4	2,0	1,4	1,1	1,6	2,0	1,9
davon: ^{c)}										
Kerninflation	-	0,7	0,4	0,6	1,0	1,1	0,5	0,6	0,6	0,5
Übrige Lebenshaltung	-	0,3	0,2	0,9	0,9	0,3	0,6	1,1	1,3	1,5
Saisonabh. Nah- rungsmittel	-	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Heizöl, Kraftstoffe und Gas	-	-0,2	0,3	1,0	0,2	-0,1	0,2	0,2	0,6	0,9
Güter mit adminis- trierten Preisen	-	0,5	0,0	-0,1	0,6	0,4	0,3	0,9	0,7	0,5

^{a)} Alle privaten Haushalte, 2000 = 100. – ^{b)} In der Abgrenzung des ifo Instituts. – ^{c)} Beiträge der Teilindizes zur Veränderung des Verbraucherpreisindex in Prozentpunkten. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

rungsmitteln herausgerechnet ist, betrug im Mai nur 0,7% und war damit sogar noch etwas niedriger als im Jahr 2005. (vgl. Tab. 7).⁶

Der Preisauftrieb wird sich bis zum Ende dieses Jahres etwas abschwächen. Die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise und die Umlagen für die Fernwärme dürften zwar noch weiter steigen. Zu berücksichtigen ist auch, dass teurer gewordenen Öl als Vorleistung in die heimische Produktion eingeht. Auch wer-

den sich im Gefolge der anziehenden Konsumkonjunktur Preisüberwälzungsspielräume eröffnen. Darüber hinaus wird es im Vorfeld der Mehrwertsteueranhebung wohl hier und da zu vorweggenommenen Preiserhöhungen kommen.⁷

⁶ Die Preise von Energieträgern und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

⁷ Gegen eine in der zweiten Jahreshälfte flächendeckende Preisanpassung »nach oben« sprechen nicht nur die insgesamt verhaltene Gangart der Konsumkonjunktur und die nach wie vor starke Rabattgewährung, sondern auch der Sachverhalt, dass Preisänderungen in Deutschland normalerweise »kräftig« ausfallen. Nach einer Studie der Deutschen Bundesbank, die u.a. auf anonymisierten Mikrodaten des ifo Konjunkturtests beruht, werden auf der Erzeugerstufe im Mittel Preise bei jedem Schritt um 3 1/2% angehoben oder gesenkt, auf der Verbraucherstufe sind es nicht weniger als 9%. Es kommt hinzu, dass die meisten Preise vergleichsweise selten angepasst werden. Auf der Verbraucherstufe gibt es viele Anbieter, die ihre Preise normalerweise nach genau zwölf Monaten oder einem Vielfachen davon anpassen. Schließlich ändern Handel und Dienstleister ihre Preise bevorzugt in den ersten Monaten des Jahres. Vgl. Deutsche Bundesbank, Zum Preissetzungsverhalten in Deutschland, Monatsbericht, Dezember 2005, S. 15–28.

Dämpfend wirkt im Vorjahresvergleich, dass die Tabaksteueranhebung von September 2005 sich nur noch bis August auf die Inflationsrate auswirken wird. Alles in allem wird sich die Lebenshaltung im Jahresdurchschnitt 2006 um 1,8% verteuern.

Im Januar 2007 wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte angehoben. Nach Schätzungen des Statistischen Bundesamts wirkt sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt mit knapp 1/2 Prozentpunkt auf die Inflationsrate aus. Dabei wurde unterstellt, dass es beim ermäßigten Steuersatz von 7% für bestimmte Güter bleibt und auch im Übrigen die einschlägigen Regelungen (insbesondere Mehrwertsteuerbefreiungen) nicht verändert werden. Weiter wurde angenommen, dass eine solche Mehrwertsteuererhöhung vollständig auf die Verbraucher überwälzt würde. Rein rechnerisch würde demnach eine Anhebung um 3 Prozentpunkte die Inflationsrate um knapp 1,5 Prozentpunkte steigen ließe. Preisdämpfend wirkt sich hingegen die Senkung der Sozialversicherungsbeitragsätze aus. Absehbar ist eine Reduktion um per Saldo 1,3 Prozentpunkte (- 2,0 Punkte in der Arbeitslosenversicherung, + 0,4 Punkte in der Rentenversicherung, + 0,3 Punkte in der gesetzlichen Krankenversicherung), die hälftig auf sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Arbeitgeber entfällt. Eine Ermäßigung der Lohnnebenkosten wirkt sich nicht unmittelbar im Verbraucherpreisindex aus, da es sich hierbei um Sozialbeiträge und nicht um Verbrauchsausgaben handelt. Es könnten aber hierdurch allgemein die Preise für im Inland erzeugte Güter und Dienstleistungen sinken; hier wird mit einer Reduktion der Inflationsrate um knapp 0,5 Prozentpunkte gerechnet. Per Saldo dürfte das Verbraucherpreisniveau durch die fiskalischen Maßnahmen insgesamt um rund 1% angehoben werden. Alles in allem werden die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt 2007 um 2,5% steigen. Die Inflationsrate wird dabei im Lauf des Jahres von 3% auf 2% sinken, weil der diesjährige Ölpreisschub nach und nach in die statistische Basis eingeht.

Arbeitsmarktsituation hellt sich konjunkturell etwas auf

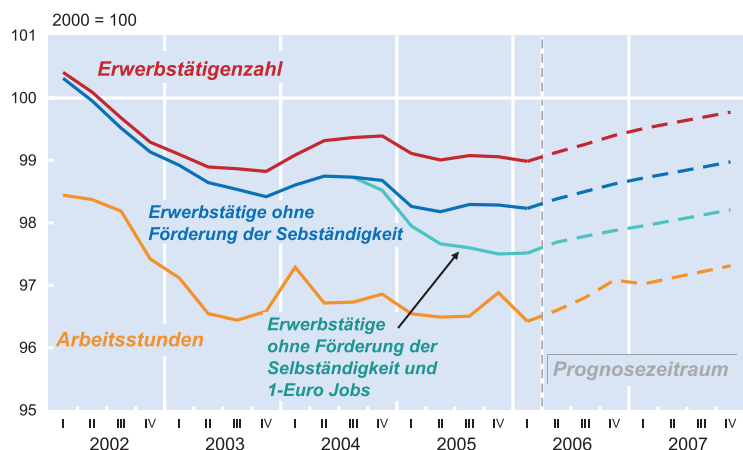
Der Arbeitsmarkt hat sich im Verlauf des Jahres 2005 stabilisiert. Im ersten Quartal 2006 zeichnete sich jedoch noch keine durchgreifende Besserung ab. Im Dienstleistungssektor konnte das Beschäftigungsniveau annähernd gehalten werden. Nachdem sich der Rückgang der Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauwirtschaft im Verlauf des Jahres 2005 zunächst verlangsamt hatte, war er im ersten Quartal 2006 wieder etwas stärker ausgeprägt. Allerdings dürfte die ungünstige Beschäfti-

gungsentwicklung aufgrund des kalten und langanhaltenden Winterwetters etwas überzeichnet zu sein. Im April konnte das Vorjahresniveau bei den Erwerbstätigen leicht übertroffen werden.

Die Zahl der Erwerbstätigen war im ersten Quartal 2006 um 50 000 niedriger als im vergleichbaren Vorjahresquartal. Auch das um Arbeitstageeffekte bereinigte geleistete Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen lag mit gut 0,1% leicht unter dem Vorjahresniveau, so dass die Produktionssteigerung allein durch eine erhöhte Produktivität erzielt wurde (vgl. Abb. 22). Im gleichen Zeitraum nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung um 190 000 ab, wobei etwa 40 000 auf den Abbau von geförderter Beschäftigung zurückzuführen sind.

Gleichzeitig fand eine Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Hartz-Reformen statt. Dabei erhöhte sich vor allem die Zahl der gemeinnützigen Arbeitsmöglichkeiten (Zusatzjobs), die um gut 150 000 stiegen. Die geförderte Selbständigkeit im Rahmen der Ich-AG nahm im betrachteten Zeitraum nicht mehr zu, jedoch hat sich die ungeforderte Selbständigkeit recht positiv entwickelt (+ 90 000). Nachdem die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im ersten Halbjahr 2005 deutlich gefallen war, ist seitdem wieder ein deutlicher Aufbau dieser Stellen auszumachen. Die Zahl der Minijobs stieg dabei auf etwa 4,9 Mill. und lag im ersten Quartal 2006 um gut 180 000 über dem Vorjahr. Zum Teil dürfte der starke Aufbau geringfügiger Beschäftigung als Reaktion auf den voran gegangenen starken Rückgang zu verstehen sein: Zu Beginn des Jahres 2005 dürften manche Empfänger von Arbeitslosengeld II ihren Minijob wegen zu geringer Hinzuverdienstmöglichkeiten zu Gunsten eines Zusatzjobs aufgegeben haben. Diese Stellen wurden dann vermutlich nur allmählich neu be-

Abb. 22
Geleistete Arbeitsstunden¹⁾ und Zahl der Erwerbstätigen²⁾ im Inland



1) Saison- und kalenderbereinigt.

2) Saisonbereinigt.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

setzt oder ganz durch kostengünstigere Zusatzjobs substituiert. Dementsprechend war der Aufbau geringfügiger Beschäftigung in den vergangenen Monaten wieder etwas verhaltener.

Nachdem die Arbeitslosigkeit durch die Hartz-Reformen zu Beginn des Jahres 2005 sprunghaft gestiegen war (vgl. Abb. 23), sank sie im weiteren Jahresverlauf deutlich. Zunächst fielen Personen, die nicht arbeitsfähig waren oder denen kein Arbeitslosengeld zustand aus der Statistik heraus. Außerdem wurden vermehrt Zusatzjobs geschaffen, die die Zahl der Arbeitslosen verringerten. Die überdurchschnittlich kalte Witterung überlagerte dann zu Beginn des Jahres 2006 die positive Tendenz. Hinzu kam, dass wegen der Verkürzung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld I im Januar vermehrt ältere Arbeitnehmer entlassen wurden, um den Bezug des Arbeitslosengeldes noch nach der alten Regelung zu ermöglichen. Insgesamt führte dies zu vorübergehend steigenden Arbeitslosenzahlen. Als Gegenreaktion auf das überdurchschnittlich kalte Wetter zu Jahresbeginn sank die Arbeitslosenzahl im April wieder deutlich. Im Mai waren 350 000 Arbeitslose weniger registriert als im Vorjahresmonat. Das entsprach nach Ausschaltung saisonal bedingter Schwankungen einem Rückgang von 90 000 gegenüber dem Vormonat, wobei gleichzeitig ein leichter Abbau von Zusatzjobs stattfand.

Im vergangenen Jahr sind die Löhne sehr langsam gestiegen. Die Tariflöhne pro Stunde in der Gesamtwirtschaft waren im ersten Quartal 2006 um 0,9% höher als im vergleichbaren Vorjahresquartal, was in etwa auch der Zuwachsrate der letzten eineinhalb Jahre entspricht. Im produzierenden Gewerbe fiel die Lohnsteigerung mit 1,7% etwas höher aus, war aber ebenfalls vergleichbar mit den vergangenen Quartalen. Die effektiven Lohnkosten sind gegenüber dem ers-

ten Quartal 2005 um 0,5% gestiegen. Die Lohndrift blieb damit weiter negativ (- 0,4%). Für das laufende Jahr sind in vielen Bereichen inzwischen Tarifverträge abgeschlossen worden. In der Metallindustrie werden die Löhne für 3,2 Mill. Beschäftigte um 3% angehoben. Im öffentlichen Dienst dagegen bleiben die Löhne im Prognosezeitraum in etwa konstant und für die Beschäftigten im Einzelhandel steigen die Gehälter nur um 1%. 2006 sollte der Anstieg der Tariflöhne mit 1,4% wieder etwas höher ausfallen als im Vorjahr. Die Tariflohnsteigerung wird 2007 im Gefolge der guten Konjunktur im Durchschnitt auf 2% veranschlagt; in ähnlicher Größenordnung werden sich auch die effektiven Stundenlöhne erhöhen.

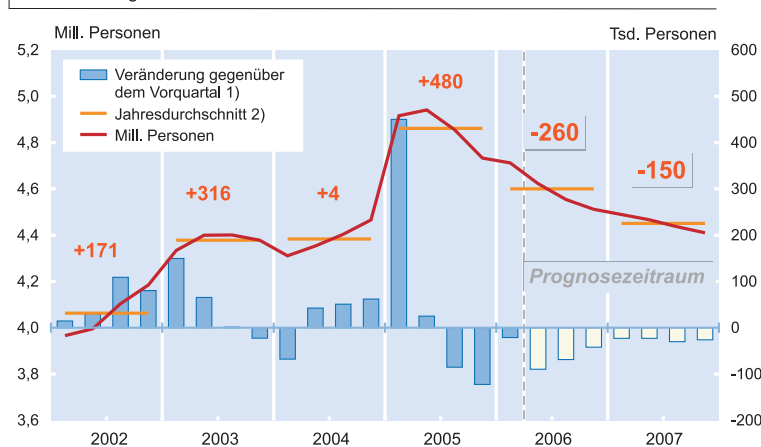
Im Jahr 2006 wird sich die Lage am Arbeitsmarkt durch die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion konjunkturell weiter aufhellen. Bei den Minijobs kommt der Stopp der Stellenaufbau allerdings zum Stillstand (vgl. Abb. 24). Ein Grund hierfür ist die Anhebung der Abgabenpauschale für Arbeitgeber am 1. Juli 2006 von 25 auf 30%. Im Zuge dessen dürften die sozialversicherungspflichtigen Midijobs (400 bis 800 Euro) an Attraktivität gewinnen. Außerdem scheint das Potential für geringfügig entlohnte Stellen, die mit Teilzeitkräften besetzt werden können, zunächst ausgeschöpft zu sein.

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wird im Jahresdurchschnitt 2006 um 55 000 unter dem Wert des Vorjahres liegen, was im Verlauf der kommenden drei Quartale saisonbereinigt einer Zunahme von 90 000 entspricht (vgl. Abb. 24). Dieser Anstieg ist zum Teil auch ein Resultat der ab Juli 2006 im Vergleich zu Minijobs höheren Attraktivität der Midijobs. Die konjunkturelle Dynamik wird dazu führen, dass sich der Anstieg der Selbständigenzahl im Jahr 2006 fortsetzt (+ 55 000). Durch die Neuregelung der Förderung der Begründung einer selbständigen Tätigkeit aus

der Arbeitslosigkeit heraus werden ab 1. August 2006 sowohl Ich-AG als auch Überbrückungsgeld im »Gründungszuschuss« zusammengefasst. Die Bezugsdauer ist mit 9 bzw. 15 Monaten jedoch erheblich kürzer als bei der bisherigen Ich-AG. Für Empfänger von Arbeitslosengeld II besteht weiterhin die Möglichkeit, über das Einstiegsgeld eine Förderung zu erhalten, was auch zunehmend geschieht. Die Zahl der geförderten Selbständigen insgesamt dürfte sich durch die Neuregelungen allerdings kaum verändern (vgl. Abb. 24).

Im Verlauf des Jahres dürften auch wieder mehr Zusatzjobs vermittelt werden, so dass bis zum Jahresende etwa 300 000 solcher Stellen bestehen sollten (vgl. Abb. 24). Insgesamt wird die Erwerbstätigkeit 2006 um 70 000 zunehmen.

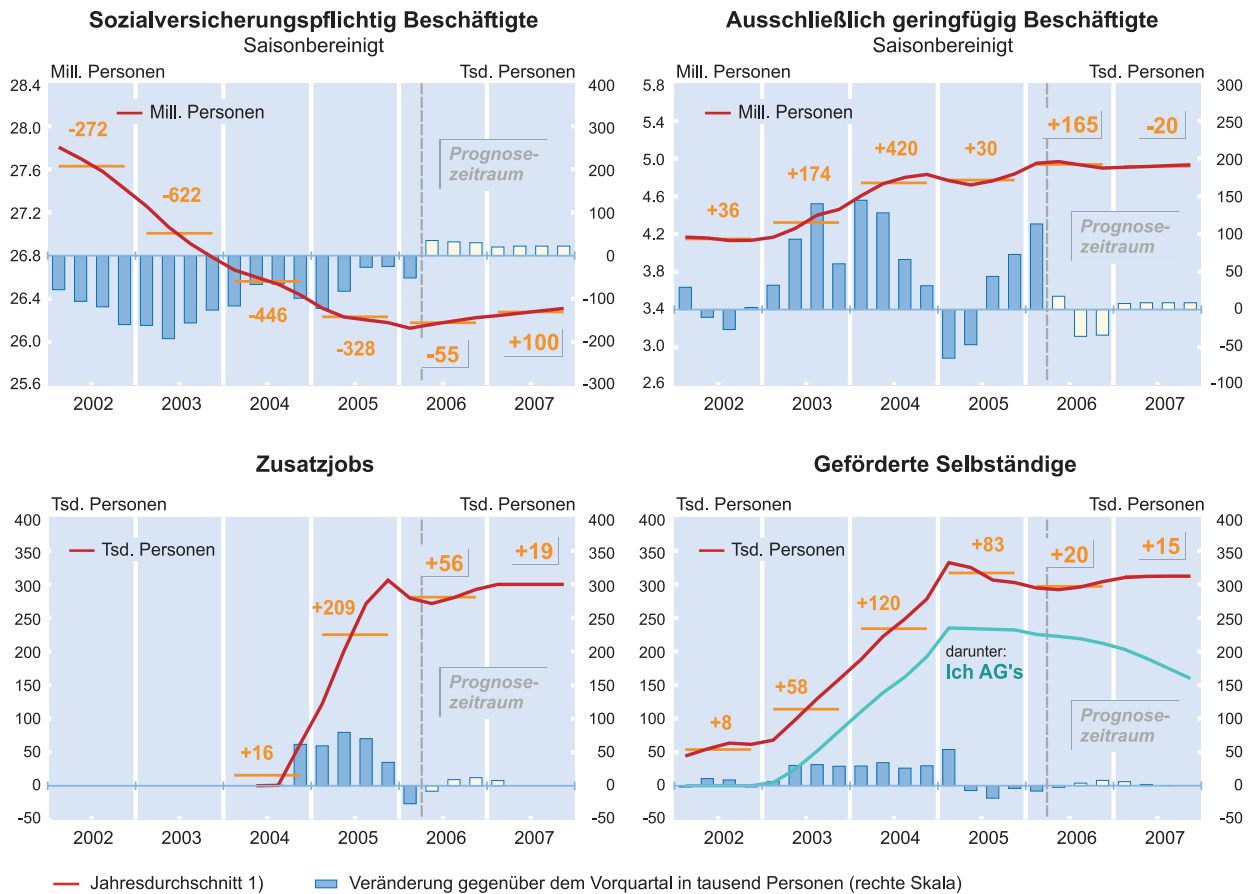
Abb. 23
Arbeitslose
Saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Abb. 24
Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Gruppen



1) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

Im Verlauf des nächsten Jahres steigt die Erwerbstätigkeit etwas langsamer; im Jahresdurchschnitt nimmt die Zahl der Erwerbstätigen um 180 000 zu (vgl. Abb. 25). Weitere Minijobs werden nach der Neuregelung der Abgaben nur noch in geringem Umfang geschaffen, aufgrund des Unterhangs wird der Vorjahresdurchschnitt um 20 000 unterschritten. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt im Jahresdurchschnitt 2007 um 100 000. Auch die Zahl der Selbständigen wird sich weiter erhöhen, trotz eines nur geringen Ausbaus geförderter Existenzen wird sie jahresdurchschnittlich um 70 000 zunehmen. Die Zusatzjobs dürften sich bei einer Gesamtzahl von etwa 300 000 stabilisieren und damit nicht mehr zur Veränderung der Beschäftigung beitragen.

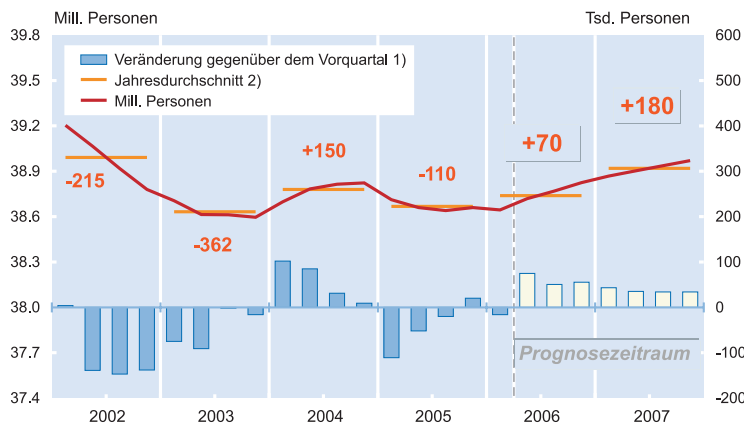
Die Zahl der Arbeitslosen wird im weiteren Verlauf dieses Jahres erneut abnehmen, auch weil angenommen wird, dass weitere Zusatzjobs bereitgestellt werden. Da kaum neue Minijobs entstehen, die vielfach mit Personen besetzt werden, die aus der stillen Reserve kommen, werden die neu-

en Arbeitsplätze auch mit Personen besetzt, die bisher arbeitslos waren. Der Anstieg der Erwerbstätigkeit wird sich somit auch bei den Arbeitslosenzahlen bemerkbar machen. Im Jahresdurchschnitt 2006 wird die Zahl der Arbeitslosen um 260 000 sinken. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosigkeit aus konjunkturellen Gründen dann noch um 150 000 zurückgehen (vgl. Tab. 8).

Finanzlage der öffentlichen Haushalte wird allmählich besser

Die Einnahmen des Staates steigen im Jahr 2006 um knapp 2% gegenüber dem Vorjahr. Den größten Anteil am Einnahmewachstum haben die Steuern. Sie nehmen – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) – um 3,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Der beschleunigte Anstieg ergibt sich einerseits aus einem deutlichen Wachstum der Einkommen- und Vermögensteuern (+ 5,1%) und andererseits aus den Mehreinnahmen bei den Produkti-

Abb. 25
Erwerbstätige
Inländerkonzept, saisonbereinigter Verlauf



1) Veränderung gegenüber dem Vorquartal in tausend Personen (rechte Skala).
2) Zahlenangabe: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

ons- und Importabgaben (+ 2,6%). Verantwortlich hierfür ist im Wesentlichen der erneute Zuwachs bei der veranlagten Einkommensteuer. Dieser beträgt rund 4 Mrd. Euro (+ 40%) und ist insbesondere auf den Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen (vgl. Übersicht: Quantifizierung staatlicher Maßnahmen): Hierzu gehört die Streichung der Möglichkeit zur Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen. Darüber hinaus lässt die Körperschaftsteuer nochmals einen starken Zuwachs erwarten, der (in-

folge der temporär verbesserten Abschreibungsbedingungen in 2006 und 2007) mit rund 20% etwas geringer ausfallen dürfte als im vorangegangenen Jahr. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer liegen dagegen um nur etwa 1% über dem Vorjahreswert. Dieser eher verhaltene Anstieg ist größtenteils auf den geringen Anstieg der Lohnsumme zurückzuführen.

Der Anstieg des Steueraufkommens von Produktions- und Importabgaben lässt sich insbesondere auf Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer (+ 2,8%) und auf einen Zuwachs bei der Gewerbesteuer (+ 6,5%) zurückführen. Diese positiven Entwicklungen sowohl bei der Umsatzsteuer als auch der Gewerbesteuer sind im Wesentlichen der konjunkturellen Wirtschaftslage zuzuschreiben. Hinzu kommt – im Zusammenhang mit der Abschaffung der Eigenheimzulage – ein kräftiger Anstieg bei der Grunderwerbsteuer.

Die Einnahmen des Staates aus Sozialversicherungsbeiträgen nehmen im Jahr 2006 um 0,7% gegenüber dem Vorjahr zu. Während die Arbeitgeberbeiträge nahezu stagnieren (+ 0,4%), steigen die Zahlungen der Arbeitnehmer (+ 2,3%) deutlich. Dies ist eine Folge des zur Jahresmitte 2005 eingeführten Sonderbeitrags bei der Gesetzlichen

Tab. 8
Arbeitsmarktbilanz
Jahresdurchschnitte in 1 000 Personen

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Erwerbstätige Inländer	38 994	38 632	38 782	38 672	38 742	38 922
Arbeitnehmer	34 991	34 560	34 564	34 317	34 332	34 442
darunter:						
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 629	27 007	26 561	26 233	26 178	26 278
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 148	4 322	4 742	4 772	4 937	4 917
Zusatzjobs			16	225	281	300
Selbständige	4 003	4 072	4 218	4 355	4 410	4 480
darunter:						
geförderte Selbständige	54	114	234	317	297	312
Pendlersaldo	102	90	86	111	90	85
Erwerbstätige Inland	39 096	38 722	38 868	38 783	38 832	39 007
Arbeitslose ^{a)}	4 061	4 377	4 381	4 861	4 601	4 451
Arbeitslosenquote ^{b)}	9,4	10,2	10,2	11,2	10,6	10,3
Erwerbslose ^{c)}	3 229	3 703	3 931	3 893	3 253	2 993
Erwerbslosenquote ^{d)}	7,6	8,7	9,2	9,1	7,7	7,1
Aktive Arbeitsmarktpolitik						
Beschäftigung schaffende Maßnahmen ^{e)}	194	145	119	62	35	35
Berufliche Vollzeitweiterbildung	340	260	184	113	100	90
Eignungsfeststellung, Trainingsmaßnahmen	74	93	95	67	60	55

^{a)} Ab 2004 ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen. – ^{b)} Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – ^{c)} Definition der ILO. – ^{d)} Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). – ^{e)} Strukturanpassungsmaßnahmen (Restabwicklung), Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2006 und 2007: Prognose des ifo Instituts.

Übersicht**Quantifizierung neuer staatlicher Maßnahmen**Einnahmen und Ausgaben des Staates in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen^{a)}

Differenz zur Basis (= ohne die jeweilige Einzelmaßnahme) bzw. zum Jahr 2005

lfd. Nr.	Bezeichnung	2006	2007
		Mrd. EUR	
Einnahmen		-1,7	13,5
1	<u>Steuern</u>	<u>-1,9</u>	<u>24,8</u>
1.1	Anhebung Mehrwertsteuer		21,5
1.2	Anhebung Versicherungsteuer		1,8
1.3	Beschränkung Verlustverrechnung	0,6	1,6
1.4	Eindämmung missbräuchlicher Steuergestaltungen	0,3	0,6
1.5	Absetzbarkeit Modernisierungsaufwendungen, Kinderbetreuung	-0,5	-1,7
1.6	erhöhte Abschreibungssätze	-1,1	-3,7
1.7	Änderung Ist-Besteuerung Umsatzsteuer	-1,2	-0,3
1.8	Steuerliches Sofortprogramm	0,1	0,7
1.9	Reichensteuer		0,1
1.10	Kürzung Sparerfreibetrag		0,8
1.11	Kürzung Entfernungspauschale/Arbeitszimmer/Bergmannsprämien		1,5
1.12	Neuregelung der Besteuerung von Energieerzeugnissen	0,1	0,2
1.13	Neuregelung der Besteuerung von Biokraftstoffen		1,5
2	<u>Sozialbeiträge</u>	<u>0,2</u>	<u>-10,7</u>
2.1	Senkung Beitragssatz Arbeitslosenversicherung		-15,0
2.2	Anhebung Beitragssatz Rentenversicherung		3,2
2.3	Anhebung Beitragssatz Krankenversicherung		3,0
2.4	Einschränkung der Beitragsfreiheit für Lohnzuschläge	0,1	0,2
2.5	Sozialversicherungsbeiträge auf Minijobs und in der Gleitzone	0,1	0,3
2.6	Reduzierung Krankenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II	-0,1	-0,2
2.7	Reduzierung Rentenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II		-2,3
2.8	unterstellte Sozialversicherungsbeiträge durch höheren Rentenversicherungsbeitragssatz		0,1
3	<u>empfangene Vermögenstransfers</u>	<u>0,0</u>	<u>-0,6</u>
3.1	Reduktion Erbschaftsteuer bei Fortführung eines Unternehmens		-0,6
Ausgaben		-2,7	-4,6
4	<u>Vorleistungen</u>	<u>-1,1</u>	<u>-1,0</u>
4.1	Kürzung Verwaltungsausgaben des Bundes	-0,4	-0,4
4.2	Kürzung bei Hartz IV	-0,1	-0,2
4.3	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,6	-0,7
4.4	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,3
5	<u>Arbeitnehmerentgelt</u>	<u>-0,3</u>	<u>-0,6</u>
5.1	Kürzung Sonderzahlung für Aktive	-0,3	-0,3
5.2	unterstellte Sozialversicherungsbeiträge		0,1
5.3	tatsächliche Sozialversicherungsbeiträge		-0,5
6	<u>Subventionen</u>	<u>0,5</u>	<u>1,2</u>
6.1	Zusätzliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung	0,5	1,0
6.2	Zusätzliche Ausgaben für Gebäudesanierungsprogramm	0,1	0,2
6.3	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,2	-0,2
7	<u>Monetäre Sozialleistungen</u>	<u>-1,3</u>	<u>-3,4</u>
7.1	Kürzung Sonderzahlung für Pensionäre	-0,3	-0,3
7.2	Hartz IV: Anpassung Grundsicherung Ost an Westniveau	0,2	0,3
7.3	Hartz IV: Reduzierung Krankenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II	-0,1	-0,2
7.4	Hartz IV: Reduzierung Rentenversicherungsbeiträge Arbeitslosengeld II		-2,3
7.5	Hartz IV: Verschärfung der Voraussetzungen für Leistungsanspruch für Jüngere	-0,2	-0,6
7.6	Hartz IV: Weitere Kürzungen	-0,4	-1,3
7.7	Einsparungen beim Eingliederungstitel der Bundesagentur für Arbeit	-0,5	-0,7
7.8	Höhere Beiträge des Staates in Folge der Anhebung des Rentenversicherungsbeitragssatzes		0,2
7.9	Höhere Beiträge des Staates in Folge der Anhebung des Krankenversicherungsbeitragssatzes		0,4
7.10	Elterngeld		1,0
8	<u>Soziale Sachleistungen</u>	<u>-0,8</u>	<u>-0,5</u>
8.1	Arzneimittelsparpaket	-0,8	-1,3
8.2	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,8
9	<u>Bruttoinvestitionen</u>	<u>0,5</u>	<u>1,2</u>
9.1	Verkehrsinvestitionen des Bundes	0,5	1,0
9.2	Zusätzliche Ausgaben durch Mehrwertsteueranhebung		0,2
10	<u>geleistete Vermögenstransfers</u>	<u>-0,2</u>	<u>-1,5</u>
10.1	Abschaffung Eigenheimzulage	-0,2	-1,5
Saldo der Einnahmen und Ausgaben		1,0	18,1
Nachrichtlich: weitere staatsinterne Transaktionen (aus der Sicht des Bundes)			
11.1	Bundeszuschuss an die KV (Veränderung zum Vorjahr)	1,7	-2,7
11.2	Verminderung des allgemeinen Bundeszuschusses zur RV	-0,2	-0,3
11.3	1 %-Punkt Mehrwertsteuer an die Bundesagentur für Arbeit		-6,5

a) Abweichungen in den Summen durch Rundungsdifferenzen bedingt.

Quelle: Verschiedene Gesetzentwürfe und Pressemitteilungen der Bundesregierung und der Bundesministerien, Pressemeldungen; Annahmen, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Krankenversicherung. Damals wurde der allgemeine Beitragssatz um 0,9 Prozentpunkte gesenkt und gleichzeitig ein zusätzlicher Beitragssatz von ebenfalls 0,9 Prozentpunkten eingeführt, den die Arbeitnehmer (und auch die Rentenempfänger) alleine zu tragen haben. Die sonstigen Beiträge sinken um rund 2%, weil die Anzahl der Arbeitslosengeld I-Empfänger kräftig sinkt, für die die Bundesagentur für Arbeit Beiträge an die Renten-, die Pflege- und die Krankenversicherung leisten muss. Zwar wird auf der anderen Seite der Kreis der Bezieher von Arbeitslosengeld II größer und damit die hierfür anfallenden Sozialversicherungsbeiträge, was aber wegen der deutlich niedrigeren Bemessungsgrößen nicht so stark ins Gewicht fällt.

Insgesamt kann die Sozialversicherung im laufenden Jahr mit einem kleinen Finanzierungsüberschuss rechnen, der Kassenabschluss der einzelnen Versicherungszweige wird aber sehr unterschiedlich ausfallen. So wird das Defizit in der Rentenversicherung (in der Abgrenzung der VGR) sogar noch etwas größer ausfallen als 2005. Zwar erhalten sie wie die übrigen Versicherungsträger 2006 de facto zusätzliche Zahlungen dadurch, dass die Fälligkeitstermine für die Abführung der Beiträge für Lohn- und Gehaltsempfänger vorgezogen wurden; nach den Buchungsregeln der VGR – hier wird die Beitragszahlung periodengerecht zugeordnet – hat dies jedoch keine Auswirkungen. Die Gesetzlichen Krankenversicherungen können (als Gesamtheit) einen kleinen Überschuss erwarten, der allerdings nahezu ausschließlich durch eine um 1,7 Mrd. Euro höhere Zuweisung aus dem Bundeshaushalt zustande kommt.

Mit einer markanten Verbesserung der Finanzlage kann die Bundesagentur für Arbeit rechnen, die im vergangenen Jahr noch ein geringfügiges Defizit in Höhe von 0,4 Mrd. Euro erzielte und 2006 wohl einen Überschuss in der Größenordnung von 8 Mrd. Euro (Abgrenzung der Kassenstatistik) machen dürfte. Zwar ist auch hier der Sondereffekt der vorgezogenen Beitragszahlung (in Höhe von rund 3 Mrd. Euro) zu beachten, aber auch die Ausgaben dürften um etwa 5 Mrd. Euro oder knapp 10% sinken. Davon entfällt die Hälfte auf die Ausgaben für das Arbeitslosengeld I, der Rest insbesondere auf den so genannten Eingliederungstitel (-1,4 Mrd. Euro) und den Aussteuerungsbetrag, der um ungefähr 0,5 Mrd. Euro niedriger als 2005 ausfallen dürfte. Den Aussteuerungsbetrag muss die Bundesagentur an den Bund für Personen entrichten, die innerhalb von drei Monaten nach dem Ende des Bezugs von Arbeitslosengeld I einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II erwerben.

Bei den übrigen Staatseinnahmen ist einerseits ein Anstieg der Vermögenseinkommen – wegen eines mehr als 2 Mrd. Euro höheren Bundesbankgewinns – und andererseits ein Rückgang bei den sonstigen laufenden Übertragungen zu verzeichnen. Letzteres resultiert aus einem Basiseffekt, weil

im Jahr 2005 verschiedene Landesbanken Finanzhilfen an den Staat zurückzahlen mussten.

Bei den Staatsausgaben kann für das laufende Jahr von einem leichten Anstieg um 0,5% ausgegangen werden. Die monetären Transferzahlungen an die privaten Haushalte – sie enthalten auch die Sozialversicherungsbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen – werden stagnieren; vor dem Hintergrund einer sinkenden Arbeitslosenzahl werden die (Brutto-)Ausgaben für die Arbeitslosigkeit sogar niedriger ausfallen als 2005, wobei dem Rückgang der Leistungen der Arbeitslosenversicherung ein Anstieg der Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende (Arbeitslosengeld II inkl. Leistungen für Unterkunft und Heizung) gegenübersteht. Netto wird das Minus aber kaum ins Gewicht fallen, weil (wie schon erwähnt) insgesamt weniger Sozialversicherungsbeiträge für Arbeitslose geleistet werden. Die Zahlungen der Rentenversicherung verändern sich kaum, weil zum einen – wie in den beiden Vorjahren – keine Rentenanpassung stattfindet und zum anderen die Beiträge der Versicherungsträger zur Krankenversicherung der Rentner seit Mitte 2005 abgesenkt sind.

Weiter rückläufig sind im laufenden Jahr die Personalausgaben des Staates (-1,1%), da der Personalabbau im öffentlichen Dienst fortgeführt wird. Dagegen werden die sozialen Sachleistungen zulegen, wegen der Einsparungen durch das Arzneimittelpargesetz wird der Zuwachs mit 2% allerdings etwas geringer als im vergangenen Jahr ausfallen. Erstmals seit 2001 werden auch die öffentlichen Investitionen wieder gesteigert, wobei insbesondere – im Zusammenhang mit den Mauteinnahmen – die Verkehrsinvestitionen ausgeweitet werden. Auch für Zinszahlungen müssen die öffentlichen Haushalte infolge der in den vergangenen Jahren stark gestiegenen Staatsverschuldung mehr ausgeben als 2005.

Im kommenden Jahr wird der Einnahmewachstum des Staates mit 2,7% so hoch wie seit 1999 nicht mehr ausfallen. Die überaus positive Entwicklung bei den Steuereinnahmen (+6,3%) resultiert im Wesentlichen aus dem Wirksamwerden des umfangreichen Maßnahmenpakets der Bundesregierung. Der Anstieg ergibt sich vor allem aus einem starken Zuwachs der Produktions- und Importabgaben (+10,5%) sowie einer leichten Zunahme bei den Einkommen- und Vermögensteuern (+1,4%). Das deutliche Mehrerwerb bei den Produktions- und Importabgaben resultiert insbesondere aus der Erhöhung des Mehrwertsteuernormalsatzes um 3 Prozentpunkte von 16% auf 19%. Diese wird im Januar 2007 in Kraft treten und – einschließlich konjunkturbedingter Mehreinnahmen – rund 24 Mrd. Euro (+17%) in die öffentlichen Kassen spülen. Daneben ist auch mit einem Anstieg des Versicherungsteueraufkommens von rund 1,8 Mrd. Euro zu rechnen infolge der beschlossenen

Erhöhung des Steuersatzes von derzeit 16% auf 19% ebenfalls ab Januar 2007.

Der leichte Zuwachs bei den Einkommen- und Vermögensteuern basiert insbesondere auf einem erneuten Mehraufkommen aus der veranlagten Einkommensteuer aufgrund des Abbaus steuerlicher Subventionen. Bei der Körperschaftsteuer ist dagegen im Jahr 2007 mit Mindereinnahmen von rund 2 Mrd. Euro zu rechnen infolge der für 2006 und 2007 verbesserten Abschreibungsbedingungen. Hingegen werden Mehreinnahmen aus der Lohnsteuer zu verzeichnen sein. Diese sind unter anderem ebenfalls auf den Abbau von Steuervergünstigungen zurückzuführen, die im Bereich der Lohnsteuer die Kürzung der Entfernungspauschale ab Januar 2007 vorsehen.

Die Sozialbeiträge werden im Jahr 2007 spürbar sinken (-1,4% oder 5¹/₂ Mrd. Euro). Ausschlaggebend dafür ist die Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte auf 4,5%. Dies führt zu Mindereinnahmen von rund 15 Mrd. Euro. Den Beitragsausfall soll die Bundesagentur für Arbeit zur Hälfte durch eigene Einsparungen finanzieren, für die andere Hälfte bekommt sie eine Leistung vom Bund, die einem Prozentpunkt der zusätzlichen Mehrwertsteuereinnahmen entsprechen soll (2007: 6,47 Mrd. Euro). Zwar erwirtschaftet die Bundesagentur 2006 einen Überschuss von schätzungsweise 8 Mrd. Euro, doch diese Entwicklung lässt sich nicht ohne Weiteres auf das kommende Jahr fortschreiben, denn die zusätzlichen Beitragseinnahmen des Jahres 2006 (ca. 3 Mrd. Euro) wiederholen sich nicht und der Aussteuerungsbetrag wird wohl deutlich steigen, da nach der Verkürzung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld II (für Personen, die sich seit Februar 2006 arbeitslos gemeldet haben) mehr Personen in das Arbeitslosengeld II wechseln dürften. Andererseits folgt aus dem kürzeren Anspruch auf Arbeitslosengeld ein erneuter deutlicher Rückgang dieser Ausgaben, so dass die Bundesagentur mit einem Defizit von schätzungsweise etwa 1 Mrd. Euro das Jahr abschließen wird; diesen Betrag könnte sie aus der im Jahr 2006 gefüllten Rücklage problemlos entnehmen.

Steigende Beitragssätze sind hingegen in der Rentenversicherung (+ 0,4 Prozentpunkte) und in der Krankenversicherung (im Durchschnitt + 0,3 Prozentpunkte) zu erwarten. Letztere sind im Wesentlichen der Tatsache geschuldet, dass der Bundeszuschuss für versicherungsfremde Leistungen um 2,7 Mrd. Euro abgesenkt wird. Effekte, die durch die Reform des Gesundheitswesens eventuell schon im Jahr 2007 eintreten, konnten nicht berücksichtigt werden, weil konkrete Einzelheiten zu Maßnah-

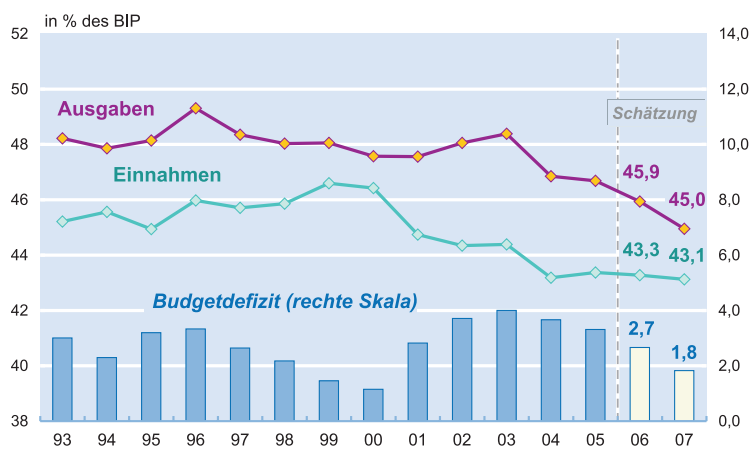
men und dem Zeitpunkt ihres Inkrafttretens zurzeit noch nicht bekannt sind.

Saldiert sinkt der gesamte Sozialversicherungsbeitragssatz also um 1,3 Prozentpunkte, was für sich genommen zu Mindereinnahmen von etwa 9 Mrd. Euro führt. Andererseits steigt die Summe der Bruttolöhne und -gehälter um reichlich 2% und damit so stark wie seit dem Jahr 2000 nicht mehr, und auch für Mini- und Midijobs sowie für Sonn- und Feiertagszuschläge fallen höhere Beiträge an. Gegenzurechnen ist allerdings, dass sich der Staat bei den Sozialversicherungsbeiträgen für Empfänger von Arbeitslosengeld um rund 2,5 Mrd. Euro entlastet.

Die Ausgaben des Staates werden im Jahr 2007 mit 0,8% erneut nur sehr moderat steigen. Die monetären Sozialleistungen sinken sogar leicht; diese Entwicklung wird von der rückläufigen Beitragszahlung des Staates für Arbeitslosengeld II geprägt und von den Minderausgaben beim Arbeitslosengeld I. Dagegen dürfte es erstmals seit Jahren wieder eine Rentenanpassung geben, und schließlich ist durch die Einführung des Elterngelds mit zusätzlichen Ausgaben von etwa 1 Mrd. Euro zu rechnen. Rückläufig werden 2007 auch die Personalausgaben des Staates sein (infolge der weiter rückläufigen Beschäftigung im öffentlichen Dienst) und die geleisteten Vermögenstransfers (wegen des sukzessiven Wegfalls der Eigenheimzulage).

Einen spürbaren Anstieg dürfte es bei den sozialen Sachleistungen geben, weil die Ausgabendynamik bei der gesetzlichen Krankenversicherung wohl anhält und sich hier zusätzlich der höhere Mehrwertsteuersatz bemerkbar machen wird. Zuwächse wird es erneut bei den Zinsausgaben und den Investitionen geben und – verursacht durch die um schätzungsweise 2 Mrd. Euro steigenden BSP-Eigen-

Abb. 26
Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates¹⁾



1) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung in Abgrenzung der VGR; 1995 und 2000 ohne Sondereffekte.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.4; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juni 2006).

mittel-Zahlungen an die EU – bei den sonstigen laufenden Transfers.

Erstmals seit 2001 dürfte im laufenden Jahr das Maastricht-Kriterium für das Finanzierungsdefizit des Staates eingehalten werden. Mit 61 Mrd. Euro oder 2,7% des Bruttoinlandsprodukts bleibt sogar ein Sicherheitsabstand von rund 8 Mrd. Euro bis zur 3%-Hürde. 2007 sinkt die Defizitquote nach dieser Schätzung zwar auf 1,8% des Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb. 26), aber vom Ziel eines ausgeglichenen Budgets, das ja in Zeiten guter Konjunktur erreicht werden sollte, ist der Staat noch weit entfernt (nämlich rund 43 Mrd. Euro).

Abgeschlossen am 27. Juni 2006

Anhang:

**Die wichtigsten Daten der
Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
für die Bundesrepublik Deutschland**

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2006 und 2007

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0,2	0,1	0,5	0,0	0,3	0,5	0,4
Arbeitszeit	0,3	0,5	0,0	0,0	0,9	0,0	-0,1
Arbeitsstage (3)	-0,7	-0,7	-0,3	0,0	-1,3	-0,4	-0,1
Arbeitsvolumen	-0,6	-0,1	0,1	0,0	-0,2	0,2	0,1
Produktivität (4)	1,6	1,8	1,6	1,5	2,1	1,8	1,4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,0	1,8	1,7	1,6	2,0	2,0	1,5

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1749,4	1786,1	1826,7	867,4	918,7	889,3	937,4
Private Konsumausgaben 5)	1332,2	1365,0	1400,0	665,1	699,9	684,4	715,6
Konsumausgaben des Staates	417,2	421,1	426,7	202,3	218,8	204,9	221,8
Bruttoanlageinvestitionen	384,7	396,7	412,0	185,8	210,9	195,3	216,7
Ausrüstungen	153,9	160,7	169,5	75,3	85,4	79,5	90,0
Bauten	205,6	209,7	215,0	98,0	111,7	102,5	112,4
Sonstige Anlagen	25,2	26,2	27,6	12,5	13,7	13,2	14,3
Vorratsveränderungen 6)	1,3	-2,2	1,2	6,7	-8,9	4,5	-3,4
Inländische Verwendung	2135,3	2180,6	2239,8	1059,9	1120,7	1089,1	1150,8
Außenbeitrag	112,1	115,6	125,8	61,7	53,8	71,4	54,5
Exporte	901,7	1004,7	1093,1	495,1	509,6	536,8	556,3
Importe	789,6	889,2	967,3	433,4	455,8	465,5	501,8
Bruttoinlandsprodukt	2247,4	2296,2	2365,7	1121,6	1174,5	1160,4	1205,2

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,4	2,1	2,3	2,0	2,2	2,5	2,0
Private Konsumausgaben 5)	1,5	2,5	2,6	2,3	2,7	2,9	2,2
Konsumausgaben des Staates	1,1	0,9	1,3	1,2	0,7	1,3	1,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,1	3,1	3,9	2,4	3,8	5,1	2,8
Ausrüstungen	3,0	4,4	5,4	3,9	4,9	5,6	5,3
Bauten	-2,4	2,0	2,5	1,2	2,7	4,7	0,6
Sonstige Anlagen	1,4	3,9	5,1	2,5	5,3	5,7	4,6
Inländische Verwendung	1,4	2,1	2,7	2,3	1,9	2,8	2,7
Exporte	7,0	11,4	8,8	13,7	9,3	8,4	9,2
Importe	7,7	12,6	8,8	17,0	8,8	7,4	10,1
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,2	3,0	1,9	2,5	3,5	2,6

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2000)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1635,0	1647,2	1649,0	805,5	841,7	807,1	841,9
Private Konsumausgaben 5)	1240,8	1252,4	1253,2	612,0	640,4	613,2	640,0
Konsumausgaben des Staates	394,1	394,8	395,8	193,5	201,3	193,9	201,9
Bruttoanlageinvestitionen	395,9	407,8	422,5	190,8	217,0	199,9	222,7
Ausrüstungen	167,7	176,9	188,4	82,5	94,5	87,9	100,6
Bauten	201,6	203,6	205,9	95,2	108,4	98,3	107,6
Sonstige Anlagen	27,5	28,8	30,4	13,8	15,0	14,6	15,8
Inländische Verwendung	2035,1	2057,0	2078,6	1007,0	1050,0	1017,2	1061,4
Exporte	908,7	996,3	1072,9	492,8	503,5	527,1	545,8
Importe	805,4	876,9	936,2	429,2	447,7	451,6	484,6
Bruttoinlandsprodukt	2139,8	2177,5	2215,4	1071,0	1106,6	1092,4	1123,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	0,2	0,7	0,1	0,5	1,0	0,2	0,0
Private Konsumausgaben 5)	0,2	0,9	0,1	0,6	1,3	0,2	-0,1
Konsumausgaben des Staates	0,1	0,2	0,3	0,3	0,1	0,2	0,3
Bruttoanlageinvestitionen	-0,2	3,0	3,6	2,4	3,5	4,8	2,6
Ausrüstungen	4,0	5,5	6,5	5,1	5,8	6,6	6,5
Bauten	-3,4	1,0	1,2	0,3	1,6	3,3	-0,7
Sonstige Anlagen	1,8	4,5	5,5	3,7	5,3	5,8	5,2
Inländische Verwendung	0,4	1,1	1,0	1,1	1,0	1,0	1,1
Exporte	6,3	9,6	7,7	11,9	7,5	6,9	8,4
Importe	5,3	8,9	6,8	12,5	5,6	5,2	8,2
Bruttoinlandsprodukt	1,0	1,8	1,7	1,6	2,0	2,0	1,5

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1,2	1,3	2,2	1,5	1,2	2,3	2,0
Private Konsumausgaben 5)	1,3	1,5	2,5	1,7	1,3	2,7	2,3
Konsumausgaben des Staates	1,0	0,8	1,1	0,9	0,7	1,0	1,1
Bruttoanlageinvestitionen	0,1	0,1	0,2	0,0	0,2	0,3	0,2
Ausrüstungen	-0,9	-1,0	-1,0	-1,1	-0,9	-0,9	-1,1
Bauten	1,0	1,0	1,3	1,0	1,1	1,4	1,3
Sonstige Anlagen	-0,4	-0,5	-0,4	-1,1	0,0	-0,1	-0,6
Inländische Verwendung	1,0	1,0	1,7	1,2	0,9	1,7	1,6
Exporte	0,7	1,6	1,0	1,5	1,7	1,4	0,7
Importe	2,2	3,4	1,9	4,0	3,0	2,1	1,7
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,4	1,3	0,3	0,5	1,4	1,1

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1661,6	1704,0	1738,5	836,2	867,8	853,9	884,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	219,9	220,5	219,1	105,9	114,6	105,5	113,6
Bruttolöhne und -gehälter	908,9	920,3	940,7	435,1	485,2	445,3	495,4
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	532,8	563,2	578,6	295,1	268,1	303,1	275,5
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	261,9	266,1	297,5	119,0	147,2	138,4	159,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1923,5	1970,1	2036,0	955,1	1015,0	992,3	1043,7
Abschreibungen	327,7	329,8	333,4	164,7	165,1	166,4	167,1
Bruttonationaleinkommen	2251,2	2299,9	2369,4	1119,9	1180,0	1158,7	1210,7
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1685,8	1724,9	1763,2	835,0	889,9	859,1	904,1
Arbeitnehmerentgelte	1128,8	1140,8	1159,9	541,0	599,7	550,8	609,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	557,0	584,2	603,3	294,0	290,2	308,3	295,0

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1,4	2,6	2,0	2,3	2,8	2,1	1,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	-1,2	0,3	-0,6	-1,0	1,5	-0,3	-0,9
Bruttolöhne und -gehälter	-0,3	1,3	2,2	0,6	1,8	2,3	2,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,4	1,2	1,9	0,8	1,6	2,0	1,8
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0,6	0,8	2,6	0,1	1,4	2,6	2,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,8	5,7	2,7	6,3	5,1	2,7	2,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	4,2	1,6	11,8	0,5	2,6	16,3	8,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	1,8	2,4	3,3	2,1	2,7	3,9	2,8
Abschreibungen	0,4	0,6	1,1	0,5	0,8	1,0	1,2
Bruttonationaleinkommen	1,6	2,2	3,0	1,9	2,5	3,5	2,6
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	1,7	2,3	2,2	1,9	2,7	2,9	1,6
Arbeitnehmerentgelte	-0,5	1,1	1,7	0,3	1,8	1,8	1,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	6,3	4,9	3,3	5,0	4,7	4,9	1,7

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	977,3	982,5	1001,3	472,9	509,6	481,5	519,8
Nettolöhne und -gehälter	599,5	604,3	622,3	283,3	321,0	291,8	330,5
Monetäre Sozialleistungen	459,1	458,8	457,2	230,4	228,4	229,2	228,1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	81,2	80,6	78,2	40,8	39,8	39,5	38,7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	532,8	563,2	578,6	295,1	268,1	303,1	275,5
Sonstige Transfers (Saldo)	-38,8	-43,3	-44,4	-22,0	-21,3	-21,1	-23,3
Verfügbares Einkommen	1471,3	1502,5	1535,5	746,1	756,4	763,5	772,0
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	20,3	22,5	23,9	10,6	11,9	11,3	12,6
Private Konsumausgaben 5)	1332,2	1365,0	1400,0	665,1	699,9	684,4	715,6
Sparen	159,5	159,9	159,4	91,6	68,4	90,3	69,0
Sparquote 7)	10,7	10,5	10,2	12,1	8,9	11,7	8,8

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	-0,2	0,5	1,9	0,0	1,1	1,8	2,0
Nettolöhne und -gehälter	-0,1	0,8	3,0	-0,1	1,6	3,0	3,0
Monetäre Sozialleistungen	0,3	-0,1	-0,3	-0,1	0,0	-0,5	-0,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,5	-0,8	-3,0	-0,8	-0,8	-3,1	-2,8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	5,8	5,7	2,7	6,3	5,1	2,7	2,8
Verfügbares Einkommen	1,7	2,1	2,2	2,1	2,2	2,3	2,1
Private Konsumausgaben 5)	1,5	2,5	2,6	2,3	2,7	2,9	2,2
Sparen	3,7	0,3	-0,3	1,7	-1,5	-1,3	1,0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005 (1)	2006 (2)	2007 (2)	2006		2007 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates							
a) Mrd. EUR							
Einnahmen							
Steuern	491,1	509,5	541,4	249,6	259,9	263,5	277,9
Sozialbeiträge	397,0	399,6	394,2	193,3	206,3	191,1	203,0
Vermögenseinkünfte	13,6	15,4	15,5	8,5	7,0	8,6	7,0
Sonstige Übertragungen	18,6	15,1	14,9	7,7	7,4	7,6	7,3
Vermögensübertragungen	10,1	9,4	9,0	4,8	4,6	4,6	4,4
Verkäufe	43,8	44,2	44,7	20,9	23,4	21,1	23,6
Sonstige Subventionen	0,5	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,3
Einnahmen insgesamt	974,8	993,7	1020,2	484,9	508,7	496,8	523,4
Ausgaben							
Vorleistungen	94,4	97,0	100,2	44,1	52,9	45,5	54,6
Arbeitnehmerentgelte	167,3	165,4	164,2	78,6	86,8	78,0	86,2
Sonstige Produktionsabgaben	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	63,4	65,3	67,8	32,1	33,2	33,3	34,6
Subventionen	27,2	26,5	27,4	13,0	13,6	13,4	14,0
Monetäre Sozialleistungen	430,6	430,6	429,0	216,3	214,3	215,1	213,9
Soziale Sachleistungen	167,5	170,9	174,7	84,3	86,6	86,0	88,7
Sonstige Transfers	36,2	36,9	39,2	19,7	17,2	20,8	18,4
Vermögenstransfers	34,8	33,3	31,1	18,4	14,9	16,5	14,6
Bruttoanlageinvestitionen	29,2	30,1	31,1	12,0	18,2	13,6	17,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,5	-0,8	-0,5	-0,8
Ausgaben insgesamt	1049,3	1054,8	1063,4	517,8	537,0	521,7	541,7
Finanzierungssaldo	-74,5	-61,1	-43,3	-32,9	-28,2	-25,0	-18,3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,1	3,7	6,3	3,9	3,6	5,6	6,9
Sozialbeiträge	0,4	0,7	-1,4	0,0	1,2	-1,1	-1,6
Vermögenseinkünfte	13,1	13,2	0,9	32,2	-3,6	1,7	0,0
Sonstige Übertragungen	10,2	-19,1	-0,8	-32,2	1,2	-0,8	-0,8
Vermögensübertragungen	4,8	-6,7	-5,0	-6,9	-6,5	-5,4	-4,6
Verkäufe	6,1	0,9	1,0	0,9	0,9	1,0	1,0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Einnahmen insgesamt	1,9	1,9	2,7	1,6	2,2	2,4	2,9
Ausgaben							
Vorleistungen	5,5	2,7	3,3	3,1	2,4	3,2	3,3
Arbeitnehmerentgelt	-0,8	-1,1	-0,7	-1,1	-1,1	-0,7	-0,8
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	0,8	3,0	3,9	2,9	3,1	3,7	4,1
Subventionen	-6,1	-2,4	3,2	-3,0	-1,8	3,5	3,0
Monetäre Sozialleistungen	1,8	0,0	-0,4	-0,1	0,1	-0,6	-0,2
Soziale Sachleistungen	2,3	2,0	2,2	2,3	1,7	2,1	2,4
Sonstige Transfers	-5,4	2,0	6,3	2,0	1,9	5,9	6,7
Vermögenstransfers	2,8	-4,3	-6,7	-4,7	-3,7	-10,3	-2,2
Bruttoanlageinvestitionen	-5,1	3,3	3,3	-6,9	11,3	13,7	-3,5
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Ausgaben insgesamt	1,1	0,5	0,8	0,3	0,8	0,8	0,9
nachrichtlich:							
Finanzierungssaldo in % des BIP	-3,3	-2,7	-1,8	-2,9	-2,4	-2,2	-1,5

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

2) Vorausschätzung des ifo Instituts; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Vorjahrespreisen je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).

Nach dem leichten Rückgang im Vormonat hat sich im Juni das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands wieder verbessert (Saldowert: 12,7 Prozentpunkte). Dabei tendierte die aktuelle Geschäftslage (Saldowert: 14,5 Prozentpunkte) bereits zum fünften Mal in Folge nach oben, und auch die Erwartungen (Saldowert: 10,9 Prozentpunkte) ließen wieder einen etwas erhöhten Optimismus erkennen. Der konjunkturelle Aufschwung wird somit anhalten, und – wie die Ergebnisse im Einzelnen belegen – zunehmend auch auf die Binnenkonjunktur übergreifen. Gleichwohl ist in naher Zukunft nicht mit einer wesentlichen Zunahme der Beschäftigtenzahl zu rechnen.

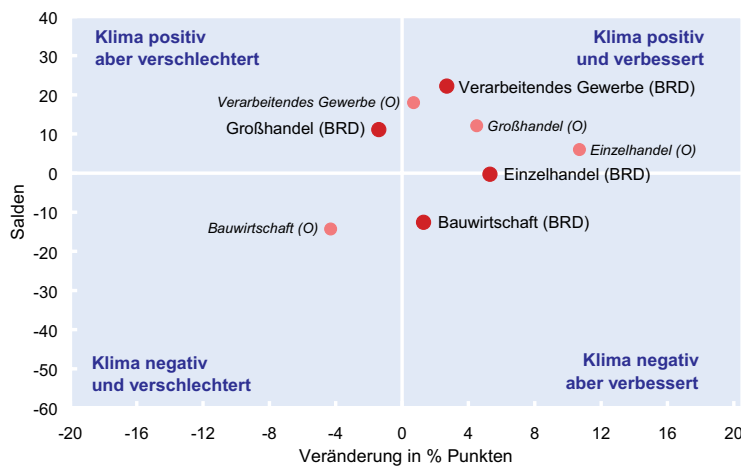
In den neuen Bundesländern fiel die Klimabesserung etwas schwächer aus als auf Bundesebene; ausschlaggebend hierfür war die erneute Abnahme der Zuversicht hinsichtlich der Perspektiven für das kommende halbe Jahr.

Nach Wirtschaftsbereichen betrachtet ergab sich z.T. eine sehr differenzierte Entwicklung. Eine deutliche Aufhellung des Geschäftsklimas meldete der Einzelhandel, vor allem in Ostdeutschland. Auch im verarbeitenden Gewerbe tendierte der Indikator nach oben. Im Bauhauptgewerbe war nur eine leichte Besserung zu beobachten, in den neuen Bundesländern sogar ein Rückgang. Etwas eingetrübt hat sich das Geschäftsklima beim Großhandel, nach einem allerdings kräftigen Anstieg in den vorangegangenen vier Monaten (vgl. Abbildung).

Die aktuelle Geschäftslage des **verarbeitenden Gewerbes** wurde noch deutlich günstiger beurteilt als im Vormonat. Nachfrage und Produktion zogen spürbar an. Auch der Gesamtbestand an vorhandenen Aufträgen nahm zu und übertraf vermehrt das sonst übliche Maß. Die Meldungen über zu große Fertigwarenlager spielten nur noch eine geringe Rolle, im Gebrauchsgüterbereich traten sogar vereinzelt Lieferengpässe auf. Der künftigen Geschäftsentwicklung sahen die Unternehmen mit erhöhtem Optimismus entgegen, vor allem die Gebrauchsgüterproduzenten. Etwas weniger optimistisch als im Mai wurden die Chancen auf den ausländischen Märkten eingeschätzt; die Gebrauchsgüterproduzenten allerdings setzten sogar verstärkte Hoffnungen auf ihr Exportgeschäft. Im Durchschnitt des verarbeitenden Gewerbes zeigten die Produktionspläne nicht mehr so häufig nach oben. Trotz des anhaltenden Aufwärtstrends wurde vorerst nicht mit zusätzlichem Arbeitskräftebedarf gerechnet. Den Meldungen nach zu schließen dürften die Verkaufspreise in den nächsten Monaten weiter heraufgesetzt werden.

Auch in den neuen Bundesländern gewannen die positiven Geschäftslageurteile an Gewicht. Neue Aufträge konnten

Geschäftsklima nach Wirtschaftsbereichen im Juni 2006¹⁾



1) Saisonbereinigte Werte. BRD = Bundesrepublik Deutschland, O = Ostdeutschland.
Quelle: ifo Konjunkturtest.

mehr verbucht werden als im Vormonat, so dass sich trotz ebenfalls gesteigerter Fertigung die Auftragspolster vergrößerten. Die Geschäftserwartungen ließen wieder etwas größere Zuversicht erkennen, vor allem hinsichtlich der Auslandsnachfrage. Die Produktionspläne waren sogar vermehrt auf Expansion ausgerichtet.

Die seit Mitte letzten Jahres zu beobachtende kontinuierliche Besserung der Geschäftslage im **Bauhauptgewerbe** hat sich im Juni fortgesetzt, per saldo nur noch ein Fünftel der Unternehmen bewertete sie negativ. Bei erhöhter Bautätigkeit war auch der Maschinenpark etwas stärker ausgelastet, der Nutzungsgrad übertraf mit 69% den vergleichbaren Vorjahreswert sogar um 7 Prozentpunkte. Im Durchschnitt aller Bausparten erhöhte sich die Reichweite der Auftragsbestände auf 2,7 Monate und war um einen halben Monat größer als vor Jahresfrist. Dementsprechend klagten nur noch 18% der Befragungsteilnehmer über zu wenig Aufträge (Juni 2005: 40%). Hinsichtlich der Geschäftsaussichten im kommenden halben Jahr hat sich die Zuversicht geringfügig abgeschwächt, sowohl im Hoch- als auch im Tiefbau. Die Verkaufspreise wurden heraufgesetzt, für die nächsten Monate sah man sogar noch mehr Spielräume für Steigerungen. Eine Reduzierung der Mitarbeiterzahl plante nur ein Zehntel der Unternehmen, noch vor einem halben Jahr war der Anteil mehr als doppelt so hoch.

Die Geschäftslage der ostdeutschen Baufirmen tendierte nach oben. Die Erwartungen wurden jedoch spürbar gedämpft, dies betraf – wie im Westen – Hoch- und Tiefbau gleichermaßen. Der Auslastungsgrad der Gerätekapazitätä-

¹ Die ausführlichen Ergebnisse des ifo Konjunkturtests sowie Unternehmensbefragungen in den anderen EU-Ländern werden in den »ifo Konjunkturperspektiven« veröffentlicht. Die Zeitschrift kann zum Preis von 75,- EUR/Jahr abonniert werden.

ten lag mit 75% deutlich über dem entsprechenden Vorjahreswert (67%), die Auftragsreserven nahmen auf 2,3 Produktionsmonate zu. Die Unternehmen gingen davon aus, in den nächsten Monaten weitere Preisanhebungen vornehmen zu können.

Im **Großhandel** fielen die Urteile zur derzeitigen Geschäftssituation etwas weniger positiv aus als im Vormonat. Zurückzuführen ist dies auf die Abschwächung im Konsumgüterbereich, während beim Produktionsverbindungshandel die Aufwärtsentwicklung anhielt. Auch die Zuversicht im Hinblick auf die Perspektiven hat – mit Ausnahme für den Bereich der langlebigen Konsumgüter – etwas nachgelassen. Die Lagerbestände entsprachen weiterhin etwa der Normalsituation. Die Pläne der Testteilnehmer lassen in den nächsten Monaten eine höhere Orderbereitschaft erwarten, vor allem im Produktionsverbindungshandel. Der seit Jahresanfang zu erkennende Anstieg der Verkaufspreise dürfte anhalten, die Beschäftigtenzahl soll erhöht werden.

Die ostdeutschen Großhändler stufen ihre aktuelle Geschäftslage vermehrt als günstig ein. Auch die Perspektiven haben sich wieder etwas aufgehellt. Der Lagerdruck hat nachgelassen, die Bestellpläne wurden dementsprechend etwas nach oben revidiert. Den Meldungen nach zu schließen, werden die Verkaufspreise in den nächsten Monaten weiter heraufgesetzt.

Eine deutliche Besserung der Geschäftslage konnte der **Einzelhandel** registrieren. Auch die Zuversicht in den Geschäftserwartungen für das kommende halbe Jahr hat – bedingt durch die Einschätzung der Perspektiven bei langlebigen Konsumgütern (Vorzieheffekte wegen der Mehrwertsteuererhöhung) – wieder zugelegt. Da zudem der Lagerdruck erneut nachgelassen hat, beabsichtigten die Unternehmen eine Lockerung ihrer zuletzt wieder zurückhaltenderen Ordertätigkeit. Die Verkaufspreise wurden nur vereinzelt heraufgesetzt, für die nächsten Monate rechneten die Testteilnehmer aber mit einer Beschleunigung des Preisanstiegs, vor allem bei Nahrungs- und Genussmitteln. Erneut etwas abgenommen hat dagegen der Anteil der Firmen, die einen Personalabbau planten, er war mit per saldo 8% deutlich geringer als vor Vorjahresfrist.

Die Geschäftslage im ostdeutschen Einzelhandel schwenkte nach der Unterbrechung im Vormonat im Juni wieder auf ihren Erholungskurs ein. Die etwas überhöhten Warenbestände konnten abermals reduziert werden. Für die nächsten Monate erwarteten die Unternehmen eine weitere Aufwärtsentwicklung, ihre Bestellpläne waren nur noch vereinzelt auf Kürzungen angelegt. Den Meldungen nach zu schließen, werden die Verkaufspreise weiter angehoben.

Im **Dienstleistungsgewerbe**² tendierte das Geschäftsklima erneut nach unten. Die Unternehmen beurteilten ihre aktuelle Situation etwas weniger positiv als im Vormonat, sie bleibt aber in der Grundtendenz weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. In den Geschäftserwartungen kam andererseits ein erneut verringerter Optimismus zum Ausdruck. Die vergleichbaren Vorjahresumsätze wurden übertroffen. Für die nächsten Monate rechneten die Firmen mit einem – allerdings abgeschwächten – Umsatzuwachs und einer Erhöhung des Personalbestandes.

² In den Ergebnissen für die »gewerbliche Wirtschaft« nicht enthalten.

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

